

DIE LINKE. PDS

tarantel Nr. 34

Vierteljahresschrift der Ökologischen Plattform
bei der Linkspartei.PDS III/September 2006



Bundestreffen der Ökologischen
Plattform in Wernigerode

Können Biokraftstoffe die fossilen
Kraftstoffe ablösen?

Ökосоzialistisches Manifest

Inhaltsverzeichnis

Bundestreffen der Ökologischen Plattform (10./11.06.2006 Wernigerode)	1
<i>Manfred Wolf</i>	1
Besuch des Nationalparks „Harz“	1
<i>Udo Hammelsbeck</i>	
Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS am 10. und 11. Juni 2006	3
Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS am 10. und 11. Juni 2006. Es reicht: Versorgungsnetze vergesellschaften	4
Wachstum, Ökologie und Parteiprogramm – Beiträge zur Diskussion	4
Wachsen oder Schrumpfen?	5
<i>Götz Brandt</i>	
Die Ökologie muss die zentrale Bedeutung bekommen	5
<i>Götz Brandt, Manfred Wolf</i>	
Ökologie nicht losgelöst sehen	7
<i>Herbert Schwenk</i>	
Auch Maya-Könige träumten vom Wachstum	8
<i>Marko Ferst</i>	
Ökologie gehört in linke Programmatik und Praxis	8
<i>Friedrich Pietsch</i>	
Zur Energiepolitik	9
Landes-Klimaschutzprogramm	9
<i>Götz Brandt</i>	
Können Biokraftstoffe die fossilen Kraftstoffe ablösen?	13
<i>Götz Brandt</i>	
Presseerklärung des Landesvorstands Brandenburg der Linkspartei.PDS vom 22. April 2006 zur Abbaggerung der Lacomaer Teichlandschaft	17
Die postfossile Zukunft. Erneuerbare Energien sind eine realistische und bezahlbare Alternative	18
<i>Hermann Scheer</i>	
Gorleben ist als Atommüll-Endlager mit der LINKEN nicht zu machen	20
<i>Hans-Kurt Hill</i>	
Tschernobyl – der Anfang des weltweiten Widerstands	21
<i>Eva Bulling-Schröter</i>	
Mehr Bürokratie wagen	22
Lutz Heilmann	
Bücherecke	24
Leben statt gelebt zu werden. Rezension	24
<i>Anne-Kathrein Petereit</i>	
Weg ist das Ziel. Zur Dekonstruktion der Ökologiebewegung. Buchvorstellung	26
<i>Martin Aschauer</i>	
Das Ausmaß der Klimaveränderungen wird unterschätzt. Treibhauseffekt und die Folgen. Vier aktuelle Bücher	28
<i>Marko Ferst</i>	
Anhang:	31
Ökosozialistisches Manifest. Ein Beitrag der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS zur Programmdiskussion	

Editorial

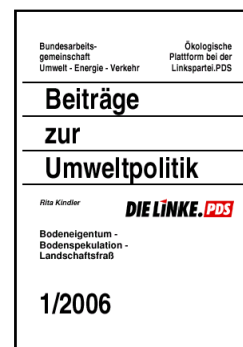
Liebe LeserInnen,

Zwei Themen sind es, zu denen ich an dieser Stelle gern ein paar Gedanken äußern möchte. Das erste ist das am Ende dieser Ausgabe abgedruckte „Ökosozialistische Manifest“. Wer beim Bundestreffen in Wernigerode dabei war weiß, dass wir dort eine frühe, wenn auch nicht die erste Diskussionsrunde hatten und viele gute Gedanken zusammen getragen wurden. Danach wurde intensiv an dem Dokument weiter gearbeitet, insbesondere vom Autor aller vorgelegten Entwürfe, Götz Brandt. Weitere Diskussionsrunden schlossen sich an, zuletzt beschäftigte sich am 16.9. eine erweiterte Tagung des Koordinierungsrates mit dem Papier.

Es war die einheitliche Auffassung aller Beteiligten, dass wir jetzt einen Stand erreicht haben, den wir dem Parteivorstand und der mit der Vorbereitung eines Programms der zu gründenden neuen Linkspartei befassten Kommission zur Kenntnis geben sollten. Wir glauben, dass wir damit auf wichtige Problemstellungen eines neuen Programms hinweisen. Alle MitsreiterInnen und SympathisantInnen wissen aus Erfahrung früherer Programme, dass die Diskussion erst beendet ist, wenn das Programm beschlossen ist. Deshalb bedeutet für uns auch in diesem Fall der erreichte Stand nicht das Ende der Teilnahme an der Diskussion. Wir bieten sie jetzt dem größeren Kreis aller mit der Erarbeitung des Programms Befassten an.

Zum zweiten drängt mich ein sehr erfreulicher Tatbestand zur Meinungsäußerung. Der vorigen Ausgabe hatten wir einen Spendenaufruf beigelegt. Obwohl wir im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin großzügige Arbeitsmöglichkeiten und dazu noch einen eigenen, wenn auch nicht sehr großen Etat vom Parteivorstand zur Verfügung haben, befanden wir uns in der Bredouille, weil zusätzliche Aufgaben hinzukamen. Wir hoffen immer noch, dass ein solcher Aufruf bei uns nicht zur Regel wird, sondern die große Ausnahme bleibt, weil wir wissen, dass in dieser Gesellschaft vor allem auch unsere Freunde, die oft nicht „nein“ sagen wollen, zur Genüge mit Ausgaben, auch mit Bitten um Spenden, gebeutelt sind. Umso mehr wissen wir es zu schätzen, dass bis Mitte September von über 20 Spendern mehr als 750 Euro eingegangen sind. Einige haben sogar ziemlich tief in ihre Geldbörse gegriffen. Dafür möchte ich im Namen des Sprecherrates allen sehr herzlich danken. Wir sind damit in die Lage versetzt, die in diesem Jahr noch anstehenden Aufgaben abzusichern.

Mit guten Wünschen für alle Leser, Manfred Wolf.



Schriftenreihe „Beiträge zur Umweltpolitik“

Rita Kindler „Bodeneigentum - Bodenspekulation - Landschaftsfraß“

Das dritte Heft der Schriftenreihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ ist erschienen.

Es beschäftigt sich mit Landschaftsverbrauch und Bodenspekulation.

Die Broschüre kann von der Webseite heruntergeladen bzw. für 3 € angefordert werden.

Fachtagung Anti-Atomkonferenz

Sa, 07.10.2006, 10.00-16.30 Uhr
 Otto-Suhr-Saal, Neues Stadthaus, Parochialstr. 3 (Berlin-Mitte, U-Bahnhof Klosterstr.)

Redaktion und Layout:
 Manfred Wolf, Detlef Franek

Bundestreffen der Ökologischen Plattform (10./11.06.2006 Wernigerode)

Manfred Wolf

Die Plattform traf sich zu ihrem diesjährigen Bundestreffen am 10. und 11. Juni in Wernigerode.

Es begann mit interessanten Vorträgen von Angelika Hunger, MdL in Sachsen-Anhalt, zu Fragen der Ökologiepolitik in SA und von Björn Schering, Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der Linkspartei zur Arbeit der Fraktion in der Ökologiepolitik sowie zu linken Positionen, insbesondere im Teilbereich der Energiepolitik.

Die Teilnehmer des Treffens begannen mit der Diskussion über ein Ökosozialistisches Manifest, in dem ökologierelevante Vorschläge der Plattform für ein Programm der neu zu gründenden Linkspartei entwickelt werden. Das Ökosozialistische Manifest wird in Kürze den zuständigen Gremien der Linkspartei.PDS und der WASG übergeben sowie auf der Homepage der Plattform und im Anhang dieser Tarantelausgabe unseren Mitstreitern und Sympathisanten zugänglich gemacht.

Die Teilnehmer des Treffens nahmen zwei Erklärungen an, die im Anschluss an diesen Bericht nachzulesen sind.

Sprecher- und Koordinierungsrat wurden neu bestimmt.

Dem Sprecherrat gehören an: Petra Beck, Götz Brandt, Detlef Franek, Rainer Gally, Helga Klawikowski, Wolfgang Wippler, Manfred Wolf. In den Koordinierungsrat wurden neben den Vertretern des Sprecherrats berufen: Helmut Bessner, Peter Engert, Marko Ferst, Ralf Henrichs, Uwe Kretschmar, Karin Lück, Reinhard Natke, Heinz Preuß, Elke Wolf.

Dank aktiver Mithilfe und Vermittlung durch unseren Mitstreiter vor Ort, Udo Hammelsbeck, und des Mitglieds des Landtags Sachsen-Anhalt Andre Lüderitz wurde den Teilnehmern des Treffens am Sonntag ein Besuch im Nationalpark Harz ermöglicht. Der Leiter des Nationalparks, Forstdirektor Andreas Pusch und einige Mitarbeiter opferten ihre freie Zeit, um uns ausführlich über den Zustand der Waldflächen sowie die Aufgaben und Möglichkeiten des Nationalparks zu informieren.

Über den Besuch im Nationalpark berichtet Udo Hammelsbeck.

Der SprecherInnenrat der Plattform bedankt sich bei allen, die zum Gelingen des Bundestreffens beigetragen haben.

Besuch des Nationalparks „Harz“

Udo Hammelsbeck

Der Nationalpark „Harz“ ist mit knapp 250 000 ha der größte Waldnationalpark der Bundesrepublik Deutschland, nachdem die beiden selbständigen Teilbereiche im Ost- und Westharz vereinigt wurden.

Herr Andreas Pusch, Forstdirektor und Leiter des Nationalparks, hielt einen Einleitungsvortrag in der Informationsstelle Ilseburg des Nationalparks (im Gebäude des ehemaligen Forstamtes Ilseburg), um danach mit uns die Exkursion in den nordöstlichen Teil des Schutzgebiets zu beginnen. Er schilderte die Historie des Nationalparks. Der Ostharz besaß bereits auf Initiative der damaligen DDR-Regierung 1990 unter fachlicher Federführung von Prof. Dr. Succow den ersten Nationalpark im Harz auf dem Gebiet des ehemaligen DDR-Naturschutzgebietes „Brocken-Oberharz“ bzw. Landschaftsschutzgebietes „Hochharz“ mit knapp 5 000 ha. Die Problematik bestand unter anderem darin, Naturschutz und Tourismus in verträglicher Form unter einen Hut zu bringen und darüber hinaus die forstliche Bewirtschaftung der Flächen einzuschränken bzw. in einen Waldumbau in den Randbereichen zu überfüh-

ren. Hierbei wurden Rotbuchen vornehmlich unter durchforstete Fichtenbestände gepflanzt. Andererseits wurden die Fichten durch Schwarzerlen an Bachläufen ersetzt, um der Versäuerung der Gewässer zu begegnen, zumal durch Schadstoffe eine Versäuerung des Bodens festzustellen war, die unter anderem zum Waldsterben führte. Der Nationalpark „Harz“ ist besonders durch 5 Bestandteile in seiner Naturausstattung gekennzeichnet: Bergfichtenwälder, Moore, subalpine Mattenvegetation, Felsgebiete sowie Fließgewässer. Hier finden entsprechende Pflanzen- und Tiergesellschaften ihren natürlichen Lebensraum.

Ursprünglich war der Nationalpark „Hochharz“, Ostteil des heutigen Nationalparks, in drei Zonen gegliedert. Dieses waren: 1. Zone I Kernzone, Totalreservat (heute Gebiet ohne Management), 2. Zone II: IIa Entwicklungszone, Naturschutzgebiet (heute Gebiet mit beschränktem Management, IIb Sanierungszone, ehemaliges Landschaftsschutzgebiet (heute Gebiet mit Management)). Die Brockenkuppe galt als Sonderzone. Sie ist heute Bildungszone, wobei hier nur Gebäude und Wege gemeint sind, während die eingezäunten Flächen zur Kernzone rechnen. Die Flächen, die heute nicht

mehr bewirtschaftet werden, sind erheblich erweitert worden. Die Fläche des ehemaligen Nationalparks „Hochharz“ wuchs von 5 000 ha auf 8 000 ha. Mit der Zusammenlegung kamen noch die 17 000 ha des Nationalparks „Harz“ (West) hinzu, der erst 1994 gegründet wurde, so dass nun 25 000 ha unter Schutz stehen. Der Tourismus auf dem Brocken inkl. der Brockenbahn stellen an die Nationalparkverwaltung große Anforderungen. Deshalb ist auch hier im Brockenhaus der Nationalparkverwaltung eine Rangerstation mit der größten Rangergruppe im Nationalparkgebiet eingerichtet worden. Rangerstationen bzw. Informationspunkte gibt es in Schierke, Scharfenstein, Ilsenburg und Drei-Annen-Hohne sowie St. Andreasberg, Königskrug und Torfhaus. Mit der Entwicklung des Nationalparks hat sich auch die Akzeptanz des Parks bei der Bevölkerung erhöht. Orte wie Stapelburg, Ilsenburg, Bad Harzburg, Braunlage oder St. Andreasberg sind bereits Nationalpark-Orte. Andere Orte wie Schierke, Elend oder Wernigerode werben mit dem Etikett Nationalpark, um weitere Urlauber in die Harzregion zu ziehen. Für den Nationalparkbesucher sind außer der eigentlichen Natur, die es zu erleben gibt, auf der Brockenkuppe das Brockenhaus mit seiner reichen Ausstattung sowie der Brockengarten sehr empfehlenswert.

1. Station: Waldhof-Zanthierhaus

Herr Andreas Pusch erläuterte kurz die Historie des Ilsenburger Waldhofes inkl. des Wirken von Oberforstmeister von Zanthier, der die erste Forstakademie in Deutschland gründete, die heute dem Vorläufer einer Forsthochschule entsprechen würde. Zanthier sah sich gezwungen, aus der Holznot im Harz eine Reform der Forstwirtschaft einzuleiten, die zur nachhaltigen Forstwirtschaft führen sollte. Die Ursache lag im immensen Verbrauch von Holzkohle durch die Hüttenindustrie Ilsenburgs. Hier stand eine der damals modernsten Hüttenbetriebe in Deutschland, die selbst Zar Peter der Große auf seiner Reise nach Holland besuchte.

Der Harzteil nördlich des Brockens war mit Meilerstätten übersät, wo Buchen- und Fichtenholz zu Holzkohle verarbeitet wurde. Alte Zeichnungen bezeugen die Waldarmut im 18. Jahrhundert. Hinzu kamen noch Borkenkäferkalamitäten, die die Forste schwer schädigten.

Die Planungen von Zanthier für die Forstbewirtschaftung gehen bis in das Jahr 1916. So haben wir heute im zum Nationalpark „Harz“ gehörenden Areal Fichtenwirtschaftswälder,

die auf den Planungen von Zanthier und seinen Nachfolgern beruhen.

2. Station: Meineberg bei Ilsenburg

Hier wird versucht, Fichtenforste behutsam in Fichten-Buchen-Mischwald umzugestalten. Hierbei war der Borkenkäfer der Auslöser der Debatte, ob man das Borkenkäfer-Fichtenholz nicht radikal aus dem Bestand entfernen oder behutsam einen Umbau durch Voranbau von Buchenjungepflanzen vornehmen sollte. Hierbei konnten wir erkennen, dass im unteren Teil eine Naturverjüngung von Buchen unter durchforsteten Fichtenbeständen erfolgte, während im oberen Teil eine Anpflanzung von Buchenjungepflanzen erforderlich war, da hier die Möglichkeit einer natürlichen Buchenverjüngung noch nicht bestand. Die toten Fichten dienten hierbei als Schattenspender, zumal die Buche eine schattenliebende Baumart ist.

Mit Berücksichtigung muss auch der Wildverbiss finden, wenn die Laubhölzer nicht eingattert sind. Der Waldumbau ist eine finanziell sehr intensive Arbeit, so dass man dort, wo es möglich ist, der Naturverjüngung den Vorzug gibt.

3. Station: Großes Sandtal südwestlich von Ilsenburg

Buchenvoranbau ist unter Fichten bereits gelungen. Hier muss aber wiederum der Fichten naturverjüngung entgegengesteuert werden, da in diesem höher gelegenen Bereich die Fichte eine optimale Wuchsentwicklung zeigt. Dies bedeutet, dass Fichtenjungepflanzen entnommen werden müssen. So sehen wir, dass durch anthropogene Tätigkeit das Gleichgewicht der Pflanzengesellschaften gestört ist und wieder mühevoll ausgelotet werden muss. Die hohen Luftstickstoffeinträge im Boden sowie die Klimaerwärmung führen auch zu einer rasanten Vergrasung. Besonders die Reitgräser sind hier „Spitzenreiter“. Durch ihre Fähigkeit, mittels der Wurzeln Stickstoffreserven zu aktivieren, können sie im Laufe kürzester Zeit die Waldböden zu Lasten nicht so konkurrenzfähiger Pflanzengesellschaften wie der azidophilen Zwergstrauchheiden im montanen und hochmontanen Bereich des Nationalparks überwachsen. Die Zwergstrauchheiden werden besonders durch Heidekraut, Heidel- und Preiselbeere bzw. Krähenbeere charakterisiert.

4. Station: Scharfenstein

Der Scharfenstein ist ein Aussichtspunkt auf einer Felsengruppe über der Rangerstation gleichen Namens im montanen Bereich. Hier konnte man den gesamten Brockennordhang gut einsehen. Hierbei waren Ausfälle von Fichten durch Luftschadstoffe sowie Borkenkäfer zu beobachten. In diesem Bereich wurden stellenweise eingezäunte Voranpflanzungen von Rotbuchen und Bergahorn getätigt, wie sie am Wanderweg Richtung Eckersprung zu sehen sind.

Angelegte Wiesen um die ehemalige Försterei Scharfenstein inkl. Viehhof künden schon von einer jahrhundertealten Nutzung von Bergwiesen als Weiden für Pferde und später für Rinder. Hieraus erwuchs auch die Abneigung gegenüber Beutegreifern wie Wolf, Bär oder Luchs, die zur Zeit der Bergwiesennutzungen noch vorkamen (letzter Wolf 1789, letzter Luchs 1813 unweit des Forsthauses Plessenburg erlegt). Der Hirtenstieg, der von Scharfenstein zum Brocken führt, existierte bereits lange vor einer Bewirtschaftung des Brockens seit 1800. Hier führten des Sommers die Hirten ihre Herden auf die damals kräuterreichen Bergmatten des Brockens. Dies war auch ein Grund für die reiche Brockenflora, da das Vieh die giftreichen Brockenanemonen und anderen Orchideen nicht fraß. Letztere sind ganz vom

Brockenplateau verschwunden. Am Scharfenstein waren noch die Reste von Buchen zu erkennen, die hier vor der Holzköhlerei Bestände bildeten. Eberesche, Birken, Zitterpappeln, Schwarzerlen sowie Salweiden bilden hier kleine Inseln inmitten der Fichtenforste. Die Wassernutzung ist am Eckerstausee erkennbar. Hier wird das Wasser gesammelt, das über Ecker, Fuhlenbach, Morgenbrodsbach, Königsbach, Pesecke und Abbe in den Stausee fließt und als Trinkwasser bis Bremen geleitet wird.

Den Abschluss der Exkursion bildete ein kurzer Imbiss in der Rangerstation, die neben den Aufgaben des Schutzes der Natur des Nationalparks auch die Gästebewirtung wahrnimmt. Für die Teilnehmer des Harzer Bundestreffens der Ökologischen Plattform 2006 war die Exkursion sehr wichtig, um auch einmal direkt mit der Praxis eines Nationalparks und des darin eingebetteten Naturschutzes vertraut gemacht zu werden.

Der Autor ist ordentlich bestellter ehrenamtlicher Außendienstmitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde Wernigerode (Schwerpunkt: Biotopkontrollen, „Rote-Liste“-Pflanzen) und ehrenamtlich tätiger Pflanzenkartierer bei der Nationalparkverwaltung (Schwerpunkt: Bärlappe, Farne, Orchideen, Moorpflanzen).

Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS am 10. und 11. Juni 2006

Die TeilnehmerInnen diskutierten Grundsätze eines „Ökosozialistisches Manifests“, das als Beitrag in die Debatte um ein Programm für eine neue Linkspartei in Deutschland eingebracht werden soll.

In diesem Zusammenhang wurde auf die wachsenden Gefahren und Belastungen verwiesen, die die sich verschärfende Umweltkrise für das Leben der Menschen mit sich bringt. Die markantesten Anzeichen für diese Krise, wie Verschmutzung der Atmosphäre und daraus resultierende Klimaerwärmung nebst extremen Wettererscheinungen, Verknappung und Verseuchung der Wasservorräte u. a. mehr treffen überall auf der Welt zuallererst diejenigen, die keinerlei oder wenig Schuld an der sich anbahnenden globalen ökologischen Katastrophe tragen. Denn Schuld an dieser Entwicklung ist die kapitalistische Profitwirtschaft in allen Industrieländern, auch dort, wo sie als soziale Marktwirtschaft bezeichnet wird.

Seit einem halben Jahrhundert verschärft sich die Ausplünderung und Verseuchung der Natur in einem Maße, dass Kriege um Erdöl an der Tagesordnung sind, Militäreinsätze zur Sicherung des Rohstoffnachschiebs erfolgen, bald auch Kriege zur Sicherung der Wasserversorgung wahrscheinlich werden. Im Interesse der ständigen Profitsteigerung werden Rohstoffe mit immer höherem Energieaufwand gefördert, was zu noch schnellerer Verseuchung der Erde und ihrer Atmosphäre führt.

In der Politik der Regierungen werden keine Auswege sichtbar. Sie halten am Kurs Wirtschaftswachstum und Profitstreben um jeden Preis fest und reagieren mit Sozialabbau und noch schärferer Ausbeutung der unterentwickelten Länder. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass auf diesem Wege keine ökologische Wende möglich ist.

Dieser Politik muss entschieden der Kampf angesagt werden. Die dringend notwendige Umsteuerung ist nur mit rigoroser Einschrän-

kung des Ressourcenverbrauchs möglich und diese wiederum nur mit anderen gesellschaftlichen Verhältnissen. Diese Einsichten müssten Strategien, Programme und Politik aller gesellschaftlichen Kräfte bestimmen. Leider ist das nicht so. Auch in der Linkspartei.PDS sind Programm und „Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ noch zu sehr mit untauglichen kapitalistischen Lösungsansätzen verbunden. Im „Aufruf zur Gründung einer neuen Linken“ heißt es: „Die Linke tritt für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ein: Um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu erhalten, müssen wir nachhaltig wirtschaften und mit der Atmosphäre, dem Wasser und der Erde verantwortungsbewusst umgehen. Gerade die führenden Industrienationen, die am meisten zur Verschmutzung von Luft und Wasser beitragen, sind verpflichtet, ihren Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu verändern.“ Wenn das einmal Programm und Praxis werden soll, müssen grundsätzlich an-

dere Wege gegangen werden. Der Leitgedanke muss sein: Die Möglichkeiten der Natur, menschliche Eingriffe zu absorbieren, sind begrenzt. Damit ist der Rahmen für soziales und wirtschaftliches Handeln gesetzt.

Deshalb müssen die Völker selbst entscheiden, bis zu welchem Umfang ihr eigener materieller Verbrauch für ein sinnerfülltes Leben erforderlich ist und wo die Luxus- und „Müll“-Produktion sinnlos und für ihr und ihrer Kinder Leben schädlich ist. Sie dürfen die Entscheidung über wissenschaftlich-technische und ökonomische Entwicklungen nicht den Konzernen überlassen. Dann werden sie auch erkennen, dass alle Aufwendungen für Rüstung und Krieg vermieden werden müssen.

Regierungen, die dem nicht Rechnung tragen, tragen zur Beschleunigung des Übergangs in die globale Umweltkatastrophe bei, richten also großen Schaden für ihre und andere Völker an und gehören deshalb schleunigst abgewählt.

Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS am 10. und 11. Juni 2006. Es reicht: Versorgungsnetze vergesellschaften!

Wieder einmal offenbaren die Energiekonzerne das gleichermaßen zerstörerische wie unsoziale Wesen des Kapitalismus: Sie bereichern sich schamlos an der Mehrheit der Bevölkerung und treiben die Energiepreise unbegründet in die Höhe.

Die unbeherrschbare Atomenergie gefährdet Mensch und Natur, Braunkohletagebau ist Raubbau an der Natur. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bleiben folgenlos.

Es reicht! Wir fordern die sofortige Überfüh-

rung der Strom- und Gasnetze in Gemeineigentum oder Treuhandschaft der Kommunen, der Länder oder des Bundes.

In anderen Bereichen liegen die Dinge nicht wesentlich anders. Infrastruktur muss der Allgemeinheit dienen und nicht der Profitgier der Konzerne. Deshalb sind auch die Leitungssysteme und -netze der Telekommunikation in öffentliches Eigentum zu überführen. Wir wenden uns auch gegen jegliche Privatisierung der Verkehrsnetze von Schienen-, Strassen- und Wasserverkehr.

Wachstum, Ökologie und Parteiprogramm – Beiträge zur Diskussion

Auf den nachfolgenden Seiten dokumentieren wir Beiträge, die im „Neuen Deutschland“ erschienen sind. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Vereinigung von Linkspartei und WASG müssen auch die strategischen und taktischen Zielstellungen der PDS überdacht und diskutiert werden und letztendlich ihren Niederschlag in einem neuen Parteiprogramm finden. Der Stellenwert von Umwelt und Ökologie ist in der PDS-Programmatik ja bisher ungenügend berücksichtigt worden.

Wir hoffen, dass die Diskussion zu diesen Themen das zukünftige Profil einer vereinigten sozialistischen Linkspartei stärker prägen wird. Um die Positionen der Plattform frühzeitig in die Programmdiskussion vor der Vereinigung einzubringen, haben wir auf dem Bundestreffen (siehe oben) die Diskussion um Grundsätze eines „Ökosozialistischen Manifestes“ abgeschlossen. Das Manifest ist als Anhang am Ende dieser Tarantel enthalten.

Die Redaktion

Wachsen oder Schrumpfen?

Götz Brandt

(Neues Deutschland 14.07.2006)

Eine Diskussion über Wirtschaftswachstum ist in der Linkspartei und auch der WASG überfällig. Das Parteiprogramm lehnt Wirtschaftswachstum prinzipiell nicht ab, schränkt aber die Zielstellung ein: Der Typ des Wirtschaftswachstums soll sich ändern, die Sackgasse eines sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums muss verlassen werden, eine andere Regulation der Wirtschaft ist notwendig, aber ein „Konzept dynamischer Wirtschaftsentwicklung“ wird gebraucht.

Nun haben wir seit Jahren in der BRD kein Wirtschaftswachstum mehr. „Nullwachstum“ und „Negativwachstum“ sind Synonyme für Wirtschaftsschrumpfung. Kein Politiker traut sich aber, diese Wahrheit den Wählern mitzuteilen, geschweige denn vom Fetisch Wachstum abzurücken. Dabei zeigt sich, dass Wirtschaftswachstum in den USA zum Abbau von Vollzeit-Arbeitsplätzen führt, die soziale Sicherheit abnimmt und die Staatsschulden wachsen.

Nicht auf der Höhe der Zeit

Die programmatischen Zielstellungen der Linkspartei befinden sich nicht auf der Höhe der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Bereits vor über 30 Jahren hatte der Club of Rome das „Ende des Wachstums“ prognostiziert. Die Rohstoffe sind bekanntlich endlich auf dieser Welt und werden bei weiterer Industrialisierung auch Indiens und Chinas in wenigen Jahrzehnten zur Neige gehen, sind bis dahin aufwendiger zu gewinnen und werden damit teurer. Das merken wir jetzt schon.

Eine auf künftige Generationen Rücksicht nehmende Politik wäre das Gebot der Stunde und müsste ins Parteiprogramm aufgenommen werden. Der Ressourcenverbrauch muss ein-

Die Ökologie muss die zentrale Bedeutung bekommen

Götz Brandt, Manfred Wolf

(Neues Deutschland 18.08.2006)

Wer heute in den Industriestaaten wirksame ökologische Politik, also Politik für die Menschen und ihre Zukunft machen will, muss in den Schwerpunktbereichen der Wirtschaft und Politik entschieden und konsequent antikapitalistische Positionen vertreten. Das heißt: statt

geschränkt werden, die Industrieproduktion muss zurückgefahren werden. Das betrifft vor allem die Industrieländer, die mit 20 % der Weltbevölkerung gegenwärtig 80 % der gehandelten Ressourcen verbrauchen.

Ein Rückgang der Industrieproduktion muss nicht unbedingt ein Sinken des Lebensstandards zur Folge haben, wenn Wohlstand nicht nur als höherer Verbrauch von materiellen Gütern verstanden wird. Wird auf Wegwerfartikel und modische Erneuerungen verzichtet und werden stattdessen langlebige reparaturfähige solide Güter produziert, die ein Leben lang halten, dann könnte schon die Hälfte des Materials eingespart werden. Vorliegende Forschungsergebnisse zu Langzeitautos werden z. B. von der Autoindustrie nicht genutzt, denn bei sinkendem Absatz würden die Profite schnell dahinschwinden.

Was Märkte nicht können

In der Marktwirtschaft kann die notwendige Ressourceneinschränkung nicht zu Stande kommen, das kann nur über das Primat der Politik erfolgen. Was können Märkte nicht? Die Tragfähigkeit der Erde bestimmen; aufzeigen, ob der Kundenwunsch ein Grundbedürfnis oder ein Luxuswunsch ist; anzeigen, wo die Bedürfnisbefriedigung aufhört und Unersättlichkeit, Raffgier und Neid beginnen.

Im Parteiprogramm wird festgestellt, dass der „ökologische Umbau der Produktions- und Lebensweise notwendig ist“ und dass dieser Umbau „umfassender und komplizierter als alle vorangegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit“ sein wird.

Dieser Umbau soll jedoch mit „neuer Art des wirtschaftlichen Wachstums“ erreicht werden. Diese Zielstellung ist eine Illusion, wissenschaftlich nicht fundiert und gehört nicht in das Parteiprogramm.

Wirtschaftswachstum spürbare Einschränkung des Ressourcen- und Energieverbrauchs, statt Einvernehmen mit den Neoliberalen nach der Formel Gleichrangigkeit zwischen Wirtschaft, Ökologie und Sozialem, Vorrang der Ökologie. Mit Rücksicht auf die Überlebenschancen künftiger Generationen muss der Ressourcenverbrauch der Industrie um 80 Prozent abnehmen, die Industrieproduktion muss zurück-

gefahren werden. Ein solches Ziel ist unter Kapitalmacht schwer durchsetzbar, aber es ist politisch richtig, weil es den Raubbau an den Ressourcen und die damit verbundene Umweltzerstörung unterbinden will, und es muss nicht ein Sinken des Lebensstandards zur Folge haben.

Wird auf Wegwerfartikel und modische Neuerungen verzichtet und werden stattdessen langlebige und reparaturfähige Güter erzeugt, die ein Leben lang halten, dann könnte schon die Hälfte des Materials eingespart werden. Dabei reden wir noch nicht über Notwendigkeit oder Nichtnotwendigkeit der Rüstungsproduktion und der Produktion sonstigen Zivilisationsmülls, die der Menschheit mittels ausufernder Werbeindustrie und Propaganda als lebenswichtig aufgedrängt werden. Das Totschlag-Argument, dass bei einem Zurückfahren der Produktion Arbeitsplätze verloren gehen, zieht nicht, denn die Linkspartei hat viele Vorschläge, wie Arbeit auf alle, die arbeiten wollen, gerecht verteilt werden kann.

Mit einer Forderung nach Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen durch Industrie, Energiewirtschaft, Verkehr und Heizungsanlagen muss die Linkspartei weiter gehen als andere und als sie es bisher tut. Denn die Industrieländer sind die Verursacher der anstehenden Klimaveränderungen und die Staaten in den Tropen und Subtropen die Hauptleidtragenden. Eine „solare Energierevolution“ könnte in Deutschland in den nächsten 20 Jahren zu Ende geführt werden. Die Industriekapazitäten und Investitionsmittel sind dafür heute schon vorhanden. Die Linkspartei muss das Verbot des Neubaus oder der Erneuerung vorhandener fossiler Großkraftwerke und den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie fordern.

Wer heute Politik für die Menschen und die Zukunft machen will, muss sich für mehr Demokratie entscheiden. Mehr Demokratie im Sinne von Zukunftsfähigkeit, also auch einer vor künftigen Generationen vertretbaren wirtschaftlichen Tätigkeit, ist nur möglich, wenn die wichtigen Entscheidungen des Lebens der Gesellschaft nicht den Banken und Wirtschaftsvereinigungen überlassen werden. Zu diesen Entscheidungen gehören vor allem die mit Krieg und Frieden verbundenen, aber auch solche über Entwicklungsrichtungen von Wissenschaft und Technik.

Der Irrglaube an die Freiheit der Wissenschaft als Maxime des Handelns, dem auch Linke anhängen, gibt den Konzernen die Möglichkeit, die wissenschaftliche, technologische und damit auch weitgehend die gesellschaftliche Entwicklung in eigener Machtvollkommenheit festzulegen. Zwillingbrüder dieses Irrglaubens ist die Fortschrittsgläubigkeit, der die Menschen

unter der suggestiven Einwirkung der Regierenden, der Medien und der Werbung so gern erliegen. Dabei wird leicht übersehen, dass wissenschaftliche und technische Neuerungen in der Vergangenheit auch großes Unheil für die Menschheit brachten und solches auch für die Zukunft droht, wenn nicht die Gesellschaft als Ganzes die souveränen Entscheidungen trifft.

Zukunftsfähige Politik, die unsere natürlichen Lebensbedingungen erhalten soll, kann nur tragfähig sein, wenn sie internationalistisch ist. Internationalistische Politik verlangt von den Industriestaaten, die ihren Entwicklungs- und Lebensstandard der nahezu gegenleistungsfreien Ausbeutung der Natur und anderer Völker verdanken, etwas völlig Neues, wozu sie eigentlich auf Grund ihrer kapitalistischen Ordnung nicht in der Lage sind: Zunächst haben sie als Hauptumweltverschmutzer auch den Löwenanteil bei der Reduzierung der Schadstoffemissionen zu erbringen. In einer neuen und gerechten Weltwirtschaftsordnung müssen die ausgebeuteten Länder endlich frei über ihre Ressourcen, ihre Produktions- und Lebensweise entscheiden können. Es muss Schluss sein mit der Verlagerung umweltschädigender Produktion in diese Länder.

Zukunftsfähige Politik für die Menschen kann schließlich nur funktionieren und Bestand haben, wenn es gelingt, Mehrheiten dafür zu gewinnen. Das ökologisch Notwendige muss eng mit dem sozial Machbaren korrelieren. Die rot-grüne wie auch die Regierung der großen Koalition gaben und geben mit ihrer Politik des Sozialabbaus eine Vorstellung davon, wie sie auch auf die wachsenden Probleme der ökologischen Krise zu reagieren gedenken. Die Linke muss dem ihr eigenes Konzept entgegenstellen. Dabei geht es sowohl um eine gerechtere Lastenverteilung, als auch um Einschränkungen des materiellen Verbrauchs, vor allem der Gesellschaft als Ganzes, aber auch ihrer Mitglieder. Auch dabei müssen die Menschen selbst entscheiden, wie es in der Erklärung des Bundestreffens der Ökologischen Plattform heißt, „bis zu welchem Umfang ihr eigener materieller Verbrauch für ein sinnerfülltes Leben erforderlich ist und wo die Luxus- und ‚Müll‘-Produktion sinnlos und für ihr und ihrer Kinder Leben schädlich ist“.

Die neu zu gründende Linkspartei muss sich bei der Erarbeitung eines Programms darüber klar werden, dass es an der Zeit ist, der Ökologie die zentrale, alle Bereiche durchdringende Bedeutung einzuräumen, die ihr auf Grund der bedrohlichen Lage zukommt. Sie muss sich darüber klar werden, dass sie die einzige Partei in Deutschland sein wird, die in der Lage ist, sich daraus ergebende Erfordernisse für

die Politik in der notwendigen Radikalität zu formulieren und für deren Durchsetzung einzutreten. Der Ernst der Lage erfordert solche Fragen aufzuwerfen, die tief in die herrschenden gesellschaftlichen Strukturen eingreifen, wie die nach direkter Demokratie, nach dem Eigentum an Grund und Boden, Banken und den wichtigsten Produktionsmitteln, nach Dezentralisierung der ökonomischen Macht und Regionalisierung wirtschaftlicher Kreisläufe, nach erheblicher Reduzierung des materiellen

Verbrauchs, Einstellung der Rüstungsproduktion und Abschaffung der Armeen.

Es muss klar gemacht werden, dass die Menschheit nur durch einen demokratischen Sozialismus gerettet werden kann. Eine allgemeine Verarmung ist damit dank des erreichten Standes der Kenntnisse und der Produktivkräfte nicht angesagt. Jedoch ist der Hinweis Mahatma Gandhis zu beherzigen: „Die Erde gibt uns genug für jedermanns Bedürfnisse, nicht aber für jedermanns Gier“.

Ökologie nicht losgelöst sehen

*Leserbrief zu „Die Ökologie muss die zentrale Bedeutung bekommen“ (ND vom 18.08.2006)
Herbert Schwenk
(Neues Deutschland 28.08.2006)*

Die radikale Forderung nach „Vorrang der Ökologie“ ist als Aufschrei gegen die fortschreitende Zerstörung unseres Planeten sicher berechtigt. Aber sie darf keineswegs als Abschwächung der anderen Lebensprobleme der Menschheit missverstanden werden. Unser Planet hat nur eine Überlebenschance, wenn zugleich auch die Bedrohungen großer Teile durch Kriege und Massenverelendung verhindert werden. Kriege großen Ausmaßes, zum Beispiel um Öl- und Wasserquellen, bedrohen schon heute ganze Weltregion. Das komplex verflochtene „Überlebensdreieck“ Frieden - Arbeit - Umwelt darf bei einem Postulat „Vorrang Ökologie“ keinesfalls aus dem Blickfeld geraten.

Die Autoren unterliegen einem fragwürdigen Denkschema, demzufolge „die Menschheit nur durch einen demokratischen Sozialismus gerettet werden kann“. Ein demokratischer Sozialismus ist bekanntlich seit rund anderthalb Jahrhunderten Kampfziel von Sozialisten in aller Welt. Aber es ist bisher nirgendwo dauerhaft erreicht worden. Erneut auf unbestimmte Zeit darauf zu warten, um danach die Menschheit „zu retten“, wäre der sichere Untergang. Deren Rettung ist längst zur unaufschiebbaren Tagesaufgabe geworden.

Der Beitrag beruht auf falschen Vorstellungen vom Wirtschaftswachstum in den hoch entwickelten Industrieländern. Weil die Autoren offenbar nur die extensive Form des Wachstums akzeptieren, das heißt Wirtschaftswachstum durch Erweiterung des Produktionsfeldes „in der Breite“ bei absolut wachsendem Ressourcenverbrauch und höherer Umweltbelastung, fordern sie eine generelle Wachstumsbeschränkung. Sie negieren damit ein qualitati-

ves Wirtschaftswachstum „in die Tiefe“ bei dem das Produktionsfeld durch Wissenschaft, Technik und Qualifikation ergiebiger und fruchtbarer gemacht wird. Nicht genereller Wachstumsverzicht ist daher der Programmatik der Linken zu empfehlen, sondern konsequente Änderung des Wachstumstyps hin zu einem Rohstoffe sparenden, die Umwelt schonenden und Arbeit fördernden lebensnotwendigen und nachhaltigen Wirtschaftswachstum. Falsche Vorstellungen vom Wirtschaftswachstum gehen mit eben solchen von der Entwicklung der menschlichen Lebens- und Entwicklungsbedürfnisse einher. Hatte Mitautor Manfred Wolf bereits vor Monaten im ND (16.6.06) negiert, dass immer neue Bedürfnisse entstehen und damit den Wandel in den menschlichen Bedürfnissen bestritten, so fordern er und Götz Brandt nun offen „Einschränkungen des materiellen Verbrauchs, vor allem der Gesellschaft als Ganzes, aber auch ihrer Mitglieder“. Es geht ihnen also nicht allein um die Bekämpfung von sinnloser Verschwendung, maßlosem Luxus, ausufernder Werbung für Scheinbedürfnisse und Fehlentwicklungen, sondern um Einschränkungen des materiellen Verbrauchs schlechthin. Statt eines allgemeinen nebulösen Appells zu „Einschränkungen des materiellen Verbrauchs“ stehen bessere Befriedigung notwendiger Bedürfnisse aller und qualitative Veränderungen des Verbrauchs zur Diskussion. Völlig unbeantwortet lassen die Autoren die Frage nach der Realisierbarkeit ihrer Konzepte. Radikales ökologisches Umdenken ist das eine, dessen gesellschaftliche Durch- und Umsetzung das andere. Allen voran erhebt sich dabei die brennende Frage: Welche sozialen Kräfte sollen sich eigentlich die Forderungen nach Beschränkung des Wirtschaftswachstums, Zurückfahung der Industrieproduktion, Verbot des Neubaus oder Erneuerung vorhandener fossiler Großkraftwerke und Einschränkungen des materiellen Verbrauchs zu eigen machen und politisch durchsetzen?

Auch Maya-Könige träumten vom Wachstum

Leserbrief zu „Die Ökologie muss die zentrale Bedeutung bekommen“ (ND vom 18.08.2006 und „Ökologie nicht losgelöst sehen“ (ND vom 28.08.2006)

Marko Ferst

(Neues Deutschland 04.09.2006)

Wenn man sich geschichtliche Beispiele untergegangener Kulturen und Gesellschaften ansieht, dann fällt auf, die ökologischen Rahmenbedingungen spielten dabei eine zentrale Rolle. Selbst kreative und intelligente Gesellschaften sind zu Fall gekommen, weil sie zu spät erkannten, dass sie sich auf veränderte Umweltbedingungen einstellen mussten bzw. die Schäden wirtschaftlicher Tätigkeit ihre Existenz unterminierten. Auch unterbrochene Handelsbeziehungen und kriegerische Nachbarn konnten den Zusammenbruch beschleunigen.

Das spricht für Herbert Schwenk, alle Problemlagen integral zu betrachten. Man muss sich darüber klar werden, es drohen neue totalitäre Umschwünge, globale Bürgerkriege und Unruhen, wenn die Grundlagen für die heutige Zivilisation wegbrechen. Dabei ist eine besondere offene Variable, wie stark der Klimaumsturz ausfallen wird.

Vor diesem Horizont sind Diskussionen um verschiedenartige Wachstumswünsche ein Randphänomen. Der Umweltpolitiker Herbert Gruhl wies jedoch nicht zu Unrecht in seinen Werken immer wieder darauf hin, dass eine ständige Vermehrung von Wirtschaftsvolumen nicht Sinn der Produktion sein könne. Er rechnete vor, wollte man über 100 Jahre ein jährliches Wirtschaftswachstum von drei Prozent er-

reichen, so würde sich die Volkswirtschaft um den Faktor 19 vergrößern ...

Herbert Schwenk vermisst bei den Plattform-Autoren das Subjekt einer ökologischen Zeitenwende. Bleibt es beim jetzigen Stand, so wird es so ausgehen wie um 800 bei etlichen Maya-Gesellschaften. Eine Dürreperiode mit Spitzen löscht sie komplett aus. Bodenerosion, hohe Bevölkerungsdichte, Kriege und nicht zuletzt eine Oberschicht, die immer mehr vortrefflichere Luxusbauten errichtete, dürften den Untergang besiegelt haben.

Diese und andere Aspekte übrigens brillant dargestellt in Jared Diamonds Buch „Kollaps“, in dem er analysiert, warum Gesellschaften überlebten oder nicht - mit direktem Bezug auf die heutige Ökologiedebatte.

Aber wer sagt denn, dass es global 2025 keine ökologische Kultur- und Volksbewegung geben könnte, angesichts der unübersehbaren ökosozialen Krise, eine neue geistige Hegemonie, die die Herrschaftseliten das Fürchten lehren wird?

Die antiplutokratische Wendung des Ganzen liegt in der Logik der Notwendigkeiten; ob man es sozialistisch nennen wird, sei dahingestellt. Nur regionale Versorgung, verbunden mit einem kleinen Sektor ökoeffizienter Industrie, könnte günstigstenfalls künftig eine Gesellschaft mit menschlichem Antlitz wahren.

Dies enthebt niemanden, nicht unmittelbar das Mögliche zu tun. Linkspartei wie Grüne sollten den vollständigen Umstieg auf eine erneuerbare Energieversorgung politisch beschleunigen. Produkte müssen mit immer niedrigerem Energie- und Ressourcenverbrauch hergestellt werden usw.

Ökologie gehört in linke Programmatik und Praxis

Leserbrief zu „Die Ökologie muss die zentrale Bedeutung bekommen“ (ND vom 18.08.2006 und „Ökologie nicht losgelöst sehen“ (ND vom 28.08.2006)

Friedrich Pietsch

(Neues Deutschland 08.09.2006)

Die Forderung nach einer radikalen ökologischen Wende und Wachstumsverzicht sowie deren Widerspiegelung in der Programmatik der Linken resultiert gewiss nicht aus der falschen Vorstellung von Wirtschaftswachstum in den hoch entwickelten Industrieländern und der ausschließlichen Akzeptanz der extensiven Form des Wachstums wie von Herbert

Schwenk im ND vom 28.8. vermutet, sondern sehr wohl aus jenem komplexen „Überlebensdreieck“ Frieden - Arbeit - Umwelt, das ja Schwenk selbst nennt. Zukunftsforscher Dennis Meadow sieht in seinem jüngsten Buch die Tragfähigkeit der Erde bereits überschritten. Er hält Wirtschaftswachstum ohne materielles Wachstum für möglich. An seine Stelle muss qualitatives Wachstum bei Bildung, Dienstleistung und Kunst treten.

Qualifiziertes Wirtschaftswachstum „in der Tiefe“, das klingt gut. Nur führten Wissenschaft und Technik unter obwaltenden Bedingungen trotz vieler Möglichkeiten beispielsweise eben nicht dazu, den PS-Größenwahn und damit den Verbrauch in Folge der individuellen Moto-

risierung der Gesellschaft durch die Auto- und Luftfahrtindustrie zu bremsen. Der Ruf, die Ökologie nicht losgelöst zu sehen, erschallt leider auch bei den Linken, meistens dann, wenn es darum geht, programmatisches Neuland zu betreten, sich um unbequeme Konsequenzen zu drücken oder sie vor sich her zu schieben.

Herbert Schwenk hat meines Erachtens Recht, wenn er die Frage stellt, welche sozialen Kräfte die Forderung nach Beschränkung des Wachstums eigentlich durchsetzen sollen. Nur stellt sich diese Frage nicht nur für ökologische, sondern für die Gesamtheit der Prozesse zur notwendigen Umgestaltung der Gesellschaft, für eine nachhaltige Wirtschaftsordnung ebenso wie im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit.

Aber alle drei Fragestellungen sind weder programmatisch noch in der politischen Praxis der Linkspartei.PDS geklärt.

Tatsächlich geht es Manfred Wolf und Götz Brandt (ND vom 18.8.) nicht nur um die Bekämpfung von sinnloser Verschwendung und maßlosem Luxus, sondern um die Einschränkung des materiellen Verbrauchs. Und es geht ihnen auch nicht um die Negierung sich verändernder menschlicher Bedürfnisse, sondern um die Zerstörung der kapitalistischen Mythen zu dem auf materiellem Konsum basierenden Wirtschaftswachstum. Demokratischer Sozialismus, so heißt es, ist eine Bewegung gegen die Ausplünderung der Natur. Verliert man diesen Grundsatz programmatisch aus dem Auge, dann schiebt man auch den ökologischen Umbau der Gesellschaft vor sich her und wird dem Anspruch eines demokratischen Sozialismus nicht gerecht.

Verweigern wir uns jeglicher kapitalistischer Wachstumseuphorie. Sie beruht darauf, wenig Reiche und viele Arme zu haben. Was mir aber noch wichtiger ist als die reine Programmatik, das sind jene Tagesaufgaben wie etwa die Einschränkung des fossilen Energieverbrauchs, die Unterstützung des Ökolandbaus und der Kampf gegen genmanipulierten Mais.

Ich verstehe die radikale Forderung nach „Vorrang der Ökologie“ nicht nur, aber auch als Reaktion auf die schmerzliche Empfindung einer betonten Zurückhaltung von gewählten Parteivorständen und Fraktionen gegenüber ökologischen Ambitionen aus der Parteibasis. Ich erlebe das hautnah in der politischen Praxis vor Ort. Da wird oft ausgewichen, pragmatische Interessen, wie die Rücksichtnahme auf Kooperationspartner überaus wichtig genommen, sich neuen Kompetenzfeldern und damit außerparlamentarischen Bewegungen verweigert. Ich bin der Meinung, Ökologie muss in der linken Programmatik und Praxis endliche einen zentralen Platz bekommen.

Ich verstehe die radikale Forderung nach „Vorrang der Ökologie“ nicht nur, aber auch als Reaktion auf die schmerzliche Empfindung einer betonten Zurückhaltung von gewählten Parteivorständen und Fraktionen gegenüber ökologischen Ambitionen aus der Parteibasis. Ich erlebe das hautnah in der politischen Praxis vor Ort. Da wird oft ausgewichen, pragmatische Interessen, wie die Rücksichtnahme auf Kooperationspartner überaus wichtig genommen, sich neuen Kompetenzfeldern und damit außerparlamentarischen Bewegungen verweigert. Ich bin der Meinung, Ökologie muss in der linken Programmatik und Praxis endliche einen zentralen Platz bekommen.

Zur Energiepolitik

Landes-Klimaschutzprogramm

Götz Brandt

Die Linksfraktionen in den Länderparlamenten stehen vor der Aufgabe, auch auf dem Gebiet der Landes-Energieprogramme und Klimaschutzprogramme Vorschläge zu unterbreiten, in denen linke Politik und Zielstellungen zum Ausdruck kommen. Hier sollen einige Hilfen und Gedanken für diese Arbeit gegeben werden, die nicht vollständig sind und die auf die Bedingungen der jeweiligen Länder angepasst werden müssen.

Verhältnis von Energieprogramm und Klimaschutzprogramm

Ein Landes-Energieprogramm, das die zu erwartenden Klimaänderungen nicht zum Ausgangspunkt, zur Grundlage und zum Maßstab für die Maßnahmen zur Energiepolitik des Landes macht, kann keine wissenschaftlich

begründeten quantitativen Aussagen machen und wird dadurch zwangsläufig unvollständig, wenig aussagekräftig und entzieht sich der Kontrolle. ***Deshalb sollte ein Landes-Energieprogramm immer in das Landes-Klimaschutzprogramm eingebettet werden.***

Klimagasemissionen des jeweiligen Bundeslandes

Ausgangspunkt für die Festlegung von Maßnahmen ist die Ermittlung der für die Länder statistisch vorliegenden Emissionen und zwar **aller** für den Treibhauseffekt verantwortlichen **Treibhausgasgruppen**, wie im Kyoto-Protokoll vereinbart (Kohlendioxid, Methan, Lachgas, Schwefelhexafluorid, wasserstoffhaltige und perfluorierte Fluorkohlenwasserstoffe). Eine Gewichtung der Emissionen nach ihrem **Treibhauspotential** (GWP = Global Warming Potential) bzw. nach ihrem **Ozonabbaupoten-**

tial (ODP = Ozone Depletion Potential) zeigt die unterschiedliche Gefährlichkeit der Gase. Erfasst werden sollte der Zeitraum von 1999 bis 2005 und die vorgeschlagene Entwicklung des Emissionsabbaus bis 2010 als Zielstellung.

Deutschland hatte sich verpflichtet, von 1990 bis 2010 einen **Emissionsabbau von 21 %** zu erreichen (Kohl hatte sogar 25 % vorgeschlagen). In diesem Rahmen sollten sich auch mindestens die **Zielstellungen der Länder** bewegen.

Die Auswirkungen der Klimaänderungen auf das jeweilige Bundesland

Die heute bereits erreichten Treibhausgasanteile in der Atmosphäre hat es seit den letzten 420 000 Jahren (Auswertung arktischer Eisbohrkerne) nicht gegeben. Die gegenwärtige Warmzeit wird durch menschlichen Eingriff zu einer Heizeit.

Die Klimaänderungen führen zu einer Erwärmung, die Vegetationsgrenzen werden pro Jahr um 2–3 km nach Norden verschoben (gegenwärtiger Erkenntnisstand). Die Niederschlagsmengen werden in den westlichen Bundesländern anwachsen und in den östlichen Bundesländern sinken (etwa 50 - 100 mm/a). Die Winterniederschläge nehmen zu, es kommen **Hitzeperioden** im Sommer. **Extremereignisse** werden zahlreicher, wie Fluten, Hochwasser, Stürme, Hitzewellen und Waldbrände. Bewohner von Küstenregionen, Trockengebieten und Gebirgen werden besonders betroffen sein.

Die Sommertrockenheit fhrt im Osten zu **abnehmenden landwirtschaftlichen Erträgen**. Saatzuchtbetriebe und Bauern müssen sich rechtzeitig auf trockenheitsresistente Sorten einstellen. Sandböden werden aus der Ackerbewirtschaftung herausfallen und zu Schafweiden werden.

Der **Hitzestress für Mensch und Nutztier** führt zu einem erhöhten Bedarf an Klimaanlage, zu Mehrverbrauch von Elektroenergie und damit zu höheren Emissionen.

Wer sich eingehend über die Klimaänderungen informieren will, dem sei das Buch von Peter Fabian „Leben im Treibhaus. Unser Klimasystem - und was wir damit machen“, 2002 empfohlen.

Für jedes Bundesland sollte nach Konsultation von Klimaexperten die konkreten Auswirkungen der Klimaänderungen qualitativ beschrieben werden und die sich daraus ergebenden langfristigen Veränderungen in der Landwirtschaft, bei der Trinkwasserversorgung, dem Katastrophenschutz und die sich

ableitenden Maßnahmen ermittelt werden, wie z. B. die Ausbreitung neuer Krankheiten und Schädlinge, zukünftiger Wassermangel in Industrie und Haushalten, wasserbauliche Maßnahmen zur Wasserrückhaltung, gesundheitliche Vorsorge für alte Menschen bei extremen Hitzeperioden (Hitzetod vieler Menschen in Frankreich 2003!!), Waldbrandbekmpfung, Pflanzenzchtungsziele, Katastrophenschutz, Veränderung der Vegetation usw.

Einzurichten hat man sich auf eine Hitzeperiode von etwa 100 000 Jahren, denn in der Lufthülle befinden sich durchweg stabile Hauptbestandteile, wie Edelgase und Spurengase biogener Herkunft. Eine direkte Oxidation atmosphärischer Konstituenten ist nicht möglich. Die zu planenden Maßnahmen sind also nicht für eine kurze Periode bedeutsam, sondern zahlreiche Generationen werden sie nutzen müssen. Hieraus ergibt sich die immense Verantwortung der Politiker und Entscheidungsträger in der Regierung.

1. Energieverbrauch im Bundesland

Die Erfassung der Energieverbrauchswerte ist die Grundlage für die festzulegenden Maßnahmen zur Emissionssenkung. Entwicklungstendenzen können besser erkannt werden, wenn die Energieverbrauchswerte über mehrere Jahre nebeneinander gestellt werden.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist der **Energieverbrauch** in Deutschland zwischen 1999 und 2004 um 1,8 % **gestiegen**, d. h. es wurde kein Beitrag zur Nachhaltigkeit geleistet. Vor diesem Bundestrend sind die Zahlen des Landes einzuschätzen.

Eine Übersicht zum Energieverbrauch des jeweiligen Bundeslandes sollte gegliedert werden in:

- Primärenergieverbrauch nach Energieträgern in Petajoule und prozentuale Anteile am Gesamtverbrauch.
- Verluste an Primärenergie durch Energieumwandlung und Leitungsverluste.
- Struktur des Endenergieverbrauchs nach Industrie, Verkehr und Haushalte.
- Endenergieverbrauch nach Energieträgern (Kohle, Gas, Öl usw.).
- Endenergieverbrauch nach Anwendungsbereichen (Raumwärme, Warmwasser, mechanische Energie, Beleuchtung usw.).
- Beitrag der Erneuerbaren Energie an der Energiebereitstellung bei Strom, Wärme, Kraftstoff
- Anteile der Arten der Erneuerbaren Energie untereinander (Holz, Biogas, Windkraft,

Wasserkraft, Photothermie usw.).

Im Anhang der Broschüre von **Uwe Witt** „**Erneuerbare Energien – Schlüssel zukunftsfähiger Energieversorgung**“, erschienen als „Beiträge zur Umweltpolitik der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS“ Heft 2/2005, sind aktuelle Beispiele für eine Erfassung der Energiewerte der Bundesrepublik zu finden.

2. Effizienzmaßnahmen

Die Effizienzerhöhung beim Energieeinsatz wurde in den letzten Jahrzehnten vernachlässigt. Zwar wurde viel über diese notwendige Aufgabe geredet, aber wenig getan. Die Energiekonzerne sind an der Einschränkung ihres Marktes nicht interessiert. Effizienzmaßnahmen sind mit viel geringeren Kosten zu erreichen als der Ersatz von fossilen durch erneuerbare Energien. Sie sind aus volkswirtschaftlicher Sicht zu bevorzugen und müssen deshalb im Mittelpunkt eines Klimaschutzprogramms stehen.

Wärme- und Warmwasserbereitstellung

Durch ein Maßnahmenpaket sind konkrete Ziele bei der Einsparung von Gas und Heizöl aufzustellen. Bis 2010 sind mindestens 10 % der fossilen Energieträger einzusparen, um bis 2021 die angestrebte Emissionseinsparung von 20 % zu erreichen.

Mögliche Maßnahmen könnten sein:

- Der Wärmeschutz von Neubauten sollte sich am Passivhausniveau orientieren, wozu die Landesbauordnungen dahingehend zu ergänzen sind.
- Der Wärmeschutzsanierung insbesondere der öffentlichen Gebäude und des öffentlichen Wohnungsbestandes muss durch Forderungen (Verordnung) und Förderungen (Zuschüsse und zinsverbilligte Kredite) zum Durchbruch verholfen werden. Das trifft ebenso für den privaten Wohnungsbestand zu.
- Die Heizung und Warmwasserbereitung von Neubauten ist durch Einbau von fotothermischen Anlagen zur Vorschrift zu machen (Beispiel Israel).
- Altbauten sind mit fotothermischen Anlagen nachzurüsten, die durch Zuschüsse angereizt werden sollten.
- In ländlichen Gemeinden mit Waldbestand ist die Holzheizung zu propagieren und zu fördern.

3. Elektogeräte

Eine weitere Möglichkeit der Effizienzsteige-

rung beim Energieeinsatz wäre die Festlegung, dass öffentliche Einrichtungen, allen voran die Landesverwaltungen und ihnen nachgeordnete Ämter, nur noch die jeweils energieeffizientesten Geräte anschaffen dürfen (nicht unter A++) und eine Anschaffung von Geräten, die keine Kennzeichnung des Stand-by-Zustands oder den entsprechenden Schein-Aus-Zustand haben, untersagt wird.

Auf die Hersteller elektrischer Geräte im Land muss öffentlicher Druck ausgeübt werden, nur noch Geräte mit hohem Standard der Energieeffizienz herzustellen, den die Linkspartei zusammen mit den Umweltverbänden organisieren sollten.

4. Verkehr

Im Verkehr wird etwa ein Drittel der Primärenergie verbraucht, vorwiegend auf Erdölbasis.

Kraftfahrzeuge sind von der öffentlichen Hand nur dann anzuschaffen, wenn sie einen Kraftstoffverbrauch von weniger als 5 l/100 km haben. Andere gesellschaftliche Gruppen, wie Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, NROs usw. sind für dieses Vorhaben zu gewinnen.

Es müssen Anreize geschaffen werden, die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Das würde durch eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung in den Innenstädten mit jährlich steigenden Gebühren (+10 %) gefördert: Verwendung dieser Parkgebühren zur Senkung der ÖPNV-Tarife. Gleichzeitig muss das öffentliche Verkehrsnetz ausgebaut werden, in den Städten bevorzugt bei Straßenbahnen, S-Bahnen und den Fahrradwegen. Im ÖPNV müssen die Taktzeiten verringert werden, um einen freiwilligen Umstieg vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu unterstützen. Für den Neubau oder die Erweiterung von Straßenverkehrsmagistralen sollte ein Baustopp festgelegt werden, um eine Zunahme des Autoverkehrs zu bremsen.

Für die Einrichtung von autofreien Zonen und autofreiem Wohnen sollten in allen Großstädten Beispiele geschaffen werden, um die Lebensqualität der Anwohner zu erhöhen.

Nebenstraßen und Anliegerstraßen sollten in Tempo-30-Zonen zusammengefasst werden, um die Lärmbelastigung und Verkehrsunfälle zu reduzieren.

Mindestens ein autofreier Tag im Monat sollte die Autofahrer auf die umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmittel aufmerksam machen. Auf Stadtautobahnen sollte ein Tempolimit von 100 km/h ausgesprochen werden.

Für alle Vorschläge sind konkrete Zielstellungen festzulegen und nicht nur Absichtserklä-

rungen abzugeben. Eine Zusammenarbeit mit den Linkspartei-Fraktionen der betroffenen Kommunen ist unerlässlich.

Insgesamt sind Ziele für Energieeinsparungen auszuweisen, immer unter dem Aspekt, dass mindestens 20 % der Energie mit den heute bekannten technischen Mitteln einsparbar sind. Allein die Information und die Beratung als Mittel genügen hier nicht. Es sind Verordnungen und Fördermaßnahmen notwendig.

5. Einsatz erneuerbarer Energien

Die im Lande vorhandenen Möglichkeiten zur Einführung erneuerbarer Energien bilden den Maßstab für die Zielstellungen. Für diese Potentialermittlung wird als Literatur auf die „Tarantel“ Nr. 28 und 30 verwiesen, die sich mit den Einsatzmöglichkeiten befassen.

Sonnenenergie: Die Fotovoltaik sollte zugunsten der Fotothermie auf den zur Verfügung stehenden Dachflächen zurückgestellt werden, bis die Forschung bei den Modulen eine höhere Stromausbeute und geringere Investitionskosten erreicht hat. Von den in Deutschland geeigneten 1000 km² Dachflächen sind bisher nur etwa 5 km² genutzt worden, sodass es ungeheure Reserven und einen sehr großen Nachholebedarf bei fotothermischen Anlagen gibt. Alle geeigneten Dachflächen (unbeschattete Südlage) sollten erfasst werden. Fotovoltaik sollte vorrangig in Großanlagen auf Brachflächen gefördert werden mit Leistungen um 5 MW. Dafür lassen sich auch große Energiekonzerne gewinnen, wie man in Sachsen erkennen kann.

Windenergie hat in Deutschland ein sehr großes Potential: Etwa 60 % des Strombedarfs könnte mit Windenergie gedeckt werden, schätzen Fachleute ein. Für jedes Land sollte ein Atlas mit den windhöffigen Gebieten angelegt werden, unter dem Aspekt, örtliche Planungen zu unterstützen.

Biomasse kann sowohl zur Strom- als auch zur Wärmeenergie genutzt werden. Da Biomasse vor allem in Landwirtschaftsbetrieben anfällt, sollte in jedem größeren Dorf bzw. für mehrere kleine Dörfer eine Biogasanlage gebaut werden. Mit Biomasse (ohne Nahrungsprodukte wie Getreide) könnten etwa 10 % des Strom- bzw. Wärmebedarfs in Deutschland gedeckt werden, weshalb in Dörfern eine Energieautarkie erreicht werden kann.

Holzverbrennung durch Nutzung des Restholzes und der Sägeindustrieabfälle hat für Gemeinden mit Waldbeständen eine große Bedeutung. Ein Haushalt braucht für die Wär-

me- und Warmwasserversorgung das Restholz von etwa 2 ha Wald (10 m³ Holz). Günstig wäre der Bau von Holzheizkraftwerken in Gemeinden mit Waldbestand.

Pflanzenöl aus Raps sollte vorrangig für die Traktoren der Landwirtschaftsbetriebe verwendet werden und nicht als Beimengung zum Diesel, weil die Landwirte dadurch ihre Betriebskosten erheblich senken können.

Wasserkraft kann vor allem in den Ländern mit Mittelgebirgen noch erschlossen werden. Es gibt noch viele Möglichkeiten, kleine Wasserkraftwerke für die örtliche Versorgung zu bauen.

Geothermie ist auf bestimmte Standorte beschränkt, auf denen in großen Tiefen Heißwasser erwartet werden kann, das vor allem für Neubaugebiete in Großstädten zur Heizung verwendet werden sollte.

Für jede einzelne Art der Erneuerbaren Energie ist eine **qualitative** (Anzahl der Einrichtungen, Standortwahl) und eine **quantitative** (installierte Kapazität, Jahresleistung) **Aussage** zu machen und zu summieren. Das Bundesziel mit 20 % erneuerbarer Energie bis 2020 sollte überschritten werden, denn jeder Tag Klimagasemission verschlimmert die irreversiblen Klimaänderungen zu unserem Ungunsten.

Bei den Ostländern ist die zukünftig sinkende Bevölkerungszahl zu beachten.

6. Konzeption der Energieindustrie zum Klimaschutz

Eine solche Konzeption muss unbedingt Bestandteil des Klimaschutzprogramms des jeweiligen Landes werden. Die Energieindustrie ist neben dem Verkehr der Hauptverursacher und Hauptverantwortliche für die zu erwartenden Klimaänderungen. Es ist deshalb unerlässlich, neben der Automobilindustrie die Stromindustrie aufzufordern, ihren Plan zur Reduzierung der Klimagase vorzulegen und für verbindlich zu erklären. Es muss der Industrie klar gemacht werden, dass sie für alle nachteiligen Auswirkungen der Klimaänderungen verantwortlich ist und auch finanziell für diese externen Kosten verantwortlich gemacht werden muss.

Was sollte in ein solches Programm Aufnahme finden?: Aufbau von Großanlagen der Erneuerbaren Industrie in Form von Off-Shore-Windkraftfeldern, Photovoltaikanlagen auf Brachflächen mit mehr als 5 MW installierte Kapazität und Nutzung der Geothermie. Weiterhin sollten sich die **Konzerne verpflichten, keine neuen fossilen oder atomaren Großkraftwerke mehr zu planen und zu bauen,**

keine neuen Braunkohletagebaue aufzuschließen, ein Programm vorzulegen, in dem der Ausstieg aus der Braunkohle terminisiert wird, den **Verzicht auf Alibi-Forschung** zu erklären und die Clean-Coal-Technologie mit Kohlendioxidabscheidung zu beenden. Ihre Forschungsmittel sollten die Energiekonzerne in die erneuerbare Energie stecken.

7. Gesetzgebung

Die im Klimaschutzprogramm festgelegten Maßnahmen müssen durch Verordnungen und Vorschriften umgesetzt werden und allgemeine Gültigkeit erlangen. Sonst bleibt das Programm ein Wunschprogramm.

- Solarverordnungen auf Landesebene (Landesbauordnungen) für thermosolare Anlagen sollten erlassen und nicht auf ein Bundesgesetz gewartet werden. Es sollten Rechtsvorschriften sowohl für Neu- als auch für Altbauten erlassen werden, die den Passivhausstandard zum Ziel haben. (Das Beispiel der Stadt Barcelona von 2002 und die Gesetzgebung in Israel könnte als Beispiel genutzt werden)
- Eine Verordnung zur Nutzung der Landesforsten zur Gewinnung von Restholz und entsprechende Abgabepreise für die Selbstwerbung bzw. den Verkauf sollte erlassen werden.
- Erlass einer Verordnung, dass öffentliche Einrichtungen nur noch PKW mit einem Verbrauchskennwert von 5 l/100 km kaufen dürfen und vorzugsweise Biokraftstoff verwendet wird.
- Erlass einer Verordnung, dass bei Sanierung und Modernisierung öffentlicher Gebäude der Einbau dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung in Verbindung mit solarthermischen Anlagen Vorzug hat.
- Die Kommunen sollen Gebiete ausweisen, in denen der Anschluss an das Fernwärmenetz zur Pflicht gemacht wird.
- Erlass einer Verordnung, der den Neubau von fossilen und atomaren Kraftwerken und den Neuaufschluss von Braunkohletagebauen verbietet.

Können Biokraftstoffe die fossilen Kraftstoffe ablösen?

Götz Brandt

Die Produkte

Die Verwendung von Biokraftstoffen ist nicht neu. Rudolf Diesel betrieb 1912 mit Erfolg ei-

8. Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit zum Klimaschutzprogramm kommt es darauf an, dass breite Bevölkerungskreise in einer Landeskampagne aufgeklärt werden, dass wir in Verantwortung für die nächsten Generationen heute handeln und umsteuern müssen. Am besten wird eine solche Kampagne durch professionelle PR-Firmen zum Erfolg geführt und nicht über Büros zur Energieeffizienz, erneuerbarer Energien usw.

Der Bevölkerung muss klar gemacht werden, dass die **Energiekonzerne nur Interesse an kurzfristigen Preissteigerungen und langfristiger Nutzung der einmal getätigten Investitionen** in die Großkraftwerke haben und der Klimaschutz für sie keine Rolle spielt, da Klimaänderungen nur externe Kosten verursachen und nicht in ihre Kostenkalkulationen eingehen.

Haushaltsmittel müssen vorrangig in die Aufklärung der Bevölkerung fließen, um diese zu Handlungen für den Klimaschutz zu mobilisieren.

Der Klimaschutz beginnt in den Schulen. Hier kommt es darauf an, dass **in jeder Schule ein Lehrer** für alle Klimaschutzmassnahmen an der Schule und die Propagierung im Unterricht und in Arbeitsgruppen verantwortlich gemacht wird. Die Schule muss Beispiele für die Umgebung schaffen.

Das Wissen über energiesparende Technologien für die Heizung, Warmwasserbereitung und Stromerzeugung ist heute in jedem spezialisierten Handwerksbetrieb vorhanden, die jeden Interessenten ausführlich beraten können und Angebote unterbreiten. Dafür muss es keine staatlich finanzierten gesonderten Büros geben. Die Wissensvermittlung über Handwerksbetriebe ist wirkungsvoller als die über Beratungsstellen.

Die Organisation von Demonstrationsvorhaben in Zusammenarbeit von Industrie, Handwerk Kommune und Bauherrn muss staatlicherseits aber organisiert werden.

Auch Partnerschaften mit Kommunen, die bereits Erfahrungen haben, sind zu fördern.

nen Dieselmotor mit Erdnussöl. Im 2. Weltkrieg wurden Holzvergaser auf Traktoren und LKWs aufgebaut und mit 15 kg Holz konnte man 100 km weit fahren.

Naturbelassenes Rapsöl

Rapsöl kann Dieselkraftstoff 1 : 1 ersetzen. Für Rapsöl gibt es **noch keinen gesetzlichen Qualitätsstandard**, obwohl es schon jahrelang eingesetzt wird. Das Desinteresse des Staates an dieser Kraftstoffvariante ist unübersehbar. Maßstab ist bisher der RK-Qualitätsstandard 5/2000 der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft Weihenstephan. Eine in Arbeit befindliche Vornorm DIN 51 605 ist noch nicht rechts-gültig.

Pflanzenöl **kann dezentral hergestellt werden**. Vorteilhaft ist, dass Pflanzenöl frei von Schwefel, Schwermetallen und Radioaktivität ist, nicht explosiv ist und weder beim Tanken noch bei der Lagerung giftige Gase entstehen. Rapsöl kann überall **ohne Brandschutzmaßnahmen gelagert** werden und ist ein **nicht-wassergefährdender Stoff**. Pflanzenöl wird innerhalb von 21 Tagen zu über 95 % biologisch abgebaut. Das sind ideale Eigenschaften für die Herstellung und Lagerung in Landwirtschaftsbetrieben. Der Presskuchen kann an die Rinder verfüttert werden und Sojaimporte ersetzen.

Nachteilig ist, dass Rapsöl bei niedrigen Temperaturen eine zehnmal **höhere Viskosität** als fossiler Diesel hat. Die Industrie hat nicht die Absicht, pflanzenötaugliche Motoren zu entwickeln. Für den Kaltstart und den Winterbetrieb muss man deshalb die Motoren entweder **umrüsten** (Umrüstkosten 2000 € mit TÜV-Abnahme nach § 19 StVZO) oder ohne den Umbau des Motors einen **zusätzlichen Tank für DK** einbauen. Man fährt dann mit Diesel aufs Feld, schaltet bei warmen Motor auf Rapsöl um und fährt nach getaner Arbeit mit Diesel wieder auf den Hof zurück. Das ist die einfachste und billigste Lösung. Es gibt inzwischen etwa 150 Tankstellen für Rapsöl, vorwiegend in Süddeutschland.

Rentabel wird Pflanzenöl für PKW-Vielfahrer, die mindestens 17 000 km/a fahren und ihr Auto 5 Jahre nicht wechseln. Deshalb haben viele Taxiunternehmer auf Pflanzenöl umgestellt.

Biodiesel

Biodiesel **kann nicht dezentral hergestellt werden**. Die Veresterung ist ein technisch und energetisch aufwendiger Prozess. Es gibt in Deutschland etwa 30 Herstellerbetriebe. Biodiesel ist bekannter und weiter verbreitet als naturbelassenes Rapsöl. Hergestellt wird Biodiesel durch **Umesterung von Rapsöl**: 100 l Rapsöl werden 13 l Methanol und 1,5 l Natron-lauge hinzugefügt, und es entstehen im chemischen Prozess 97 l **Rapsölmethylester = RME = Biodiesel** und 17 l Glycerin. Für Letzteres gibt es kaum noch Verwendung in der

Chemieindustrie, weil ein Überangebot vorhanden ist. Biodiesel wirkt chemisch **wie ein Lösungsmittel** und kraftstoffführende Bauteile müssen daher beständig sein. Fahrzeuglack und Kleidung werden angegriffen, mit dem Motorenöl vermischt sich Biodiesel leichter als Dieselkraftstoff. Der Motorenhersteller muss die Freigabe seiner Motoren für den Biodieseleinsatz genehmigen. Nicht alle Hersteller geben ihre Motoren frei. Für die Umrüstung gibt es seit 2005 ein Förderprogramm des Bundes.

Vor allem die Speditionen und die Taxiunternehmen nutzen neben der Landwirtschaft Biodiesel, aber auch Omnibusse, Lokomotiven und auch Schiffe werden mit Biodiesel angetrieben.

Während bei der Herstellung von naturbelas-senem **Rapsöl etwa 15 %** der im Rohstoff enthaltenen **Energie verloren geht**, die bei der mechanischen Bodenbearbeitung des Rapsfeldes, durch Düngemittel und Pflanzenschutzmittel, durch Transportarbeiten und der mechanischen bzw. chemischen Herstellung des Produktes benötigt werden, sind es **beim Biodiesel 30 %**.

Bioethanol

Bioethanol **kann Ottokraftstoff ersetzen**. Benzin darf es bis zu **5 % beigemischt** werden, dann muss der Motor noch nicht umgerüstet werden. Serienfahrzeuge, die nur mit Bioethanol fahren, gibt es in Deutschland noch nicht, aber in Brasilien laufen schon 14 Millionen Fahrzeuge.

Ethanol wird aus dem in den Pflanzen enthaltenen Zucker mittels Hefepilzen und Enzymen gewonnen. Geeignet sind bei uns Weizen, Roggen und Zuckerrüben, in den USA auch Mais und in Brasilien Zuckerrohr. Als Nebenprodukt entsteht Schlempe, die verfüttert werden kann.

Die **Qualität von Benzin** wird durch Beimischung von Ethanol **verbessert**, weil es eine hohe Oktanzahl hat. Der **Energiegehalt von Ethanol liegt aber nur bei etwa 70 % von Benzin**.

Coal-to-liquid-(CTL-) und Gas-to-liquid-(GTL-)Kraftstoffe

Fossile Synthetikraftstoffe werden schon lange hergestellt. Die „Fischer-Tropsch-Synthese“ wurde 1925 in Deutschland entwickelt: **Ben-zinherstellung aus Kohle**. Dieses Verfahren sei hier der Vollständigkeit halber erwähnt, weil es auch der Zielstellung dient, vom Erdölimport unabhängig zu werden. 1938 wurde dieses Verfahren wegen der damaligen Erdölknappheit im industriellen Maßstab eingeführt. Heute

spielt es keine Rolle, kann aber bei steigenden Erdölpreisen wieder interessant werden.

Synthetische Kraftstoffe der „2. Generation“

An diesen Kraftstoffen wird gegenwärtig noch geforscht. Ziel ist die Produktion von **BTL-Kraftstoff (Biomass-to-liquid)** oder auch Synfuel oder Sunfuel genannt. Als Rohstoff kommt **alle anfallende Biomasse** in Frage bis hin zum Restholz. Vom Rohstoff her besteht eine **Konkurrenz zu Biogasanlagen**.

Die Herstellung erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. Zuerst entsteht in einem Reaktor Synthesegas unter Zuführung von Wärme, Druck und einem Vergasungsmittel (z. B. Sauerstoff) durch Zersetzung der Biomasse. Bei dieser thermochemischen Vergasung entstehen Wasserstoff, Kohlenmonoxid und Kohlendioxid. Daraus werden im zweiten Schritt Kraftstoffbausteine synthetisiert.

Die Bundesregierung fördert die Forschung und den Anbau von Biomassepflanzen und erwartet den Anbau von Biomasse für die Kraftstoffproduktion auf etwa 1,5 Mio. Hektar. Vom Ertrag eines Hektars könnten 4000 l BTL-Kraftstoff erzeugt werden. Aber **erst nach 2010 werden BTL-Kraftstoffe auf den Markt kommen**.

Der Markt

Biokraftstoffproduktion in Deutschland

In Deutschland werden jährlich **28 Mio. t Diesel** und **27 Mio. t Ottokraftstoff** verfahren und der Fuhrpark wächst. Welche Alternativen zum fossilen Treibstoff gibt es unter Beibehaltung der gegenwärtigen Motorenkonzepte?

Biokraftstoffe machten 2005 etwa 1,8 % des Gesamttreibstoffverbrauchs aus.

Der **Pflanzenölverbrauch** als Kraftstoff ist in Deutschland auf **350 000 t/a** angewachsen. „Die regionale Wertschöpfung wurde von den Erdölmonopolen verdrängt, weil diese schneller waren“, meint der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Dr. Peter Paziorek. Dagegen wird die **Biodieselproduktion 2006** eine Kapazität von **2,5 Mio. t** und 2007 von **3,5 Mio. t/a** Rapsöl erreichen. 2001 waren es erst **0,4 Mio. t/a** und 2005 aber bereits **1,8 Mio. t/a**.

Der **deutsche Anbau** von Raps mit einer Ausbeute von **2,4 Mio. t Rapsöl kann den Bedarf nicht mehr decken**. Nur 50 % davon gehen in die Kraftstoffproduktion, der Rest verteilt sich auf den Pflanzenölverbrauch des Einzelhandels und der Lebensmittelindustrie und auf

technische Öle. Deshalb mussten 2005 bereits **0,35 Mio. t Rapsöl importiert** werden.

Die **Preise für Rapsöl ab Mühle** bleiben bei dieser starken Nachfrage **stabil bei 0,60 bis 0,65 €/l**. Sojaöl kostete 0,45 €/l und Sonnenblumenöl 0,50 €/l.

Biodiesel ist in der Regel **15 ct/l billiger als Diesel** und **passt sich den Schwankungen des Dieselpreises an**.

Die Ölmühlenkapazitäten werden von 2005 mit 5,8 Mio. t/a durch Investitionen 2006 auf 6,8 Mio. t/a und 2007 auf 8 Mio. t/a Verarbeitungskapazität wachsen. Für **2006** wird eine Anbaufläche für Ölsaaten von **1,4 Mio. Hektar** erwartet, davon etwa **1 Mio. Hektar Raps**. Der Rapsanbau kann nicht beliebig erweitert werden. Häufiger als alle 4 Jahre darf Raps in der Fruchtfolge nicht stehen. Bei 12 Mio. Hektar Ackerfläche in Deutschland wären das **maximal 3 Mio. Hektar Raps**, das Dreifache dessen, was gegenwärtig angebaut wird. Bei einem durchschnittlichen Ertrag von 3 t/ha und einem Ölgehalt von 40 % und 15 % Verlust bei der Kaltpressung wird etwa **1 t/ha Rapsöl** geerntet. Somit könnten in Deutschland maximal **3 Mio. t Rapsöl** hergestellt werden. Das sind aber nur etwa **10 % des gegenwärtigen deutschen Dieselpkraftstoffverbrauchs**. **Mit Rapsöl kann also die Abhängigkeit vom Erdölimport nur in engen Grenzen verringert werden**.

Biokraftstoffproduktion in der EU

Bis 2010 kann in der EU mit einer Verdopplung der Fahrleistungen und mit 50 % mehr Kohlendioxid-Ausstoß durch Fahrzeuge gerechnet werden. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der EU (Richtlinie 2003/30/EG), **bis 2010 den Biodieselanteil am DK auf 5,75 %** zu erhöhen (bezogen auf den Energiegehalt), als völlig unzureichend einzustufen. Bis 2007 soll 3 % Anteil erreicht werden, für Diesel 4,4 % und für Ottokraftstoff 2 %. Allerdings hat man sich das anspruchsvolle Ziel gestellt, bis 2020 in der EU die fossilen Kraftstoffe bis zu 25 % zu ersetzen.

Das Grünbuch der EU zur Energieversorgung vom 8.3.2006 benennt die **Energieabhängigkeit der EU bei Kraftstoffen mit 98 %**. Aber es gibt ein Biomassepotential in Europa von 185 Mio. t Rohöläquivalent, das nach dem Biomass-Aktion-Plan (BAP) mit 150 Mio. t erreichbar hingestellt wird. Dabei soll auch aus Zucker und Getreide-Interventionsbeständen Bioethanol hergestellt werden.

Bioölweltmarkt

Auf dem Weltpflanzenölmarkt gibt es in letzter Zeit eine enorme Dynamik. Der Weltverbrauch

wird mit **94,8 Mio. t** angegeben, wovon die EU 25 etwa **16 Mio. t** verbraucht, aber **nur 10,2 Mio. t aus eigenem Anbau** erntet. Importe sind auch in Zukunft notwendig.

Konkurrenz entsteht dem Rapsöl vor allem durch das **halb so teure Palmöl**, das in Malaysia mit **Erträgen von 10 t/ha anstelle 3 t/ha bei Raps** gewonnen wird. In Rotterdam befindet sich eine Palmölveresterungsanlage mit einer Kapazität von 1 Mio. t/a, die den hergestellten Kraftstoff wieder exportiert.

Die **Biodieselproduktion** in der Welt ist zu 90 % in Europa konzentriert und hat sich in der EU innerhalb von 6 Jahren vervierfacht.

Dagegen ist die **Bioethanolproduktion**, die sich seit 1980 versechsfacht hat, in Brasilien und den USA mit je einem Drittel der Weltproduktion konzentriert. Die **EU hat nur einen Anteil von 6 %** an der Weltproduktion. Die Herstellungskosten für Bioethanol sind weltweit sehr unterschiedlich: in der EU 0,55 €/l, in den USA 0,33 und in Brasilien nur 0,21 €/l. Die EU schirmt sich mit einem Importzoll von 0,20 \$/l ab. Aber eine Dauersubventionierung ist bei freiem Handel nicht zu erwarten.

Die Probleme

Für Landwirte gibt es derzeit noch „**Agrardiesel**“ mit einer **Ermäßigung** zum Tankstellenpreis von **15 ct/l**. Der DK-Preis hat sich in kurzer Zeit verdoppelt und lag 2005 im Durchschnitt bei **1,10 €/l**. Das löste einen Umrüstboom auf Rapsöl aus, das konstant **60 bis 65 ct/l** kostete (ALDI-Rapsspeiseöl kostet 0,72 €/l).

Rapsöl und Biodiesel waren bisher aufgrund eines Bundestagsbeschlusses vom Juni 2002 **von der Mineralölsteuer bis Ende 2009 befreit**, was bis dahin auch so bleiben soll. Dies ließ die Richtlinie der EU 2003/96/EG zu. Im Juni 2006 hat die Bundesregierung nunmehr beschlossen, dass **Pflanzenöl bis Ende 2007 steuerfrei** bleiben soll. Auch für Beimischungen trat die Befreiung von der Mineralölbesteuerung am 1.1.2004 in Kraft. Auch das soll nun geändert werden und für **Biodiesel** werden bereits **ab August 2006 bis Ende 2007 9 ct/l** Steuern fällig. Ab 2008 sollen dann die Steuersätze bei Pflanzenöl und Biodiesel schrittweise bis auf 45 ct/l erhöht werden. Allerdings soll die **Landwirtschaft** von den Steuererhöhungen **befreit** werden.

Der Vorwurf der Verbände gegen diese Steuererhöhung ist, dass der Gleichheitsgrundsatz (Art. 15 GG) nicht eingehalten wird: Kerosin und Erdgas (bis 2020) sind von der Steuer befreit und Kohle wird subventioniert. Auch auf

Holz als biogenen Brennstoff gibt es keine Steuer.

Die staatliche **Förderung** der Biokraftstoffe ist gering: Für das notwendige Umrüsten der **Motoren** kann eine Zuwendung bis zu 500 € beantragt werden, was etwa 20 % der Umrüstkosten ausmacht. Für die Neuerrichtung von **Eigenverbrauchstrankstellen** können mobile und stationäre Anlagen einen Zuschuss von bis zu 40 % der Investition erhalten (Infos unter www.bio-kraftstoffe.info).

Unumstritten ist heute, dass Europa seine Abhängigkeit von Import-Erdöl verringern muss. Der **Ölpreis** wird zunehmend zum **Risikofaktor** für die Wirtschaft. Außerdem entstehen durch Umweltkatastrophen jährlich **Klimaschäden** in Höhe von 310 Mrd. € (nach Münchner Rück). Bisher wurde daraus aber noch nicht die Schlussfolgerung gezogen, den spezifischen Kraftstoffverbrauch durch Neuentwicklungen drastisch zu senken. Die Industrie setzt weiter auf das **Wasserstoffauto**, das erst in einigen Jahrzehnten serienreif ist.

Um die Mobilitätsansprüche für den privaten und gewerblichen Transport sowie die Gewinnansprüche der Erdöl- und Autoindustrie zu befriedigen, werden **zunehmend Nahrungsmittel als Kraftstoffe** verwendet oder als Rohstoffe für die Kraftstoffherstellung. 2005 wurden in Deutschland bereits auf 780 000 ha Roggen für die Ethanolproduktion angebaut. Aber ohne Importe können die aufgebauten Verarbeitungskapazitäten nicht ausgelastet werden. Vorrangig werden die Kraftstoff-Nahrungsmittel aus denjenigen Ländern importiert, in denen viele Menschen Hunger leiden.

Experten sind der Meinung, dass in Deutschland **aus eigenem Biomasseaufkommen bis zu 25 % der fossilen Kraftstoffe durch Biokraftstoffe ersetzt** werden könnten. Aber Biomasse kann neben der Verwendung als Kraftstoffrohstoff auch noch für die Wärme- und Stromversorgung genutzt werden und deshalb sind wohl solche Visionen zu hoch gegriffen.

Die **Alternative** zum Einsatz von Biomasse als Ersatz von fossilen Energieträgern ist der Antrieb der Fahrzeuge mit **erneuerbarer Elektroenergie**, was allerdings den Einsatz von Batterien erfordert, die beim gegenwärtigen Stand der Forschung allenfalls für PKW mit geringem Aktionsradius, aber nicht für LKW in Frage kommen.

In Zukunft wird es eine Konkurrenz von Nahrungsgüterproduktion, Kraftstoffproduktion und Energieproduktion geben. Der Preis wird entscheiden, ob wir mit Weizen heizen oder Weizen zu Ethanol umwandeln oder für die Ernährung verwenden. Der Landwirt

wird sich den Produkten zuwenden, die ihm die höchsten Einnahmen ermöglichen und der Handel wird dorthin verkaufen, wo der größte Gewinn zu erwarten ist. Zukünftig ist deshalb durchaus mit einer Verknappung von Nahrungsmitteln zu rechnen bzw. die Nahrungsgüterpreise werden steigen.

Wenn Landwirte sich dem Preisdiktat der Erdölmonopole entziehen wollen, dann müssen sie Rapsöl auf ihrem Hof pressen bzw. in Lohnherstellung von einer Genossenschaft oder einer Ölmühle beziehen. Nur dann können sie den steigenden Dieselpreisen und der Mineralölsteuer entgehen. Die Linkspartei muss die Interessen der Bauern als Ausgebeutete der Energie- und Nahrungsgütermonopole vertreten und für eine vorrangige Förderung der Pflanzenölverwendung in der Landwirtschaft eintreten,

Presseerklärung des Landesvorstands Brandenburg der Linkspartei.PDS vom 22. April 2006 zur Abbaggerung der Lacomaer Teichlandschaft

Der Landesvorstand der Linkspartei.PDS informierte sich gestern gemeinsam mit Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Partei in Cottbus und Umgebung über Vorhaben, Probleme und aktuelle Auseinandersetzungen in der Lausitz und über die Perspektiven der Region. Anlass des Besuches war die aktuelle Auseinandersetzung um die beabsichtigte Abbaggerung der Lacomaer Teichlandschaft. Die dazu geführten Gespräche mit Vertretern von Vattenfall Europe und von verschiedenen Umweltverbänden waren informativ und offen, wofür der Vorstand den Gastgeberinnen und Gesprächspartnern dankt. Gleichzeitig wurde jedoch deutlich, dass es gegenwärtig mehr Fragen als fertige Antworten in Bezug auf die Perspektive der Region gibt. Insofern wird es in naher Zukunft weitere vertiefende Gespräche geben, in denen auch Fachleute gehört werden sollen. Im Ergebnis der heutigen Landesvorstandssitzung, in der die gestern gesammelten Eindrücke ausgewertet wurden, erklärt der Vorstand:

Die Energiewende steht auch in der Lausitz auf der Tagesordnung. Die Brandenburgische Landesregierung hat bereits Anfang der 90er Jahre mit falschen Weichenstellungen für die Lausitz und mit der Zustimmung zur Abbaggerung der Lacomaer Teiche die aktuelle Auseinandersetzung vor Ort verursacht. Sie zieht sich zudem aus ihrer Verantwortung für die Entwicklung der Region zurück, indem sie in

ten, eine gleichberechtigte Förderung aller Biokraftstoffprodukte muss abgelehnt werden.

Die Mineralölkonzerne werden ihre Marktsegmente nicht kampflos aufgeben und die Öllobby wird die Regierung dahingehend beeinflussen, einen Beimischungszwang zu erlassen, damit die Bauern ihre Kundschaft bleiben und ihre Gewinne nicht geschmälert werden. Die Regierung wird ihnen dabei helfen.

Staatliche Forschungsmittel und Fördermittel für die Entwicklung von Herstellungsverfahren für synthetische Biokraftstoffe aus Nahrungsmitteln müssen wir ablehnen und statt dessen die Entwicklung von PKW mit Elektroantrieb fördern, die mit erneuerbarem Strom fahren.

ihrer Leitbilddebatte die Lausitz - wie auch alle anderen berlinfernen Regionen - ausblendet. Auf Grund des Versagens der Landesregierung werden jetzt eigentlich politisch zu treffende Entscheidungen der Justiz überlassen. Dies ist für die Linkspartei.PDS nicht hinnehmbar.

Am Beispiel der Lausitz wird deutlich, dass es dringend erforderlich ist, ökonomische, ökologische und soziale Interessen auszugleichen und nicht gegeneinander auszuspielen. Wir sind uns durchaus bewusst, dass die Braunkohle derzeit noch ein Struktur bestimmender Faktor ist. Dennoch halten wir es nicht für zukunftsfähig, dies auf alle Ewigkeit - oder wie von Prognos diagnostiziert, noch für die nächsten 66 Jahre - festzuschreiben. Die Lausitz braucht eine Zukunft parallel zur - und perspektivisch jenseits der Braunkohle.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der vom Menschen verursachte Klimawandel in vollem Gange ist. Hauptursache ist die Verbrennung von enormen Mengen an Kohle, Öl und Erdgas. Vor allem die energieineffiziente Verstromung von Braunkohle treibt die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre nach oben. Bezahlbare Technologien zum Abscheiden und Speichern von CO₂ (sog. Clean Coal) stehen mittelfristig nicht zur Verfügung. Die Folgen für Mensch und Umwelt sind aber schon jetzt u. a. an den Zeichen des Klimawandels spürbar.

Vor dem Hintergrund der mittlerweile parteiübergreifend für dringend erforderlich gehaltenen Energiewende ist aus unserer Sicht die Abbaggerung der Lacomaer Teiche, trotz der von Vattenfall vorgetragenen betriebswirtschaftlichen Argumente, nicht alternativlos. Der Landesvorstand der Linkspartei.PDS fordert von der Landesregierung ein zukunftsfähiges

Energiekonzept. Darüber hinaus muss die Perspektive der Lausitz wieder Gegenstand der Leitbilddebatte werden. Die Linkspartei.PDS wird sich dieser Frage stellen und sowohl mit den Akteuren vor Ort als auch mit Wissenschaftlern und anderen Fachleuten die Debatte fortsetzen.

Die postfossile Zukunft. Erneuerbare Energien sind eine realistische und bezahlbare Alternative

*Hermann Scheer
(Le Monde diplomatique, Berlin)*

Für die Weltenergieversorgung gibt es eine schlechte und eine gute Nachricht. Die schlechte: Das Erdöl geht zu Ende. Die gute: Das Erdöl geht zu Ende. Und nicht nur das Erdöl, sondern früher oder später jede Art fossiler Energie - auch das fossile Uranerz als Basismaterial für atomare Brennstäbe.

Erdöl wurde aus einem schlichten Grund zur meistgenutzten Energie: Nur weil es flüssig und damit leichter nutzbar ist, wurde es zum „schwarzen Gold“ des 20. Jahrhunderts. Doch schon John Rockefeller, der erste und berühmteste aller Ölmagnaten, sprach in dumpfer Vorahnung von „Tränen des Teufels“.

Dass Erdöl eines Tages erschöpft sein wird, war immer schon klar. Aber weil man nicht genau wusste, wann, hat man das Problem verdrängt. Der heutige Alarmismus von Staatsführern verrät, dass sie in den Tag hinein gelebt haben, während die Abhängigkeit ihrer Länder von den sich erschöpfenden Ressourcen immer größer wurde. Doch die Frage, wie lang die Reserven noch reichen, ist nur die drittwichtigste.

Die wichtigste ergibt sich aus folgendem Faktum: Zeitlich näher als die Verfügbarkeitsgrenze liegt die ökologische Belastungsgrenze für die Weltzivilisation. Für den Schutz des Weltklimas müssen nach den Erkenntnissen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) die Klimagase bis 2050 um mindestens 60 Prozent reduziert werden, wenn ein Kollaps der Ökosphäre verhindert werden soll.

Die zweitwichtigste Frage lautet: Was bedeutet die Entwicklung der Energiepreise für die Weltwirtschaft und die einzelnen Volkswirtschaften? Ihr kontinuierliches Ansteigen geht auf mehrere Faktoren zurück. Erstens ist die Zeit des leicht zu fördernden Rohöls ("easy oil") endgültig vorbei, weshalb zunehmend auf teure, nicht konventionelle fossile Potenziale zurückgegriffen wird. Zweitens steigt der Weltbedarf, etwa aufgrund der Entwicklung Chinas

und der Zunahme des Weltverkehrs, schneller, als die technisch realisierbaren Angebotsmöglichkeiten wachsen. Drittens wird der Infrastrukturbedarf immer teurer, weil das fossile Weltsystem immer stärker auf die Ausbeutung der letzten Nischenquellen angewiesen ist.

Ein vierter Faktor sind die politischen Unsicherheiten, die in einer kulturell, wirtschaftlich und sozial immer instabileren Welt infolge einer wirtschaftslibertär dogmatisierten Liberalisierung eher zunehmen werden. Damit wächst die Störanfälligkeit des überkommenen Energiesystems, dessen logistische Hauptanforderung ja darin besteht, mit Öl, Gas und Uran von relativ wenigen Förderplätzen und -ländern in langen Bereitstellungsketten die Energieversorgung der ganzen Welt zu sichern. Mit der Störanfälligkeit steigen die politischen und militärischen Kosten der Energiesicherheit, also der Aufgabe, strategische Energieversorgungslinien und -zentren vor terroristischen Angriffen zu schützen.

Mit den steigenden Kosten wird die Energiefalle immer prekärer. Am härtesten trifft es die Entwicklungsländer, deren Bruttoinlandsprodukt (BIP) akkumuliert weniger als 10 Prozent des BIP der „westlichen Industrieländer“ ausmacht und die dennoch Weltmarktpreise für ihre Energieimporte zahlen müssen. Ihre volkswirtschaftliche Belastung liegt damit um das 10- bis 20fache höher. Bei vielen zehren die Energieimporte bereits ihre gesamten Exporteinnahmen auf. 2005 sind die Ölimportkosten der Entwicklungsländer um über 100 Milliarden Dollar gestiegen; das ist deutlich mehr, als die gesamte Entwicklungshilfe aller Industrieländer ausmacht. Währenddessen steigen die Gewinne der oligopolistisch organisierten Energiekonzerne in astronomische Höhen: 2005 machte Exxon 35 Milliarden Dollar Gewinn, Shell 25 Milliarden und BP 22 Milliarden.

Die Weltenergieversorgung ist also heute schon prekär und desolat, lange bevor die tatsächliche Erschöpfung eintreten wird. Deshalb stehen auf dem nächsten G-8-Gipfel in

St. Petersburg Initiativen an, mit denen man der Energiefalle entrinnen will. Doch die Pläne sind illusorisch. Denn mit einer weltweiten Renaissance der Atomenergie und der Förderung von "Clean coal"-Kraftwerken tut man so, als wäre das Weltenergiesystem intakt, wenn es nur nicht das Kohlendioxid- bzw. Klimaproblem gäbe. Deshalb wird um der Energiesicherheit willen empfohlen, die Förderländer zu höheren Förderquoten zu drängen und die internationalen Transportnetze auszubauen - was jedoch im Widerspruch zu den Klimaschutzziele steht. Zwar sollen auch die erneuerbaren Energien gefördert werden, doch steht dieser Ansatz nicht im Zentrum der Initiativen.

Dabei müsste der generelle Wechsel der Energiebasis - hin zu erneuerbaren Energien - längst die absolute strategische Priorität haben. Um dieser Konsequenz immer noch auszuweichen, werden haltlose Ausreden und Entschuldigungen aufgeboten: Das Potenzial erneuerbarer Energien reiche nicht aus, um atomare und fossile Energien ersetzen zu können. Solche Energien auf breiter Front einzuführen sei zu teuer, also eine unzumutbare wirtschaftliche und soziale Last. Auch dauere das Ganze viel zu lange, weshalb in den nächsten Jahrzehnten der Schwerpunkt weiter auf konventionellen Energieanlagen liegen müsse. Und schließlich sei das Problem der Speicherung erneuerbarer Energien nicht gelöst.

Nichts ist schneller aktivierbar als erneuerbare Energien.

Keines dieser Argumente ist bei näherer Betrachtung stichhaltig. Die Sonne mit ihren Derivaten (Wind, Wasser, Biomasse, Wellen) liefert unserem Erdball täglich 15 000-mal mehr Energie, als dieser verbraucht. Nichts ist für aktive Energieleistungen rascher verfügbar zu machen als dezentrale Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Eine Windkraftanlage ist in einer Woche installiert, eine Großkraftwerk in 5 bis 15 Jahren. Speichermethoden wie Pumpspeicherwerke und Druckluftkraftwerke sind ebenso entwickelt wie effizienzsteigernde Hybridstrukturen, etwa die Kopplung von Sonnen- und Windkraftanlagen mit Wasserkraft oder Bioenergie. Die Möglichkeiten einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien durch eine zügige Erhöhung ihres Beitrags zur Energieversorgung wurde mehrfach beschrieben: für Frankreich bereits 1978 von der Group de Bellevue und für die USA 1979 von der Union of Concerned Scientists.

Die direkten Kosten der erneuerbaren Energien betreffen nur die Bereitstellung der erforderlichen Technik. Brennstoffkosten fallen nicht mehr an. Die einzige Ausnahme ist die Bioenergie, weil die dafür erforderliche land-

und forstwirtschaftliche Arbeit bezahlt werden muss. Die Technikkosten reduzieren sich durch Massenproduktion und laufende technologische Verbesserungen. Folglich sinken die Kosten der erneuerbaren Energien tendenziell, wogegen die direkten Kosten konventioneller Energien unaufhörlich steigen.

Gleichzeitig sind die externen Kosten der erneuerbaren Energien minimal. Diese bringen sogar erhebliche volkswirtschaftliche und politische Vorteile: Dauerhaft verfügbare heimische Energie ersetzt fossile Importe; das erhöht die Energiesicherheit und entlastet die Zahlungsbilanz. Der Spielraum für regionale Wirtschaftsformen in Gewerbe und Landwirtschaft wird erweitert. Der Infrastrukturbedarf schrumpft erheblich. Und natürlich werden gravierende Umwelt- und Gesundheitsschäden vermieden.

Mit anderen Worten: Es ergeben sich riesige und weitreichende makroökonomische und -politische Effekte. Sie fallen umso größer aus, je stärker die konventionellen Energien substituiert werden. Sie schlagen jedoch nicht automatisch auf die mikroökonomische Ebene durch. Damit Investoren und Energienutzer sofort und unmittelbar davon profitieren können, ist eine politisch-ökonomische Handlungskunst gefordert, die die gesamtwirtschaftlichen Vorteile erneuerbarer Energien in einzelwirtschaftliche Anreize transformiert. Erst damit wäre die historisch notwendige Energiewende eingeleitet.

Wie das gelingen kann, zeigt das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz. Seine Anreizstruktur hat bewirkt, dass seit 2000 jährlich 3 000 Megawatt neue Kapazitäten aus erneuerbaren Energien entstanden sind, also bis heute 18 000 Megawatt. Das entscheidende Instrument ist dabei der garantierte Netzzugang für jeden Produzenten, bei einer gesetzlich garantierten Einspeisevergütung für einen Zeitraum von 20 Jahren, was freie Investitionen ermöglicht. Die Mehrkosten werden auf alle Stromverbraucher umgelegt und liegen bei jährlich 5 Euro pro Person. Durch diese „Subvention von unten“ entstand ein neuer industrieller Sektor mit 170 000 neuen Arbeitsplätzen. Kein politisches Industrieförderprogramm hat jemals so wenig gekostet und dabei so schnell so viel bewirkt. Die Bürger akzeptieren die Mehrkosten, weil sie das Ziel akzeptieren. Innerhalb von sechs Jahren sind durch die Produktionseffekte die Anlagenkosten um bereits 40 Prozent gesunken. Durch diesen Energiewechsel wird die Luftbelastung pro Jahr um zusätzlich 7 Millionen Tonnen CO₂ reduziert. Als klimapolitisches Instrument ist dieses Gesetz damit wesentlich erfolgreicher als der aus dem Kyoto-Protokoll abgeleitete Emissi-

onshandel. Und dies ohne bürokratischen Aufwand.

Wenn die erreichte Einführungsgeschwindigkeit konstant bleibt, wird die Stromproduktion aus Atomkraft und fossilen Energien in etwa vierzig Jahren vollständig durch erneuerbare Energien substituiert sein. Dabei werden die direkten Mehrkosten sinken, weil die Kosten für konventionelle Energien steigen. Schon vor 2020 dürften also die Kosten für erneuerbare Energien unterhalb der für Strom aus neuen Atomkraftwerken und fossilen Kraftwerken liegen. Das wird den Energiewechsel weiter beschleunigen.

Ähnliche Substitutionsprozesse können auch in der Wärme- und Kraftstoffversorgung in Gang gesetzt werden. Schon gibt es nicht nur Privathäuser, sondern auch Twin Towers, die sich vollständig selbst aus erneuerbaren Energien versorgen können. Die dafür anfallenden Investitionskosten werden durch die eingesparten Brennstoffkosten amortisiert - allerdings in einer Kalkulation über zehn bis zwanzig Jahre. Im Zuge der Entwicklung von Hybridautos können auch fossile Kraftstoffe für Fahrzeuge durch Biokraftstoffe und durch Elektromotoren mit neuartigen Batterietechniken ersetzt werden.

Dass diese Chance für eine postfossile und postatomare Zukunft nicht gesehen, ja immer noch verleugnet wird, erklärt sich aus einem verengten Energiedenken: Man stellt isolierte Kostenvergleiche an, statt Energiesysteme zu vergleichen. Damit wird aber das überkommene Energiesystem mit seinen Unternehmen als gegebene Größe hingenommen - als sei es technokratisch neutral gegenüber allen Energiequellen und jederzeit bereit und fähig, von einer zu einer anderen Energiequel-

le zu wechseln.

Dies aber ist eine irrealer Vorstellung, die einen vollständigen Mangel an technischer- und energie-soziologischem Grundwissen offenbart. Denn eine solche objektive Neutralität kann es rein physikalisch gar nicht geben. Jedes Energiesystem ist zwangsläufig auf die Energiequellen zugeschnitten, die es uns liefert. Die Wahl der Energiequelle entscheidet darüber, welcher politische, wirtschaftliche und technologische Aufwand für Förderung, Aufbereitung, Transport und Verteilung, einschließlich der jeweils erforderlichen Umwandlungstechniken, nötig ist.

Mit dem Wechsel zu erneuerbaren Energien und damit zu vollständig anderen Energieflüssen würde sich demnach alles ändern. Es wäre ein Wechsel von kommerziellen zu nicht-kommerziellen Primärenergien, von wenigen großen Kraftwerken und Raffinerien zu vielen mittleren und kleineren, von internationalisierter zu regionalisierter Infrastruktur, von emittierenden zu emissionsfreien Energien. Und nicht zuletzt von hoch konzentrierten zu vielfältigen Unternehmens- und Eigentümerformen. Beim Systemwechsel in der Energieversorgung handelt es sich um ein anderes Paradigma der Technik, Ökonomie und Politik.

Hier liegt der politische Nervus Rerum des Energieproblems. Dies erkennen heißt verstehen, warum wer gegen erneuerbare Energien Widerstand leistet. Und wie dieser Widerstand überwunden werden kann.

Hermann Scheer ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Weltrates für Erneuerbare Energien. Für seine Schriften und Initiativen erhielt er 1999 den Alternativen Nobelpreis.

Gorleben ist als Atommüll-Endlager mit der LINKEN nicht zu machen

*Hans-Kurt Hill
(Bundestagsrede vom 17.02.2006)*

Zum Antrag der FDP zu offenen Fragen zur Entsorgung radioaktiver Abfälle: Der Antrag der Liberalen ist der durchsichtige Versuch, Gorleben und Schacht Konrad durchzudrücken. Der sofortige Atomausstieg ist Voraussetzung für eine seriöse und standortunabhängige Endlagersuche. Gorleben ist mit der LINKEN nicht machbar. Bei Schacht Konrad setzt die FDP auf die Beschneidung der demokratischen Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich müssten wir der FDP dankbar sein.

(Markus Löning (FDP): Jawohl! Gute Idee!)

Mit Ihrem Antrag stellen Sie völlig zu Recht fest, dass ein gefährliches Problem auf Halde liegt. Nach sieben Jahren grüner Ankündigungspolitik gibt es noch immer keine Lösung für die Unmengen giftigen Strahlenmülls.

(Beifall bei der FDP)

Das muss man sich einmal bewusst machen: Dieses Land betreibt atomare Anlagen ohne funktionierendes Entsorgungskonzept. Das Problem lagert in den Schubladen. Dabei reden wir hier wirklich nicht über Altpapier. Der Antrag der FDP zerfällt aber dennoch in seine

widersprüchlichen Einzelteile. Um es noch einmal deutlich zu machen: Voraussetzung für die Endlagersuche ist der Atomausstieg. Die Linke verlangt einen schnellstmöglichen Betriebsstopp der Atommeiler.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist unverantwortlich, auch nur ein Gramm Strahlenmüll zu erzeugen, ohne eine sichere Entsorgung vorzuweisen. Verantwortungslos, wer te Liberale, ist der Betrieb der Kernkraftwerke: Sie sind nach wie vor technisch nicht beherrschbar, der Beitrag zum internationalen Klimaschutz ist gleich null und die Importabhängigkeit beim Uran beträgt 100 Prozent. Im Übrigen: Wer Gorleben als Endlageroption ansieht, lässt jede Verantwortung gegenüber den Menschen im Wendland vermissen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wissen alle, dass die Entscheidung für den Salzstock vor fast 30 Jahren aus rein willkürlichen politischen Gründen getroffen worden ist. Die damalige Zonenrandlage zur DDR war Ihnen von der CDU/CSU Argument genug. Man rechnete mit wenig Widerstand der betroffenen Menschen. Doch diese Rechnung ist nicht aufgegangen.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Maria Flachsbarth (CDU/CSU): Das zeugt doch von profunder Unkenntnis!)

Aktuelle Gutachten zeigen, dass Salzstöcke keinerlei Vorteile gegenüber anderen Gesteinen aufweisen. Gorleben erfüllt nicht einmal die fachlichen Mindestvoraussetzungen. Mindestens 1,3 Milliarden Euro wurden in Gorleben bereits verbuddelt. Wieviel Geld wollen Sie denn noch dafür ausgeben, um immer wieder festzustellen, dass Gorleben nicht geeignet ist? Das ist und bleibt verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Muss jetzt, nur weil wir da angefangen haben, alles nach Gorleben? Das darf nicht die Prämisse sein. Ein seriöses Suchverfahren muss folgende Punkt erfüllen: Festhalten am Erkundungsstopp in Gorleben, Suche nicht nach

dem besten, sondern dem geeignetsten Standort, umfassende öffentliche Beteiligung darauf haben die Menschen nämlich einen Anspruch, volle Kostenübernahme für Suche, Bau und Betrieb durch die Atomkraftbetreiber.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt noch ein Wort zum Schacht Konrad. Frau Dr. Flachsbarth ist eben darauf eingegangen. Obwohl das zuständige OLG den Planfeststellungsbeschluss erst am 28. Februar prüft, verlangen Sie, dass bereits heute, nach Abweisung in der ersten Instanz, Schacht Konrad in Betrieb geht. Wenn das Ihre Rechtsauffassung ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dann sage ich Ihnen: Ihnen sind die Männer, Frauen und Kinder, die dort leben müssen, egal. Wenn Sie, wie in Ihrem Antrag beschrieben, Transparenz schaffen wollen, wenn Sie für Vertrauensbildung in der Öffentlichkeit sind, dann müssen Sie auch gerechte und umfassende Beteiligungsrechte für die betroffenen Bürger und Bürgerinnen unterstützen. Aber das wollen Sie wohl nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Vorlage, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ist nichts anderes als der plumpe Versuch, Gorleben und Schacht Konrad durchzudrücken. Das geht auf Kosten der Frauen, Männer und Kinder, die dort leben. Das ist ebenfalls verantwortungslos.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Angelika Brunkhorst (FDP): Wo wollen Sie das machen?)

Es grenzt schon an politische Selbstüberschätzung, wenn Sie nach dem Sachstand in Gorleben glauben, der Fachwelt ein funktionierendes System vorstellen zu können. Ich sage Ihnen: Sowohl in Gorleben als auch am Schacht Konrad ist nur das Versagen des Atomzeitalters zu besichtigen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN - Markus Löning (FDP): Sie machen das bei sich im Wohnzimmer oder wo wollen Sie das endlagern?)

Tschernobyl – der Anfang des weltweiten Widerstands

Eva Bulling-Schröter

(Bundestagsrede vom 06.04.2006)

(Zum Antrag der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Nie wieder Tschernobyl – Zukunftssichere Energieversorgung ohne Atomkraft (Drucksache 16/860))

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Name des ukrainischen Ortes Tschernobyl steht für vieles. Er steht für die größte Reaktorkatastrophe der Geschichte. Er ist gleichzeitig ein Symbol für den Anfang des weltweiten Widerstands gegen die Atomkraft. Tschernobyl symbolisiert aber auch die kritiklose Technikgläubigkeit und die Vertuschungen, die nicht nur für die Sowjetunion, sondern für den ge-

samten Ostblock charakteristisch waren. Dass nicht sein sollte, was nicht sein darf, war jedoch nicht nur im Kreml und im SED Zentralkomitee die Maxime. Auch bei bestimmten linken Organisationen im Westen, den Bruderparteien, war dies die Richtschnur. Insofern mussten sich in den vergangenen Jahren viele Mitglieder von PDS und Linkspartei, darunter auch ich, kritische Fragen stellen. Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU müssten dies aber auch tun; denn ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie damals auch bei uns vieles verschwiegen wurde. Ich denke, das wird auch heute noch (Beifall bei der LINKEN)

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Die Linke hat aus den grundsätzlichen und unverantwortlichen Risiken der Atomwirtschaft die einzig mögliche Konsequenz gezogen: Wir fordern den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie.

(Beifall bei der LINKEN – Ulrich Kelber [SPD]: Wir auch!)

Die Zukunft muss ökologisch und sozial beherrschbaren Energieformen gehören. Das sind Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie statt Uran und Plutonium. Die Argumente, die gegen die Atomkraft sprechen, sind im Antrag der Grünen noch einmal aufgeführt. Beispielsweise wird darauf hingewiesen, dass der Brennstoff der AKWs nur noch 40 bis 60 Jahre reicht, dass die Atomkraft nur einen sehr geringen Beitrag zum Klimaschutz leistet und dass kein einziges deutsches AKW einem Terroranschlag wie dem auf die New Yorker Twin Towers standhalten würde. Ich muss Sie von den Grünen in diesem Zusammenhang fragen, welche Verantwortung Sie haben. Es ist merkwürdig, dass die Grünen in ihrem Antrag die Restlaufzeiten in Deutschland von über 20 Jahren als angemessen darstellen. Das ist für mich sehr widersprüchlich. Sind wir nun gefährdet – dann müssen die Atomkraftwerke schnell abgeschaltet werden – oder nicht?

(Beifall bei der LINKEN)

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung zum viel zitierten IAEO-Bericht. Das Dokument erschien unter dem Titel „Tschernobyl – Das wahre Ausmaß des Unfalls“. Als ich das Papier gelesen habe, war ich verblüfft und zornig darüber, wie es die Atomlobby wieder einmal ge-

schaft hat, die Wahrheit zu verbiegen. Hauptaussage – vielleicht auch Motivation – des Berichts ist sinngemäß: Es war alles nicht so schlimm und wenn doch etwas passiert ist, dann lag es an der dramatisierenden Darstellung durch die Medien. Die habe nämlich zu einer psychischen Belastung der Bevölkerung vor Ort geführt, so die seltsame Logik. Die Autoren meinen tatsächlich, Armut, Lifestylekrankheiten und psychische Probleme seien eine viel größere Bedrohung für die betroffenen Gemeinden als die Langzeitverstrahlung.

(Dr. Maria Flachsbarth [CDU/CSU]: Das hat man Ihnen doch gestern im Ausschuss schon erklärt! Aber Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

– Hören Sie bitte zu! – Zudem zählt das Papier 4 000 Tote als Folge der Katastrophe. Der Bericht ist an dieser Stelle eine freche Manipulation. Denn warum sollte der ukrainische Staat sonst an die Angehörigen von mehr als 17 000 verstorbenen Aufräumarbeitern Entschädigung zahlen? Es geht dabei durchaus um Zahlen. Ich finde das sehr interessant.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die stellvertretende Ministerin der Ukraine für Katastrophenschutz, Tetyana Amosova, erklärte dementsprechend: „Wir können nicht verstehen, was das für Daten sind.“ Lügen, Halbwahrheiten, Verdrehung von Tatsachen und Unterschlagung von Informationen – das ist der Stoff, mit dem die Atommafia gearbeitet hat und immer noch arbeitet. Ich komme zum Schluss. Wir fahren Sonntag nach Tschernobyl. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass gerade die Partei, die das „C“ im Namen führt, sieht, was dort passiert ist. Leider haben Sie sich nicht durchringen können, den Umweltausschuss zu begleiten. Ich werde persönlich den Kolleginnen und Kollegen und den Atomopfern vor Ort das Mitgefühl des Herrn Missfelder mitteilen.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Das können Sie sich ersparen! Nehmen Sie Geld mit! Machen Sie Wiedergutmachung! Das andere können Sie sich sparen! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Unterlassen Sie das bitte!)

Sie lernen nämlich nichts aus solchen Unfällen.

(Beifall bei der LINKEN)

Mehr Bürokratie wagen

*Lutz Heilmann
(Bundestagsrede vom Februar 2006)*

„Gibst du mir die Luftreinhaltung, gebe ich dir den Naturschutz“: Die Föderalismusreform macht den Umweltschutz zum Spielball der Länder.

Föderalismusreform, das ist zugegebenermaßen ein etwas sperriger Begriff. Im Kern wird mit dieser Reform die Machtverteilung zwischen Bund und Ländern neu geregelt. Machtverteilung wird in diesem Zusammenhang gern dahingehend verstanden, wer welche Gesetze erlassen darf. Erklärtes Ziel der Föderalismusreform ist es, den Kompetenzwirrwarr zu entflechten. So soll die Zahl der Bundesgesetze deutlich verringert werden, denen der Bundesrat zustimmen muss. Im Umweltbereich aber wurde anscheinend nach dem Motto »gibst du mir die Luftreinhaltung, gebe ich dir den Naturschutz« verhandelt. Die Folge: Künftig gibt es sage und schreibe fünf verschiedene Zuständigkeitsregelungen, derzeit sind es zwei. Franz Müntefering und Edmund Stoiber haben bei diesem Tauschhandel offensichtlich vergessen, dass es nicht um Kamele ging, sondern um das Grundgesetz. Anders lässt sich ihr Ergebnis nicht erklären. Statt Ungereimtheiten zu beseitigen, haben sie das Umweltrecht noch verkompliziert.

Was soll sich ändern?

Derzeit finden sich im Grundgesetz drei Kompetenzregelungen: die ausschließliche Kompetenz des Bundes, die konkurrierende Gesetzgebung von Bund und Ländern und die Rahmengesetzgebung. Bei der ausschließlichen Gesetzgebung kann der Bund frei entscheiden, bei der konkurrierenden kann der Bund unter Beachtung der Erforderlichkeitsklausel Gesetze erlassen. Er muss begründen, warum das Sozialstaatsgefüge Deutschlands bedroht und ein Bundesgesetz erforderlich ist. In der Rahmengesetzgebung legt der Bund die Grundzüge fest, die dann von den Ländern in eigenen Gesetzen konkretisiert werden. Die umweltrechtlichen Bereiche befinden sich bisher in der konkurrierenden und der Rahmengesetzgebung.

Vorgesehen ist jetzt, die Kernenergie in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes zu überführen. Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung bleiben in der konkurrierenden Gesetzgebung, es entfällt aber die Erforderlichkeitsklausel. Im Abfallrecht bleibt diese jedoch bestehen. Bereiche wie Klimaschutz, Chemikaliensicherheit und Bodenschutz sind bislang im Grundgesetz nicht eindeutig zugeordnet. Dabei soll es auch bleiben.

Fast keine Bundesvorgaben

Die Rahmengesetzgebung führte in der Vergangenheit zu vielen Streitigkeiten zwischen

Bund und Ländern, etwa beim Verbot von Studiengebühren. Sie soll daher ganz abgeschafft werden. Davon sind vor allem der Naturschutz und das Wasserrecht betroffen, die künftig unter die konkurrierende Gesetzgebung fallen sollen. Die Länder bekommen aber weitreichende Abweichungsmöglichkeiten, die einen wesentlich größeren Spielraum bieten als die bisherige Rahmengesetzgebung. Sie sind somit künftig an fast gar keine Bundesvorgaben mehr gebunden.

Die Abweichungsregel selbst ist wiederum mit Ausnahmen versehen, einiges darf der Bund somit doch regeln. Diese sind aber so schwammig formuliert, dass ein jahrelanges Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern droht. Zusammen mit weiteren unsinnigen Bestimmungen bietet sich genug Stoff für mindestens ein Dutzend Verfahren beim Bundesverfassungsgericht.

Durch die Abweichungsmöglichkeit kann es bald 16 völlig verschiedene Gesetze für Hochwasserschutz und Naturschutz geben. Das ist unsinnig, da sich Flüsse und Tiere nicht an Ländergrenzen halten. Akut bedroht ist darüber hinaus die Eingriffsregelung im Naturschutz, die mancher Baubehörde schon lange ein Dorn im Auge ist. Nach ihr müssen Eingriffe in die Natur, wie beim Straßenbau und bei Industrieansiedlungen, so gering wie möglich gehalten werden. Zusätzlich ist an anderer Stelle ein Ausgleich zu schaffen, etwa durch die Aufforstung einer Brachfläche. All das beinhaltet Kosten, die die Länder ansiedlungswilligen Unternehmen gerne ersparen möchten, um sich einen Standortvorteil zu sichern. Fällt die Eingriffsregelung und bestimmen die Länder künftig, wie Naturschutzgebiete geschützt werden oder eben nicht, bedeutet das das Ende des Naturschutzes, wie wir ihn in Deutschland kennen.

Alle, die auch nur ein wenig von der Materie verstehen, sind sich darin einig, dass diese Reform Murks ist. Sachverständige erklärten der Regierung zudem eindringlich, dass sie mit dieser Reform ein anderes Vorhaben gleich wieder beerdigen kann: die 30 Jahre alten Pläne, das Umweltrecht in einem einheitlichen Umweltgesetzbuch zusammenzufassen. Auch die Wirtschaft hofft auf ein einheitliches Umweltgesetzbuch. Statt einem Bundesgesetz müssen Unternehmen nach der Reform aber zukünftig 16 völlig verschiedene Landesgesetze prüfen. Die Folge: Mehr Bürokratie für alle.

Am 16. Februar gab es ein erstes Zeichen der Einsicht bei der Koalition und eine Reform der Reform. Jetzt soll bis 2009 erst ein Umweltgesetzbuch verabschiedet werden. Dann soll den Ländern die Möglichkeit eingeräumt werden, sich per Abweichungsregel nicht daran halten

zu müssen – genial! Die Großkoalitionäre sollten endlich begreifen, dass ihre Föderalismusreform und das Umweltgesetzbuch so wenig zusammenpassen wie Gerhard Schröder und Angela Merkel.

Im Eilverfahren

Trotz erheblicher Bedenken selbst von Umweltminister Sigmar Gabriel und Wirtschaftsminister Michael Glos will die große Koalition diese Reform im Eilverfahren bis zum Sommer durchpeitschen. Ab 10. März werden die Gesetze in Bundestag und Bundesrat verhandelt. »Augen zu und durch« darf in der Politik kein

Leitspruch sein. Es handelt sich nicht um irgendein Fachgesetz, sondern um die Verfassung. Wo, wenn nicht hier, ist äußerste Sorgfalt angebracht? Die Fehler von heute sind die Probleme von morgen.

Ein Kollege der SPD im Umweltausschuss sagte kürzlich nach der vernichtenden Kritik eines Sachverständigen, er teile diese „zu 100 Prozent“. Wenn er und andere Mitglieder der Regierungsfractionen auch nur halbwegs glaubwürdig bleiben wollen, dürfen sie diese Reform nicht einfach durchwinken. Wenn doch, sollten sie ernsthaft darüber nachdenken, ihr Mandat abzugeben. Der Bundestag ist kein Wurmfortsatz der Regierung.

Bücherecke

Leben statt gelebt zu werden. Rezension

Anne-Kathrein Petereit
(Rezension zum Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hrsg.: Dieter Klein)

Schon der Titel hat mich angenehm berührt. Das Werk enthält wichtige Überlegungen für Auswege aus der Menschheitskrise, es sind ihm viele Leser zu wünschen. Angenehm aufgelockert, auch optisch, wird der Text durch die vielen Zitate aus Fachliteratur und Belletristik.

Für unverzichtbar halte ich die Forderungen des Zukunftsberichts nach der Tobinsteuer und einem bedingungslosen Grundeinkommen, was in der Tendenz darauf gerichtet ist, die unsachgemäße Verknüpfung von Arbeit und Einkommen aufzulösen. Die „drei Dimensionen einer neuen globalen Revolution“: Verhältnis zur Natur, Verhältnis der Menschen zueinander, Verhältnis der Menschen zu sich selbst - das bezeichnet Menschheitsaufgaben von Überlebens-Dringlichkeit!

Nach diesem recht kurz gehaltenen Lob wende ich mich den Überlegungen zu, die meiner Meinung nach fehlen, zu kurz kommen oder in denen ich anderer Meinung bin.

Leider werden die „drei Dimensionen einer neuen globalen Revolution“ nicht ausführlich genug behandelt, besonders im Vergleich zu der sehr ausführlichen Analyse wirtschaftlicher Verhältnisse der Gegenwart. Das ist um so bedauerlicher, da die Notwendigkeit solcher Veränderungen von sehr vielen Linken bisher nicht erkannt wird.

Wenn vom Patriarchat die Rede ist, dann geht es ausschließlich um die Notwendigkeit der Gleichberechtigung der Geschlechter. Es fehlt die Darstellung als ein von Herrschaftsstrukturen ganz allgemein geprägtes System. Gut wäre die Gegenüberstellung mit einer matriarchalischen Gesellschaft, die gekennzeichnet ist nicht nur durch völlig andere soziale Beziehungen, sondern auch andere Werte und Wirkprinzipien: Behüten, Beschützen, Bewahren stehen an oberster Stelle in der Werteskala statt Herrschaft, Macht, Konkurrenz, Kampf.

Wenn von sozialer Sicherheit die Rede ist, dann geht es den Autoren nur um wirtschaftliche und pekuniäre Aspekte, die natürlich sehr wichtig sind. Ausgeblendet bleiben die Folgen von Mord, Totschlag, Vergewaltigungen, sexuellem Missbrauch von Kindern, das Leid der „Scheidungskinder“. Rudolf Bahro sagt: „Nur glücklich können wir ‚richtig‘ sein.“ Er meint damit auch, dass glückliche Menschen nicht auf „Ersatzbefriedigungen“ angewiesen sind: übertriebenen Konsum, Machtspiele, Karrierestreben, Süchte aller Art.

An dieser Stelle fällt mir auf, dass in dem Werk das Wort „Glück“ nicht vorkommt, außer als „Glücksversprechen des Kapitalismus“. Bahro, der von den Autoren nur ein einziges Mal zitiert und im Quellenverzeichnis nicht aufgeführt wird, hat sich mehrfach zu Glück und Unglücklichsein geäußert. Hier einige Beispiele:

„Mehr Glück ist nur möglich, wenn wir weniger Geschichte machen.“ „Wenn es keine positiven, Glück versprechenden Angebote gibt, werden die mit der ökologischen Krise verbun-

denen Einschränkungen und Verzicht das psychosoziale Übel, die emotionale Pest nur noch vermehren.“ „... die eigentliche Frage ist, ob der Mensch ... seine Fähigkeit zum Glückseligkeit erhöhen kann.“ „In welchem Maße unsere ganze Zivilisation eine Anleitung zum ‚Unglücklichsein‘ ist!“ Übrigens, es soll in den USA eine Liste mit den Namen der 40 Persönlichkeiten geben, die als die wichtigsten für die Zukunft der Menschheit betrachtet werden. Bahros Name soll darunter sein.

Auch den Begriff „Liebe“ betrachten die Autoren des Zukunftsberichts offenbar nicht als wichtig für das Leben in Gegenwart und Zukunft. Lewis Mumford zum Beispiel, der ein alles andere als esoterisches Rettungskonzept entworfen hat, spricht von einer „Politik der Liebe“ und schreibt: „Ohne Steigerung unserer Liebesfähigkeit in all ihren Möglichkeiten können wir kaum hoffen, die Erde und alle Geschöpfe, die sie bewohnen, vor den gefühllosen Mächten des Hasses, der Gewalt und der Zerstörung zu bewahren, die sie jetzt bedrohen.“

Auch die Autoren des „Potsdamer Manifestes 2005“ sprechen von Liebe und Empathie (ND 22./23.10.05).

Ich denke, wir sollten dem subjektiven Faktor der Rettung mehr Aufmerksamkeit widmen. „Die großen Reiche zerfallen zuerst in den Herzen der Menschen.“ (Alexander Kluge)

Und wir sollten die Erkenntnis der 68er beachten, dass nicht nur das Politische privat ist, sondern auch das Private politisch. Eine Parole der Frauenbewegung lautet: Alles ist politisch!

Übrigens bin ich der Ansicht, einer der Gründe für die Lebensfähigkeit des Kapitalismus besteht in der Tatsache, dass es uns in den Industrieländern immer noch relativ gut geht, dass wir alle korrumpiert sind, auch wir Linken, durch die angenehmen Seiten des Kapitalismus.

Die Autoren machen fünf Elemente der Menschheitskrise aus: die ökologische Krise, die Krise der Erwerbsgesellschaft und sozialen Polarisation, die Krise des Südens, die Krise der internationalen Sicherheit, die Sinnkrise. Mir fallen jedenfalls noch zwei weitere ein: die Krise unseres Ehe- und Familienmodells und die Krise des Geldsystems (Geld bringt Zins und Zinseszins).

Da oft die Rede ist von Freiheit und Freiheitsgütern, schlage ich vor, einmal öffentlich unseren besitzorientierten Freiheitsbegriff zu hinterfragen und darüber zu diskutieren, ob dieser sich halten lässt in einer Zeit der Menschenströme, die aus armen Ländern in Länder der „Ersten Welt“ drängen, in einer Zeit, da die Klimaveränderungen offensichtlich sind. Zu

dieser Freiheit gehört zum Beispiel auch, dass ich mir fünf Autos kaufen darf. Wenn ich das Geld dazu habe.

Auffallend oft fallen die Worte Individualität, individuell, Individualisierung, und zwar in positivem Sinn. Der Prozess einer zunehmenden Individualisierung läuft ohne unser Zutun ab, er ist nicht zu verhindern. Aber müssen wir das wirklich begrüßen oder gar fordern? Die vielen zwischenmenschlichen Konflikte im Alltag, das häufige Scheitern von Liebesbeziehungen hat sicher eine Ursache darin, dass wir einander als immer differenziertere Welten begegnen, aber Bestätigung in unserer Eigenart erwarten. „Doch keine Sanftmut mehr eint die Geschlechter“, erkannte Peter Hacks.

Wünschenswert aus meiner Sicht wäre hingegen, dass möglichst viele Menschen zur Individuation gelangen, und dass wir alle wieder gemeinschaftsfähig werden. Individuation ist Bewusstwerdung. Die Initiation (Jugendweihe) führt junge Menschen in die bestehende Gesellschaft hinein, die Individuation führt einen Menschen aus der Gesellschaft heraus, zumindest innerlich. Es bedeutet, die Gesellschaft mit fremdem, unvertrautem Blick zu betrachten und das Veränderungswürdige darin in vollem Umfang zu erkennen.

Die Jahrhunderte lange Vereinzelung der Menschen, die parallel besonders zur Industrialisierung verlaufen ist, hat die meisten gemeinschaftsunfähig gemacht. Das zeigt sich in jeder Wohngemeinschaft und alternativen Kornmune. Nur solche Gemeinschaften haben Aussicht auf Dauer, wo regelmäßig halbtherapeutische Verfahren oder zumindest ritualisierte Formen der Konfliktbewältigung praktiziert werden. Im ZEGG (Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung) in Belzig wird das in beeindruckender Weise gelebt. Es werden dort auch Gemeinschaftskurse für Außenstehende angeboten.

Damit bin ich bei einer weiteren Fehlstelle des Buches. Unter den Akteuren von Gesellschaftsveränderung finde ich nichts über alternative Gemeinschaften. Ich selbst habe bei gelegentlichen Besuchen in der Lernwerkstatt Niederstadtfeld, dem Lebensgarten Steyerberg und dem ZEGG weit mehr für eine alternative Lebensweise gelernt (was mein Leben zugleich ungeheuer bereichert hat), als in 15 Jahren regelmäßigem Parteileben (PDS). Diese Kommunen leisten viel für die politische und ökologische Bildung. (Niederstadtfeld existiert leider nicht mehr.) Besonders vom ZEGG, das auch Forschungsarbeit betreibt, bin ich immer wieder beeindruckt. Ich kann nur jeder/jedem empfehlen, sich an Ort und Stelle darüber zu informieren (<http://www.zegg.de>).

Solche Gemeinschaften hätten es verdient, dass sie von den Linken nicht länger ignoriert, sondern auf ihrem Weg kritisch begleitet werden. In Anbetracht dessen, was sie für die Zukunft der Menschheit leisten, müssten sie eigentlich von der öffentlichen Hand gefördert werden.

Es ist die Rede von einem Netzwerk YaBasta. Hat das etwas zu tun mit dieser gewaltbereiten, autoritär organisierten Kommune in Frankreich, mit Ablegern in arideren europäischen Ländern? Die ist gerade kein gutes Beispiel für Kommunen. Aber ich habe lange nichts von denen gehört, vielleicht haben sie sich ja auch gewandelt in der Zwischenzeit.

Ich finde, vom Begriff Wachstum als anzustrebendem Ziel sollten wir uns endgültig verabschieden. Wenn von Umbau zu nachhaltiger Wirtschaft gesprochen wird, sollten wir es als Umbau oder Verlagerung bezeichnen.

Auf Seite 109 findet sich folgender Satz: „... dass jede uns bekannte Gesellschaft dadurch gekennzeichnet ist, dass bestimmte Menschengruppen durch die existierende soziale Ordnung privilegiert werden ...“ Ich empfehle den Autoren, sich mit matriarchalischen Gesellschaften bekannt zu machen. Hier sind die Verhältnisse völlig anders. Die mangelnde Kenntnis von egalitären Gesellschaften ist wohl Ursache, dass sich die Autoren, wie mir scheint, keine grundlegend andere Gesellschaft vorstellen können.

Ich vermisse auch die Feststellung, dass die Industriegesellschaft überwunden werden muss. Der real existierende Sozialismus hatte auch deshalb keine Zukunft, weil er nur eine andere (weniger effiziente) Form von Industriegesellschaft war. Natürlich ist nicht gemeint, dass jede Art von Industrie verschwinden soll.

Weg ist das Ziel. Zur Dekonstruktion der Ökologiebewegung. Buchvorstellung

Martin Aschauer

Daniel Hausknost ist 30 Jahre alt, Gentechnik-experte bei Global 2000 und Politikwissenschaftler. Als solcher hat er sich nichts Geringeres als die Dekonstruktion der Ökologiebewegung zur Aufgabe gemacht. Im Folgenden sind die wesentlichen Punkte der Monografie zusammengefasst:

Umweltschutz ein strategisches Instrument

„Umweltschutz“ ist gewissermaßen immer ein strategisches Instrument, ist nie Selbstzweck, sofern wir von der „Ökologiebewegung“ spre-

Vielleicht wäre es gut gewesen, im Kapitel „Demokratisierung“ kurz über die Möglichkeit der Konsensentscheidungen zu sprechen. Das ist zwar nur möglich in kleineren, überschaubaren Gemeinschaften, und es erfordert einen höheren Zeitaufwand, sollte aber überall dort praktiziert werden, wo es möglich ist. Die so getroffenen Entscheidungen werden dann von allen mitgetragen, was zu größerer Zufriedenheit führt. Und die soziale Kompetenz der Teilnehmer erhöht sich.

Auf Seite 51/52 hätte ich mir ein Wort gewünscht, dass die Hochkultur nicht abgebaut werden darf und bezahlbar bleiben muss für alle, dass aber der Anteil von Alltagskultur, von aktiver künstlerischer Betätigung gefördert werden sollte. Solche Freizeitinteressen werden in der Zukunft große Bedeutung haben.

Im Zusammenhang mit der AKW-Bewegung ist von Sekten und Spinnern die Rede. Mich hätte mal interessiert, wer damit gemeint ist. Ich habe nie gehört, dass Scientology oder die Zeugen Jehovas an solchem Widerstand teilgenommen hätten (als Ganzes). Wenn aber einzelne Mitglieder solcher Gruppen mitmachen, sollten wir das nicht abwerten. Und zu den „Spinnern“ möchte ich zu bedenken geben, dass in der Menschheitsgeschichte schon öfter Menschen als Spinner bezeichnet wurden, deren Erkenntnisse von den Späteren zu recht hoch geachtet wurden.

Der Ausblick auf die Zukunft im letzten Abschnitt des Werkes geht von einem langen und widersprüchlichen Weg aus, bei dem die notwendigen Veränderungen erreicht werden. Ich fürchte, wir haben für die Umstellung fast gar keine Zeit mehr.

chen. Wenn etwa GLOBAL 2000 für „pestizidfreie Lebensmittel“ eintritt, so geht es ihr (ursprünglich) keineswegs nur darum, dass die ÖsterreicherInnen sich dank ihrer Arbeit gesünder ernähren können (das ist nur das primäre Verkaufsargument der Kampagne), das eigentliche Ziel besteht im Aufbrechen einer an der Oberfläche unsichtbaren technologischen Praxis, die „aus den Fugen geraten“ ist, um einen weiteren Beweis anzuführen, dass sich ein ontologischer Riss durch unsere Zivilisation zieht. (S. 29) „Diese unheilvolle Ahnung, dass wir längst nicht mehr in der Lage sind, die Bedingungen der Erzeugung unserer sozialen Wirklichkeit und unseres eigenen Lebens

nachzuvollziehen, dass wir gegenüber der ‚eigentlichen‘ technologischen Wirklichkeit blind geworden sind, ist die treibende politische Kraft im Inneren der Ökologiebewegung.“ (S. 29)

Ökologiebewegung hat eine Krise der herkömmlichen linken Theorie hervorgerufen

Dazu muss die Ökologiebewegung zunächst einmal historisch verortet werden. „Die Politisierung der Ökologie ist nicht einfach aus einer rein historischen Abfolge von ökologischen Katastrophen oder aus der Zunahme der Umweltbelastungen in den Industriestaaten zu erklären. Die Entstehung der weltweiten Ökologiebewegung in den späten Sechziger Jahren ist auch nicht auf das plötzliche Erwachen eines bürgerlichen Interesses an einer sauberen Umwelt zurückzuführen, sondern sie folgt einer spezifischen politischen Logik.“ (S. 57) „Für John McCormik, der mit The Global Environmental Movement eine umfassende Untersuchung über die Entstehung der weltweiten Umweltbewegung vorgelegt hat, tritt der Umweltbegriff und das Bewusstsein für die systematischen Zusammenhänge der Ökologie erstmals infolge der massiven atmosphärischen Atombombentests der Supermächte in den 1950er Jahren auf.“ (S. 57) Natürlich hätte es auch bereits früher eine Art Ökologiebewegung gegeben. „Die ‚ökologischen‘ Lebensbedingungen in englischen Städten waren etwa schon Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts weitaus dramatischer als in den Sechzigern des Zwanzigsten Jahrhunderts, wie Enzensberger anhand einer Studie der britischen Regierung aus dem Jahr 1842 belegt.“ (S. 57) „Die meisten AutorInnen sind sich darüber einig, dass das Aufkommen einer politischen Ökologiebewegung (im Gegensatz zu reinen Umweltschutzbestrebungen des 19. Jahrhunderts) in den USA und Europa in der Zeit der späten 1960er Jahre anzusiedeln ist. Wenn man von Umweltbewegung spricht, so ist also gemeinhin jener second wave environmentalism gemeint, eine Bewegung, die in den USA und in Europa sowohl ökologische als auch bürgerrechtliche, partizipatorische, antiautoritäre und demokratisierende Ziele verfolgte.“ (S. 45)

Rassendiskriminierung, Vietnamkrieg und Umweltzerstörung

„Rassendiskriminierung, Vietnamkrieg und Umweltzerstörung sind einander in genau jener Hinsicht äquivalent, als sie Symptome für

die Krankheit des (damaligen US-amerikanischen) Systems, oder der kapitalistischen Industriegesellschaft insgesamt darstellen. Die universale Forderung, die sich hinter dieser Äquivalenz verbirgt, ist natürlich die Forderung nach einem anderen System, nach einer anderen Gesellschaft, nach einer in jeder Hinsicht radikalen Wende.“ (S. 60) Wenn sich schließlich am 22. April 1970 in den USA über 30 000 Menschen demonstrierend zum ersten Earth Day einfanden, so war dieses Ereignis in höchstem Maße symbolisch überdeterminiert: Es ging hier nicht um partikuläre Umweltprobleme und deren Lösung, sondern um die affirmative und performative Einforderung der Möglichkeit einer substantiell anderen Form von Gesellschaft, die nicht nur ihr Verhältnis zur Umwelt, sondern ihr gesamtes Selbstverständnis einer radikalen Neuverortung unterzieht.

Grenzen des Wachstums

Das Ablaufdatum des Kapitalismus steht fest. „Die Grenzen des Wachstums waren der eigentliche und letzte politische Initiationsakt der Ökologiebewegung und cum grano salis könnte man sagen, das Buch sei für die Ökologiebewegung das, was Das Kapital für den Marxismus ist: Die wissenschaftliche Begründung des historisch notwendigen Endes des Kapitalismus.“ (S. 71) „Das Modell des Kapitalismus stieß aufgrund der Erschöpfung nicht erneuerbarer Ressourcen auf seine Grenzen des Wachstums.“ (S. 73) Die einfache Schlussfolgerung: „Der Kapitalismus hat ein Ablaufdatum und die nächste Stufe der Gesellschaft wird diesen Kapitalismus notwendigerweise überwinden müssen und eine (und hier kommt das große Wort) nachhaltige, substantiell andere Wirtschafts- und Organisationsform annehmen müssen.“ (S. 75) „Die Logik dieser historischen Notwendigkeit prägte die Ökologiebewegung fortan.“ (S. 89)

Diskurs der politischen Ökologie als geschlossenes ideologisches Systems kann heute als beendet betrachtet werden

„Zur Erklärung soll an dieser Stelle der Hinweis genügen, dass etwa Mitte der Neunziger Jahre die Diskursformation Globalisierung die bis dahin dominante systemkritische Formation Ökologie abgelöst zu haben scheint und dass die Ökologie heute als subsumiertes und hegemonialisiertes Element innerhalb des Globalisierungsdiskurses weiterlebt.“ (S. 91) „Um das globale, allumfassende Umweltproblem zu lö-

sen, bedarf es nach Shabecoff geänderter Strukturen und Strategien, die globales Lobbying und professionelle internationale Aktivitäten der NGOs (Non Governmental Organisations) erfordern. Diese Art von internationalem, hochprofessionalisiertem NGO-Umweltschutz charakterisiert den third wave environmentalism, der mit der Umwelt- und Entwicklungskonferenz der UNO in Rio 1992 eingeläutet wurde. Bemerkenswerter Weise ist diese dritte Welle für Shabecoff nicht nur durch die Teilnahme der NGOs an den internationalen Verhandlungs- und Lobbyingprozessen der ‚Global Governance‘ geprägt, sondern auch durch deren volle Akzeptanz der Marktmechanismen (wie etwa des Handels mit Emissionszertifikaten) als Lösungsansatz.“ (S. 42)

Ökologiebewegung verkommt zu einer Service- und Dienstleistungsfunktion

Mittlerweile wurde der Begriff Nachhaltigkeit selbst von der Ökologiebewegung des sozialen Charakters beraubt und zu einem Mittel der Effizienzsteigerung degradiert. Nachhaltigkeit ist ein schwieriger Begriff, der ursprünglich aus der Forstwirtschaft kam. All jenen die sich mit dem Begriff jenseits des Kapitalismus auseinandersetzen wollen, seien die Seiten 131 bis 138 empfohlen. „Nachhaltigkeit ist die dem Kapitalismus inhärente Phantasie einer Überwindung seiner inneren Widersprüche, ohne jedoch die Grundstruktur der liberalen, kapitalistischen Gesellschaft selbst anzutasten.“ (S. 138) Umweltzerstörung ist ein sichtbares Symptom, aber keine Ursache für das außer Kontrolle geratene System, das wir Kapitalismus nennen. Macht es Sinn, sich mit der Be-

kämpfung von Symptomen aufzuhalten? (S. 21) Wenn der ökologische Zusammenbruch innerhalb des Kapitalismus nicht vermeidbar ist, dann genügt es nicht, den Kapitalismus zu verbessern, dann muss er und sein ganzes Wesen abgeschafft werden. (S. 108f.) Conclusio: Wenn die Ökologiebewegung in Zukunft mehr sein will als eine Dienstleistungseinrichtung für den modernen, anspruchsvollen Bürger-Konsumenten, wenn sie mehr sein will als die Trouble-Shooterin des Kapitalismus, dann muss sie beginnen, das Politische zurückzuerobern. (S. 168)

Daniel Hausknost

Weg ist das Ziel. Zur Dekonstruktion der Ökologiebewegung

Ist die Schaffung einer sauberen Umwelt nicht eigentlich der Kardinalfehler einer emanzipatorischen Bewegung, indem dadurch gerade die sichtbaren Symptome verschwinden, die uns daran erinnern, dass dieses System nicht funktioniert? Verfügt die Umweltbewegung denn noch über eine strategische Perspektive; hat sie jemals über eine solche verfügt? Und bedeutet erfolgreicher Umweltschutz nicht letztlich die Herstellung der perfekten Illusion, die Narkotisierung des Politischen? Dieses Buch geht der Frage nach, wie das politische Projekt der Ökologiebewegung neu formuliert werden könnte.

Daniel Hausknost, geb. 1975, ist Politikwissenschaftler und Umweltaktivist und lebt in Wien.

LIT-Verlag. Verlag für wissenschaftliche Literatur. Münster, Hamburg, Berlin, Wien, London, Reihe: Die kommende Demokratie Bd. 1, 2005, 176 S., 19.90 €, ISBN 3-8258-8500-3

Das Ausmaß der Klimaveränderungen wird unterschätzt. Treibhauseffekt und die Folgen. Vier aktuelle Bücher

Marko Ferst

Der Australier Tim Flannery verschränkt in seinem Band „Wir Wettermacher“ zoologische Kenntnisse und Klimaforschung aufs Engste und erschließt dem Leser damit eine spannende neue Wissenswelt. Er nimmt ihn mit auf eine Reise rund um den Globus, zeigt anhand vielfältiger Fakten auf, wie tief wir bereits in der Wärmefalle sitzen. Flannery ist Professor für Zoologie, Direktor des South Australian Museum in Adelaide und drehte viele Dokumentarfilme.

Er beschreibt z. B. wie sich das Reich der Eisbären, Pinguine und Kegelrobben geradezu auflöst. Seit 1979 sind 20 % der Eiskappe auf dem Nordpolarmeer abgeschmolzen. Immer weniger Krill steht am Anfang der Nahrungskette zur Verfügung. Dafür gibt es jetzt ein rapides Wachstum an ungenießbaren gallertartigen Salpen. Das sind schlechte Zeiten für Wale und viele andere Tiere. An den Polen vollzieht sich die Erwärmung viel rasanter, als bisher angenommen. Offenes Meerwasser stahl kaum Sonnenenergie ab, im Gegensatz zu den weißen Eisflächen. Damit wird es noch wärmer und der Rest des Ozeaneises taut in wenigen

Jahrzehnten ab. Flannery resümiert, die schwindende Zahl von Eisbären, zeigt den beginnenden Zusammenbruch des gesamten arktischen Ökosystems an.

Zweitartenreichstes Refugium der Erde sind die Korallenriffe. Auch sie stehen auf der Kippe. Steigt die Temperatur der Ozeane nur wenig, bleichen sie aus. Seeanemonenähnliche Polypen leben in Symbiose mit speziellen Algenarten. Wird es wärmer sinkt die Fähigkeit zur Fotosynthese durch die Algen und die Polypen werfen sie aus ihrem Heim. Innerhalb von zwei Monaten verhungern die Polypen, nur ein Riffskelett bleibt übrig. Was hat die Goldkröte in Costa Rica mit dem Klimawandel zu tun? Ihre Leichtümpel waren nicht mehr tief genug durch fehlenden Winterregen. Das machte die Kaulquappen für eine Pilzerkrankung anfällig. Laichten sie in tieferen Gewässern, wurden sie von den Fischen gefressen. So starben sie aus wie unzählige andere Kröten- und Froscharten.

Bis 2050 müssen nach Flannery weltweit 70 % aller Klimagase reduziert sein, wenn man der Katastrophe entgehen will. In der Klimaforschung zeigt sich seit einigen Jahren, so Flannery, wir unterschätzen die zerstörerischen Potentiale. Ein Beispiel ist die sogenannte globale Verdunkelung. Russpartikel aus Industrieabgasen etc. sorgten in den vergangenen Jahrzehnten stärker als angenommen dafür, den Treibhauseffekt zu dämpfen. Sie absorbierten einen erheblichen Anteil der Sonneneinstrahlung. Maßnahmen zur Luftreinhaltung bewirken seit den 80er Jahren, dass langsam der dämpfende Effekt der Aerosole abgebaut wird.

Am Ende der letzten Eiszeit führte eine Erhöhung der CO₂-Konzentration von 100 Teilen pro Million zu einer Erwärmung von 5 Grad im globalen Durchschnitt. Genau diese Summe hat der Mensch, seit der Industrialisierung jetzt noch mal oben drauf gelegt. Flannery verweist darauf, die meisten Computermodelle, errechnen für die dreifache Menge an CO₂ in der Stratosphäre nur eine Temperaturerhöhung um rund 3 Grad. Er meint, dies könne nicht stimmen. Die BBC-Dokumentation „Schwarze Sonne“ hatte in diesem Kontext für das Jahr 2040 in Europa eine durchschnittliche Temperaturerhöhung von 10 Grad für möglich gehalten, wenn der Aerosolgehalt weiter sinkt. Der Realtest wird bald zeigen, ob solch ein beschleunigter Klimawandel tatsächlich zum Zuge kommen kann oder es langsamer vonstatten geht - weitere Faktoren zu berücksichtigen waren.

In Ozeanen und im Permafrost sind gigantische Mengen an Methanhydraten gespeichert, die bei Temperaturerhöhungen freigesetzt, ei-

nen extrem starken zusätzlichen Treibhauseffekt auslösen. Flannery hält die noch für unwahrscheinlich. Untersuchungsergebnisse in Sibirien zeigen jedoch, dieser Prozess beginnt bereits großflächig im Permafrost. Höhere Temperaturen könnten das schnell beschleunigen. Die Methanhydrate sind wahrscheinlich für das schlimmste Massensterben in der Evolution verantwortlich gewesen - im Perm vor 245 Mio. Jahren. 90 % aller Tier- und Pflanzenarten starben aus.

Aktuell sind auch weitere Bücher zu dem in Gang gekommenen klimatischen Veränderungen erschienen. Dazu gehört von Stefan Rahmstorf und Hans Joachim Schnellhuber der Band „Klimawandel“. Die Forscher beschäftigen sich zunächst mit der Klimageschichte und gehen dann auf einzelne Phänomene ein, wie zum Beispiel die Versauerung der Ozeane durch CO₂. Nimmt dieser menschliche Einfluss zu, kann er am Ende die Nahrungsketten im Ozean empfindlich zerstören.

Im Band werden auch die Probleme in der öffentlichen Diskussion zum Klimawandel thematisiert. Besonders hervorhebenswert: Die Autoren weisen nachdrücklich darauf hin, die Gesellschaften müssen heute beginnen sich an die Klimaveränderungen anzupassen. Alle Planungsmaßnahmen zu Raumordnung, Stadtentwicklung, Infrastruktur, Küstenschutz und Landschaftspflege etc. wären zu überprüfen. Sie müssen so angelegt sein, dass durch sie in den kommenden Klimaveränderungen keine zusätzlichen Nachteile entstehen. Sie schlagen vor, dies durch geeignete Anhörungsverfahren sicherzustellen.

Elizabeth Kolbert unternimmt in ihrem Band „Vor uns die Sintflut.“ in reportageartigen Beiträgen Ausflüge zu den Orten auf der Erde, wo sich die Klimaveränderungen besonders stark auswirken werden oder sich schon ausgewirkt haben. In der Arktis wurden bereits Dörfer umgesiedelt und weitere kommen hinzu. Einst waren sie durch Eis geschützt. Das offene Wasser sorgt jetzt bei Sturm für Zerstörungen. Kolbert stellt uns zahlreiche Forscher vor, wie sie z. B. den Permafrost oder die Ausbreitung der Populationen von Schmetterlingen in Richtung Norden untersuchen. Mückenforscher können Aufschluss darüber geben wie schnell sich die Malaria in bevölkerungsreiche Gebiete ausbreiten wird und wie man diese Entwicklung verzögern kann. Die Autorin zeigt auf, warum die Niederlande früher oder später immer mehr Flächen, die sie einst dem Meer abgerungen haben, aufgeben werden müssen. Eingestreut in die vielen spannenden Reportagen der amerikanischen Journalistin sind zahlreiche Fakten zum Klimawandel. Die US-Politik und die Verweigerungshaltung vieler Industriezweige mehr

für den Klimaschutz zu tun, nimmt sie unter scharfe Kritik. Das Land stößt heute 20 % mehr CO₂ aus als 1990 und fast doppelt soviel pro Person wie in Deutschland.

In dem Band „Im Klimawandel angekommen“ gibt Dieter Lehmann, als Naturschützer im NABU aktiv, einen populärwissenschaftlichen Einblick in die Thematik. Er zeigt die vielfältigen ungewöhnlichen Wetterereignisse der letzten Jahre auf, führt durch die Verhandlungen die ins Kyoto-Protokoll mündeten und verweist auf die Schwierigkeiten es zu ratifizieren. Die Umstellung auf erneuerbare Energien, Ökosteuern statt Besteuerung von Arbeit, mehr Energieeffizienz und vieles mehr gehört zu seinen Vorschlägen, wie man den Klimawandel abbremsen könnte. Auch die anderen Autoren verweisen auf zahlreiche alternative Möglichkeiten und bewerten diese. Besonders Flannery und Kolbert befürchten jedoch, der Punkt von dem es keine Rückkehr gibt, ist bereits überschritten und es dürfte immer wahrscheinlicher werden, dass wir mit einem Un-

tergang der heutigen Kulturen rechnen müssen.

Tim Flannery

Wir Wettermacher. Wie die Menschen das Klima verändern und was das für unser Leben auf der Erde bedeutet

S. Fischer Verlag, 2006, 398 S., 19,90 €

Stefan Rahmtorf, Hans Joachim Schnellhuber
Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie

C. H. Beck, 2006, 144 S., 7,90 €

Elizabeth Kolbert

Vor uns die Sintflut. Depeschen von der Klimafont

Berlin Verlag, 2006, 222 S., 19,90 €

Dieter Lehmann

Im Klimawandel angekommen. Was nun?

Projekte Verlag, 2005, 235 S., 24,50 €

Ökosozialistisches Manifest

Ein Beitrag der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei.PDS
zur Programmdiskussion

Verabschiedet auf der erweiterten Sitzung des Koordinierungsrates
am 16. September 2006

Warum ist linke ökologische Politik notwendig?

Der Mensch ist Bestandteil der Natur und kann sich auch mit noch so spektakulären wissenschaftlichen Erkenntnissen und noch so hervorragenden technischen Entwicklungen nicht von ihr trennen, kann sie sich nicht untertan machen, muss auf sie Rücksicht nehmen und als Existenzgrundlage anerkennen oder er wird durch das zerstörerische Wirken der kapitalistischen Industriegesellschaft als Gattung untergehen. Eine zukünftige Gesellschaft muss ökologisch wirtschaften. Es ist heute Konsens der Wissenschaft und breiter Bevölkerungskreise, dass nur dann intakte Lebensgrundlagen gewährleistet werden können, wenn die natürliche Umwelt wieder gesund gemacht wird. Der Kapitalismus ist hierzu nicht in der Lage, weil durch die Profitpeitsche sowohl die Rohstoffe bis zum letzten ausgebeutet werden als auch die Umwelt ohne Rücksicht auf die Menschen zunehmend geschädigt und vergiftet wird.

Angst verbreitet sich in den Industriestaaten der Welt: Die Rohstoffe gehen zur Neige und müssen mit immer größerem Aufwand gefördert werden. Die Auswirkungen des selbstverschuldeten Klimawandels sind nicht absehbar. Die sich verschlimmernde Situation wird durch Medien, Unternehmer, regierende Parteien und Staat verschwiegen und bagatellisiert oder es wird auf die unbegrenzten Möglichkeiten neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse verwiesen. Aber Tatsache ist, dass sechs Erdbälle gebraucht würden, um das heutige Industrialisierungsniveau in allen Staaten der Erde einführen zu können und das auch nur für etwa 100 Jahre. Es wird allerhöchste Zeit, die auf uns und die kommenden Generationen zukommenden wirtschaftlichen, klimatischen und Umweltveränderungen breiten Bevölkerungskreisen bekannt zu machen und zum Nachdenken anzuregen, um bei möglichst vielen die Umstellung auf neue Lebensgewohnheiten anzustoßen bzw. um neue Mitstreiter für Veränderungen zu gewinnen. Dieser Thematik muss sich ein Programm der Linken stellen.

Vielleicht ist auch dieses nicht einfach abzutun: Bei den Berliner Wahlen 2006 sind viele PDS-Wähler zu den „Grünen“ abgewandert, möglicherweise z. T. auch deshalb, weil die PDS zur Ökologie kein schlüssiges Konzept hat. In Mecklenburg/Vorpommern dagegen konnte die PDS ihre Position zumindest stabil halten, wohl auch, weil ein Umweltminister, der Erfolge vorweisen kann, an der Spitze ihrer Landesliste stand.

Das gültige **Parteiprogramm von 2003** ist zwar auf den Gebieten Demokratie,

soziale Sicherheit, Arbeit, Bildung, Kultur, Medien, Frieden und auch Religionsgemeinschaften aussagekräftig, aber nur eingeschränkt auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt. Hier gibt es unzureichende, veraltete und auch widersprüchliche Aussagen., insbesondere zu ökologischen Problemen. Das Parteiprogramm sollte **in den Grundzügen für längere Zeit gültig sein** und muss deshalb die zukünftigen gesellschaftlichen insbesondere die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen einschließen. Diesem Anspruch wird das gegenwärtige Programm nicht in allen Teilen gerecht. Für das Gebiet der Umweltproblematik einschließlich der Abschnitte des Programms, die mit Umweltaspekten verbunden sind, soll mit diesem Manifest eine Diskussionsgrundlage geschaffen werden.

Die Stellung der Umweltproblematik im gültigen Parteiprogramm

(Anmerkung: Die Seitenzahlen entsprechen der Parteiprogramm-Veröffentlichung von 2005. Nicht mit Seitenzahlen gekennzeichnete Passagen sind der Bundestagswahl-Broschüre von 2005 "Wessen Welt ist die Welt – Unsere umweltpolitischen Vorschläge" entnommen.)

Erkannt wird im Programm, dass **nur eine „gemeinsame Lösung ökologischer und sozialer Probleme“** (S.33) **möglich** ist, wobei „die herrschende Politik bisher soziales und ökologisch nachhaltiges Wachstum blockiert“ (S.27). „Sozialistische Politik heißt Einsatz für die Bewahrung unserer natürlichen Umwelt, denn **die Natur ist das am meisten gefährdete Gut der Menschheit**“ (S.20). „Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen ... die Ausplünderung der Natur“ (S.3) Deshalb muss die Wirtschaft mit Hilfe eines sozial-ökologisch bestimmten staatlichen Rahmens nachhaltig in zukunftsweisende Bahnen gelenkt werden. „Für diesen **ökologischen Umbau** sind verbindliche Zielvorgaben notwendig“ (S:30), sowie die Einführung international geltender ökologischer Standards, die auf die Agenda einer erneuerten demokratischen Weltordnung gehören. Über „Wirtschaftsdemokratie“ sollen auch „ökologische Lebensinteressen heutiger und künftiger Generationen gegenüber ökonomischen Verwertungsinteressen geltend gemacht werden“ (S.22). Erkannt wird, dass „**die ökologische Krise sich zu einer globalen Krise zuspitzt**“ (S.14) und die imperiale Hegemonie der USA und der NATO die ökologische Verwüstung verstärkt (S.14). Daraus werden die „**Reformalternativen: demokratisch, sozial, zivil**“ (S.18) abgeleitet. **Es fehlt „umweltgerecht“**.

Mit diesen und weiteren im Programm verstreuten Aussagen ist die Ökologische Plattform weitgehend einverstanden, jedoch gibt es im Programm auch Passagen, die diesen Aussagen widersprechen.

Vor dem Chemnitzer Programm der Partei hatten die Mitgestalter am 1. Parteiprogramm Andre Brie, Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann und Dietmar Wittich in der Veröffentlichung „**Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus - Ein Kommentar**“ 1996 bereits Erkenntnisse gewonnen, die im Parteiprogramm 2003 so gut wie nicht berücksichtigt wurden. Hier einige kurze Auszüge:

- Die ökologische ist die prinzipiellste aller Fragen.
- Ökologisches Handeln ist linkes Handeln.
- Soziale Politik allein für die jetzige Generation gemacht, wird unsozial.
- Beim Umweltproblem geht es um elementare Anrechte auf Lebenschancen.
- Umwelt oder Umweltzerstörung wird auf längere Sicht entscheidend für Gesundheit und Überleben.
- Der tiefgreifendste Strukturwandel der Zukunft wird der ökologische Umbau der Gesellschaft.
- Ohne den Druck der Öffentlichkeit auf die Unternehmen und ohne nachdrückliche Forderungen von unten an die staatliche Umweltpolitik wird es keinen ökologischen Umbau geben.
- Notwendig ist eine neue ökologische und soziale Ökonomie, deren Durchsetzung zu größerer sozialer Gerechtigkeit führt.
- Ohne Aufbruch zu anderen Lebensqualitäten gibt es keine Überlebenschancen für die Menschheit.

Das gültige **Parteiprogramm von 2003** der Linken.PDS erzeugt die Hoffnung, dass man mit einigen Veränderungen die Hauptprobleme des kapitalistischen Systems lösen könne und etwas mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung des gesellschaftlichen Mehrproduktes herstellen kann.

Zwar wird im Parteiprogramm erkannt, dass die **Natur das am meisten gefährdete Gut** der Menschheit ist und unsere natürliche Umwelt bewahrt werden muss, und dass die Profit- und Herrschaftsinteressen des Monopolkapitals die Ursache für die Naturausbeutung und die Gefährdung der menschlichen Zivilisation sind. Als Ausweg aus der zerstörerischen Entwicklungslogik wird die Zurückdrängung und Überwindung des Kapitalismus gesehen.

Diese gegen die ökologische Zerstörung der Umwelt unseres Planeten gerichtete Stellung der Linken wird aber durch einige ökonomische Programmaussagen zum Teil wieder aufgehoben

Fundamentalkritik am kapitalistischen System aus ökologischer Sicht ist im Parteiprogramm ungenügend enthalten, obwohl ein „konsequenter Antikapitalismus“ im Programm versprochen wird.

In den „**Programmatischen Eckpunkten vom Februar 2006**“ (nach Lothar Bisiky kein Programmentwurf) als Grundlage für die Fusionsdiskussion von PDS und WASG wird die Unterordnung der Wirtschaft unter soziale und ökologische

Ziele verlangt. Dazu ist die Überwindung aller der Profitdominanz zu Grunde liegenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse notwendig.

Bei der Umwelt wird auf eine Effizienzrevolution bei der Verwendung natürlicher Rohstoffe gesetzt, was im Kapitalismus bisher zwar technisch möglich gewesen wäre aber nicht realisiert wurde, weil es den Profit schmälert.

Weiterhin wird der Umbruch der Produktions- und Lebensweisen gefordert und die dazu notwendigen grundlegenden Reformen.

Neu ist in den Eckpunkten, dass die Linkspartei **keinen blinden Wachstumsfetischismus** vertritt. Aber nicht jedes Wachstum wäre umweltschädlich, z.B. zusätzliche Arbeit in Bereichen des ökologischen Umbaus und der Befriedigung wichtiger gesellschaftlicher Bedürfnisse wären wünschenswert.

Im „**Aufruf zur Gründung einer neuen Linken**“ vom 2.6.2006 ist der Ökologie ein kurzer Abschnitt gewidmet. Der von der Linken geforderte „**ökologische Umbau** der Industriegesellschaft“ soll **durch eine Verpflichtung der führenden Industrienationen** eingeleitet werden und es ergeht von den Linken der Appell, den „Umgang mit den natürlichen Ressourcen grundlegend zu verändern“. Es wird nicht erwähnt, dass das neoliberale Kapital die Industriegesellschaft zwar umbauen will, aber nicht hin zu mehr Ökologie, sondern zu mehr Profit. Auch wird nicht gesagt, wer denn die Macht hätte, das Kapital zu verpflichten. Diese Zielstellungen fallen noch hinter das Programm von 2003 zurück.

Programmgestaltung

Grundsätzliche Aussagen des Programms **stehen verstreut im Programm**, deshalb wurden sie erst zusammengesucht. Sie ergeben aber dennoch oft keine in sich geschlossene Aussage, Widersprüche kommen erst dadurch zum Vorschein

Deshalb sollte ein neues Programm der zukünftigen Linkspartei, die Aussagen zu den Problemkomplexen besser zusammenfassen um Widersprüche zu beseitigen.

Ökologische Kritik am Programm setzt ein, wenn man einzelne Politikfelder und Problemkomplexe hinsichtlich ihrer ökologischen Substanz analysiert. Dann werden Mängel, Fehler und Widersprüche offensichtlich.

Zu folgenden Themen wird im Manifest Stellung genommen: **Wirtschaftswachstum, Profitstreben, Rohstoffraubbau, Industrialisierung, Wohlstandsanspruch, Produktivkräfte, Wissenschaft und Forschung, Klimaänderung, Energiewende, Verkehrswende, Nahrungsgerechtigkeit, Artenverlust, Füllung der Senken, internationale Verflechtungen.**

Zu jedem Problemkreis werden die zusammengestellten und geordneten Aussagen des Parteiprogramms, die heute erkennbaren Realitäten auf dem jeweiligen Gebiet, die Kritik der Ökoplattform an den Programmtexten und der Öko-standpunkt als Formulierung für ein neues Parteiprogramm behandelt. Zu weiteren Themen, wie z. B. Gentechnik, Umweltbildung und Bevölkerungswachstum

wurde bereits in der „Tarantel“ Stellung genommen. Das Thema „Gestaltung einer ökologischen nichtkapitalistischen Produktionsweise“ kann nur in Zusammenarbeit mit anderen AGs und Plattformen der Linkspartei erarbeitet werden.

Wirtschaftswachstum

Parteiprogramm: „Wirtschaftliches Wachstum ist aus Sicht einer von der Linkspartei.PDS befürworteten alternativen Wirtschaftspolitik notwendig“ (S. 28) und „für die Überwindung der globalen Armut unverzichtbar“ (S. 29). „Aber vieles deutet auf eine anhaltende Wachstumsschwäche hin“ (S. 28). „Auch in Deutschland kann Wirtschaftswachstum dazu beitragen, beschäftigungspolitische und soziale Probleme zu lösen, sowie die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte zu erreichen“ (S. 29). „Die Linkspartei.PDS verfolgt mittelfristig ein Konzept dynamischer Wirtschaftsentwicklung, das auf höhere Wertschöpfung ausgerichtet ist, diese beschäftigungspolitischen, sozialen und ökologischen Zielen unterordnet und zu einer gerechten Wirtschaftsordnung beiträgt“ (S. 28). „Wir wollen die Sackgasse eines sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums verlassen und statt dessen den Weg eines Wachstums im Rahmen nachhaltiger Entwicklung gehen“ (S. 5).

Die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums kann Gestaltungsspielräume schaffen, sofern sie ökologisch verantwortbar erfolgt und der Reichtum gerecht verteilt wird (S. 13). Die herrschende Wirtschaftspolitik beruht auf Fehldiagnosen und deshalb heißt sozialistische Politik Einsatz für einen Richtungswechsel in der Wirtschaftspolitik. Eine neue Art von Vollbeschäftigung bedarf der Stärkung umweltbewusst genutzter Massenkaukraft auf den Binnenmärkten.

Notwendig ist eine neue Art des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts mit einer alternativen Produktions- und Lebensweise. In einer sozialistischen Gesellschaft soll für alle die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zur Verfügung gestellt werden. Dazu soll „der Typ wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verändert, der Zerstörung der natürlichen Umwelt Einhalt geboten und den nachfolgenden Generationen eine bewohnbare Welt hinterlassen werden“ (S. 3).

Wirklichkeit: Die Industrieproduktion ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts um mehr als das 50-fache gestiegen, wobei 80 % dieser Steigerung auf den Zeitraum von 1950 bis 1990 entfallen. Dieses rasante Wirtschaftswachstum hat sich im letzten Jahrzehnt in den Industrieländern abgeschwächt, in Deutschland ist es de facto nicht mehr vorhanden. Dadurch wird deutlich, dass Wirtschaftswachstum im Verständnis wachsenden Ressourcen- und Energieverbrauchs nicht auf Dauer durchgehalten werden kann: Der Binnenmarkt der Industrieländer ist mit Gebrauchsgütern überfüllt und Wirtschaftswachstum lässt sich auch durch technischen Fortschritt nicht von Stoffströmen und Umweltzerstörung ab-

koppeln. Wenn die Mythen des Wirtschaftswachstums – Vollbeschäftigung, Wohlstand für alle, soziale Sicherheit – jemals überzeugen konnten, heute treffen solche Versprechungen von Regierungen und Ökonomen nicht mehr zu. Wachstum kommt bei uns nur noch durch den steigenden Export und die Einbeziehung unterentwickelter Länder in den Globalisierungsprozess zustande. Der Club of Rome hat schon 1972 nachgewiesen („Die Grenzen des Wachstums“), dass Wachstum nicht unbegrenzt möglich ist. In einigen Jahrzehnten werden die Rohstoffe einer nach dem anderen zur Neige gehen. Auch ein „qualitatives“ Wachstum mit einer Veränderung der Zusammensetzung der Wirtschaftsgüter ist unter Marktbedingungen und ungebremster Profitmacherei nicht möglich. Bei „Nullwachstum“, was einige Grüne vorschlagen, kollabiert das kapitalistische System. Nur durch Abbau der Sozialleistungen und Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums zugunsten der Kapitaleigner kann das kapitalistische System noch weiter bestehen.

Kritik der Ökoplatzform: Es gibt kaum Unterschiede zu den Zielen der Unternehmer und der Regierung: Wirtschaftswachstum könne Arbeitsplatz- und Sozial-Probleme lösen, eine dynamische Wirtschaftsentwicklung sei notwendig und bei Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums würden die Gestaltungsspielräume erweitert. Wirtschaftswachstum und Profitstreben wird als notwendig erachtet, weil es für eine alternative Wirtschaftspolitik notwendig sein soll. Wachstum soll auch „für die Überwindung der globalen Armut unverzichtbar“ sein.

Aber auch ein „anderer Typ von wirtschaftlichem Wachstum“ kann nicht zur Beendigung der Umweltzerstörung führen und wird den nachfolgenden Generationen keine bewohnbare Umwelt hinterlassen. Auch die Erkenntnis, dass wir uns „in einer Sackgasse eines sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums befinden“ darf nicht zum Schluss führen, dass ein „Wachstum im Rahmen nachhaltiger Entwicklung notwendig ist“. Auf Wirtschaftswachstum müsste generell verzichtet werden, obwohl die kapitalistisch-industrialistische Wirtschaft das Wachstum und damit den Konsum eigengesetzlich erzwingt.

Die „Zielstellung des Wirtschaftswachstums“ soll antikapitalistisch sein: es soll ökologischen Zielen untergeordnet werden, eine neue Art des Wachstums soll mit einer alternativen Produktions- und Lebensweise verbunden und der Zerstörung der natürlichen Umwelt soll Einhalt geboten werden. Diese Zielstellung ist aus ökologischer Sicht wünschenswert, allein sie ist im Kapitalismus nicht realisierbar, auch nicht, wenn die Linken die Mehrheit haben.

Im Programm muss klargestellt werden, dass wir uns nur gegen das Wachstum der industriellen Produktion und zunehmenden Verbrauch von Rohstoffen und Energie wenden, nicht aber gegen Wachstum von Dienstleistungen aller Art die wenig oder gar keine Ressourcen verbrauchen, wie auf den Gebieten der Kultur, Bildung und Sozialarbeit. Ebenso können Wirtschaftszweige, die auf dem Gebiet der Energiewende hin zur erneuerbaren Energieversorgung arbeiten, wachsen. Wenn im Parteiprogramm Wirtschaftswachstum, auch wenn es nur in Nebensätzen angedeutet oder mit Attributen wie „nachhaltig“ und „qualitativ“ ausge-

schmückt ist, als Lösungsweg für soziale oder gar ökologische Besserstellung vorgesehen wird, dann ist das grundsätzlich falsch. Für soziale Verbesserungen hatte Wirtschaftswachstum mal eine Berechtigung, wenn auch nur für die Bürger der Industriestaaten und auf Kosten der Ausbeutung kolonialer Länder und der Natur. Heute ist dies Möglichkeit nicht mehr gegeben. Die neue Prämisse, die alle Überlegungen zum Wirtschaftswachstum verändert, ist der ökologische Zustand unserer Erde. Deshalb darf in einem Programm der Linken einfach nicht mehr in veralteten Kategorien gedacht werden. Wenn das Wort Wirtschaftswachstum überhaupt noch gebraucht wird, und die Frage ist berechtigt, ob wir das tun müssen, muss es zunächst eine klare Begriffsbestimmung geben, verbunden mit eindeutigen Vorgaben für die Wirtschaft. Attribute wie nachhaltig und umweltfreundlich reichen nicht aus. Es geht um rigorose, per Gesetz und Verordnung festgelegte Beschränkungen des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Wenn diese Haltung in der Linkspartei nicht Platz greift, gibt es keine reale Perspektive und nur ein allgemeines Mitgewurstel mit den staatstragenden Parteien.

Programmvorschlag: *Wirtschaftlichem Wachstum kann bei zunehmendem Raubbau an Rohstoffen, zunehmendem Energieverbrauch und der damit einhergehenden Umweltzerstörung und dem absehbaren Rohstoffmangel durch Erschöpfung der Lagerstätten auch im Hinblick auf den massenhaften Ausstoß überflüssiger und überschüssiger Produkte und auch aus Rücksicht auf den Bedarf zukünftiger Generationen für die Industrieländer nicht mehr zugestimmt werden. Schrittweise muss der Weltverbrauch an Rohstoffen um 80 % gesenkt werden. Es ist außerdem ungerecht, wenn 20 % der Bevölkerung der Industrieländer, allen voran die USA, 80 % der Weltressourcen verbrauchen.*

Ein Schrumpfen des Materialverbrauchs muss nicht mit einem Sinken des notwendigen materiellen Wohlstandes in den Industrieländern einhergehen. Allein durch die Umstellung der Produktion auf langlebige und reparaturfähige Güter und den Verzicht auf Rüstungsproduktion könnte die Hälfte des eingesetzten Materials eingespart werden. Wachstum auf den Gebieten der Kultur, der Bildung, der Gesundheit und der Sozialarbeit findet unsere Zustimmung. Auch wirtschaftlichem Wachstum in Industriezweigen, die an der Heilung und Verhinderung von Naturschäden mitwirken, kann unter Bedingungen zugestimmt werden.

Profitstreben

Parteiprogramm: Die gesellschaftliche Dominanz der Profitlogik ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar (S. 5). „Die neoliberale Politik der Verwandlung aller Lebensbereiche in profitbestimmte Märkte zerstört die Errungenschaften von zweieinhalb Jahrhunderten sozialer emanzipatorischer Kämpfe“ (S. 1). Ungebremste Profitsucht gefährdet das Leben und die Sicherheit aller. Die Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen muss abgeschwächt werden. Ohne

Regulierung führen private Unternehmerinteressen zu volkswirtschaftlich verlustreichen, zu sozialen und umweltzerstörerischen Fehlentwicklungen (S. 5).

„Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Doch solange sie auf die betriebswirtschaftliche Logik der einzelnen Unternehmen beschränkt bleiben und dem Profitstreben des Einzelkapitals unterworfen sind, verwandeln sie sich in ihr Gegenteil.“ (S. 5)

Wirklichkeit: Das Kapital und seine Selbstverwertung ist Ausgangspunkt und Endpunkt, Motor und Zweck der Produktion (Marx). Der Profit ist das primäre Ziel des kapitalistischen Produktionsprozesses. Die Gebrauchswertproduktion findet immer unter dem Primat der Verwertung statt. Naturzerstörerisch ist nicht die Gebrauchswertproduktion an sich, sondern die Kopplung dieser mit den Zielen des Verwertungsprozesses. Da die Wertgestalt des Kapitals immer eine stoffliche Entsprechung benötigt, müsste bei einer Dauerhaftigkeit der Kapitalverwertung auch die stoffliche Natur unendlich und unbegrenzt sein. Die endliche Natur widerspricht aber dem offenen System der Kapitalzirkulation. Die Grenzen der Belastbarkeit der Natur müssen, der kapitalistischen Logik folgend, irgendwann notwendig überschritten werden. Das Kapital zerstört die Natur bis alle Rohstoffe ausgebeutet und alle Senken mit Abfall und Giften gefüllt sind. Dieser gegenwärtig sich beschleunigende Prozess wird durch die Renditeansprüche der Finanzmärkte noch angeheizt.

Auch in den einzelnen kapitalistischen Unternehmen werden aus Gründen der betrieblichen Rentabilität Maßnahmen unterlassen, die aus ökologischer Rück- und Vorsicht erforderlich wären. Die Aufgabe, die Natur zu erhalten, ist in der Profiwirtschaft nicht gewährleistet. Die externen Kosten der Naturzerstörung werden von den Unternehmen dem Staat zugeschoben, der nur eine ungenügende Reparaturpolitik betreibt.

Kritik der Ökoplattform: Die Befürwortung von Gewinninteressen aus Gründen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Unternehmen ist eine kapitalistische Forderung. Eine derartige Aussage gehört nicht in das Programm einer linken Partei.

Die Einschränkung, dass das Profitstreben und die betriebswirtschaftliche Logik des Einzelkapitals abzulehnen ist, ändert nichts an der schädlichen Wirkung des Profits. Das Parteiprogramm stellt die Zusammenhänge zwischen ungebremstem Profitstreben und der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ungenügend dar. Auch dieser Prozess allein wäre schon ein Grund, die kapitalistische Profitwirtschaft sofort zu unterbinden.

Profitstreben als Hauptmotiv kapitalistischer Ausbeutung von Natur und Mensch müssen wir grundsätzlich ablehnen. Die Einschränkungen im Parteiprogramm, dass Profitdominanz überwunden werden muss und dass das Profitstreben des Einzelkapitals negativ wirkt, können nicht „zur radikalen Ökologisierung der Gesellschaft“ durch „neue Art des Wirtschaftswachstums“ und zu einer „alternativen Produktions- und Wirtschaftsweise“ führen. Wir sind für die Erwirtschaftung ei-

nes Mehrprodukts durch Anwendung der fortgeschrittenen Wissenschaft, das aber nicht den Produktionsmitteleignern zufließen, sondern wieder in die Produktion und den gesellschaftlichen Verbrauch zurückfließen soll. Es muss verhindert werden, dass der Profit auf den Finanzmärkten angelegt wird, weil das mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums nicht vereinbar ist. Das verstehen wir unter einer „Abschwächung der Vorherrschaft der Kapitalverwertungsinteressen“.

Programmvorschlag Die Formulierung: „Unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen sind wichtige Voraussetzungen für Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit“ hat in einem linken Parteiprogramm nichts zu suchen. Dieser Absatz muss gestrichen werden wenn die Linkspartei den Anspruch erhebt, „konsequent antikapitalistisch“ (S. 2) zu sein.

Die anderen Formulierungen werden von der Ökologischen Plattform unterstützt. Hinzugefügt werden sollte:

Gewinne müssen ebenso wie das Eigentum sozialpflichtig und der nachhaltigen Entwicklung dienend eingesetzt werden. Gewinne müssen, nach Sicherung der Reproduktion, allen zugute kommen.

Rohstoffraubbau

Parteiprogramm: Sozialismus ist eine Bewegung gegen die Ausplünderung der Natur (S:3). Der Verbrauch an Rohstoffen muss im Zeitraum von 1990 bis 2010 um 35 % gesenkt werden (S. 33). Dieses Ziel soll durch ein Steuer- und Abgabensystem und durch staatliche Strukturpolitik erreicht werden (S.33). Es ist eine Effizienzrevolution in Produktion und Verbrauch notwendig.

„20 % der Weltbevölkerung dürfen nicht 80 % aller Ressourcen verbrauchen“ (S. 33). Unter anderem erwächst aus der Verknappung und ungerechten Verteilung von Naturressourcen die Gefährdung des Weltfriedens.

Wirklichkeit: Erst in den letzten 50 Jahren hat sich der Material- und Energieverbrauch sprunghaft erhöht. Seit 35 Jahren ist bekannt (1. Bericht des Club of Rome), dass die wichtigsten Rohstoffe wie Metalle und Buntmetalle in spätestens 50 Jahren zur Neige gehen bzw. nur noch sehr kostenaufwendig gewonnen werden können. Die Massenproduktion von technischen Konsumgütern wird ihre Grenze am fehlenden Materialnachschub finden. Das gleiche trifft auf die Energiebasis zu. Die fossilen und nuklearen Rohstoffe werden in etwa 30 Jahren ausgebeutet sein. Zunehmend wird es an Gas für die Wohnraumheizung und an Benzin für die Autos fehlen bzw. nur noch die „Besserverdienenden“ werden sich dieses leisten können. Auch die Holzvorräte gehen unter Beibehaltung des gegenwärtigen Raubbaus zur Neige.

Die Ressourcen sind und bleiben begrenzt. Die Wiederverwendung von Rohstoffen ist kostspielig und wird heute meist als unwirtschaftlich angesehen. Werden die Volkswirtschaften Chinas und Indiens die Rohstoffe der Welt erst wie ein

Staubsauger aufnehmen, dann kann schon in 10 Jahren die Rohstoffversorgung kollabieren. Auch sauberes Trinkwasser und Wasser für die landwirtschaftliche Produktion wird knapp.

Der Weltfrieden ist bereits gefährdet durch die Rohstoffkriege in aller Welt, die vor allem der größte Rohstoffverbraucher in der Welt, die USA, führt. Aber auch die Bundeswehr beteiligt sich an den Rohstoffkriegen.

Kritik der Ökoplatzform: Die Lage auf dem Rohstoffmarkt wird noch zu positiv gesehen und die Maßnahmen zur Senkung des Verbrauchs setzen bei Steuern und Abgaben an, die an die Verbraucher weitergegeben werden und vor allem die armen Bevölkerungsschichten treffen. Staatliche Strukturpolitik ist ein zu schwaches Element, um eine Senkung des Verbrauchs um 35 % zu erreichen. Eine Effizienzrevolution würde zur Profitschmälerung führen und wird deshalb in vielen Wirtschaftsbereichen nicht ernsthaft in Angriff genommen. Der Rohstoff- und Energieverbrauch ist im Zeitraum der Programmzielstellung gestiegen.

Zwar wird im Parteiprogramm gefordert, den „Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe um 35 % bis 2010 (Basis 1990) zu senken“, aber es wird nur der Einfluss des Staates zur Regulierung des Rohstoff- und Energieverbrauchs empfohlen, eines Staates, der fest in der Hand des Monopolkapitals ist. Auch die Forderung, dass „20 % der Weltbevölkerung nicht länger 80 % aller Ressourcen verbrauchen dürfen“, ist mit „Wirtschaftswachstum“ nicht zu erreichen. Allein durch eine „Effizienzrevolution in Produktion und Verbrauch“ eine Wende herbei führen zu können und dadurch den Verbrauch nicht weiter ansteigen zu lassen, hat bisher keine Wirkung gezeigt, weil das am Profitstreben des Kapitals scheitert. Das Kapital ist an einer Verbrauchseinschränkung seit jeher nicht interessiert.

Programmvorschlag: *Der Verbrauch an nicht erneuerbaren Rohstoffen muss durch staatliche, gesetzlich festgelegte, Auflagen für die industriellen Hersteller im Zeitraum von 2005 bis 2025 um 80 % gesenkt werden. Die Wirtschaft ist durch Ausrichtung auf veränderte Technologien und Produkteigenschaften (Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit), Regionalisierung und konsequente Kreislaufwirtschaft im Hinblick auf einen minimierten Material- und Energieverbrauch je Gut umzustrukturieren. Die Bundesrepublik darf keine Rohstoffkriege führen oder sich daran beteiligen.*

Industrialisierung

Parteiprogramm: Die Industrialisierung wird im Parteiprogramm nicht als Problem erkannt. Der Begriff taucht nicht auf. Zur Wirtschaftspolitik werden folgende Aussagen gemacht:

Eine sozialistische Politik erfordert eine **andere Regulation der Wirtschaft**. Dazu ist ein größerer Freiraum der BürgerInnen notwendig, damit sie selbständig und schöpferisch wirken können. Dazu ist eine **neue gesellschaftliche Regula-**

tionsweise notwendig (S. 4/5).

Wirklichkeit: Die erst ab 1950 voll einsetzende Massenproduktion von Konsumgütern in den Industriestaaten führte zu progressiv steigendem Rohstoff- und Energieverbrauch sowie zunehmender Umweltzerstörung und Entfremdung der Menschen. Die industrielle Massenproduktion kann nur eine historisch kurze Zeit von etwa 100 Jahren durchgehalten werden, dann wird sie an fehlenden und teuren Rohstoffen scheitern. Die Empfehlung der Industrieländer an alle Staaten der Erde, ihrem Vorbild nachzueifern, damit auch bei ihnen der Wohlstand ausbricht, benötigt die Ressourcen von 6 Erdbällen.

Kritik der Ökoplatzform: Was unter einer „anderen Regulation der Wirtschaft und der Gesellschaft“ verstanden werden soll, geht aus dem Programm nicht eindeutig hervor. Dass damit der Freiraum der Bürger zur selbständigen und schöpferischen Tätigkeit als Bedingung genannt wird, macht die Sache auch nicht klarer. Zur Industrialisierung fehlt eine eindeutige Aussage der Partei.

Wir sind gegen die Beherrschung der Gesellschaft durch einzelne Produkte, die als radikale Monopole bezeichnet werden, weil diese für die Gesellschaft viel gefährlicher sind als einzelne Marktmonopole. Radikale Monopole entgleiten der Kontrolle durch das politische System und beherrschen nicht nur den Menschen, sondern auch seine Umgebung.

Zum Beispiel beherrschen die Autos als radikales Monopol die Struktur und die Lebensbedingungen der Stadtbewohner, sie bestimmen die Verkehrswege und verdrängen Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV. Das gleiche gilt für den Fernseher und das Mobiltelefon, die die Familienstruktur zerstören und Kinder sprachlos, kommunikationsarm und einfallslos machen, solange kapitalistische Medienmonopole die Programme beherrschen. Zu diesen Problemen heutiger Technikentwicklung und industrieller Verwertung von Innovationen wird im Parteiprogramm nicht Stellung genommen, obwohl diese Entwicklungen die Gesellschaft stark beeinflussen.

Programmvorschlag: *Die industrielle Massengüterproduktion wird ihre Grenze an den verfügbaren Rohstoffen und Energieträgern sowie an der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen finden. Diese Grenze wird zwar erst in einigen Jahrzehnten erreicht sein, aber es ist unsere Verpflichtung, auch für die nachfolgenden Generationen Rohstoffe und eine bewohnbare Umwelt zu hinterlassen, weil diese das gleiche Recht wie wir zum Leben haben. Wir sind deshalb gegen ein auf Verschwendung materieller Güter orientiertes Konsumstreben. Eingebettet in soziale Sicherheit schafft eine sinnvolle Senkung des materiellen Bedarfs mehr Freiraum für soziale Beziehungen, schafft Grundlagen für weniger Stress und Hetze und damit mehr Lebensgenuss.*

Es ist notwendig, bei der Transformation von der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft die kapitalistische Großindustrie in eine regionale, humane, umweltverträgliche und überwiegend kleinteilige Produktion unter Nutzung aller bisherigen und künftigen wissenschaftlichen Erkenntnisse umzuwandeln.

Wohlstandsanspruch

Parteiprogramm: Eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft bedarf einer alternativen Produktions- und Lebensweise (S. 5). Der ökologische Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise wird umfassender und komplizierter sein als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit (S. 33).

Sozialismus geht von den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus und nicht von den gegenwärtig mehrheitlich verinnerlichten Denk- und Verhaltensweisen. Freiheit ist nicht durch egoistisches Haben zu erreichen, sondern als solidarisches Tun. Ohne soziale Sicherheit wird es keine Bereitschaft zur Veränderung der Lebensweise geben. Damit ist die Lösung der sozialen Frage Bedingung für die Lösung der ökologischen Frage geworden. Es ist die Abkehr von der Vorstellung notwendig, selbst oberhalb eines bestimmten Wohlstands den Verbrauch immer weiter steigern zu können. Dies bedarf eines tief greifenden kulturellen Wandels. Umweltverträgliche alternative Lebensweisen sollen deshalb unterstützt werden. Die Kämpfe der Zukunft werden wesentlich Kämpfe um neue Lebensweisen sein (S. 33). Erste Maßnahme ist eine am Bedarf orientierte soziale Grundsicherung als Rückhalt für individuelle Freiheit und die Einführung von Mindestlöhnen. Im Programm wird der Kampf um Gerechtigkeit in der Verteilung in den Vordergrund gestellt.

Wirklichkeit: An der Ausbeutung der Entwicklungsländer durch das Kapital der Industrieländer sind alle Bürger der Industriestaaten beteiligt. Ihr Lebensstandard wird durch billige importierte Rohstoffe, Energieträger und Nahrungsgüter auf einem hohen Niveau gehalten. Die Lebensstile in den Industrieländern gefährden die Umwelt und führen zu einem verarmten Leben in der Dritten Welt. Die Wahl zwischen einem moralisch sauberem Lebensstil und dem Weiterleben in verschwenderischem Konsum fällt in der Regel bei den Bürgern der Industrieländer für das letztere aus. Immer noch wird die soziale Stellung daran gemessen, was man sich leisten kann. Versuche, nachhaltig zu leben, führen heutzutage zur Aufgabe der individuellen Zeitsouveränität, wenn man z. B. vom Auto auf den ÖPNV umsteigt oder zur Einschränkung der Handlungsflexibilität. Die standardisierten und genormten Produkte der Massenkultur (Jeanshosen) sind unverzichtbar geworden, um symbolisch Individualität zu inszenieren. Der Mensch wird in der kapitalistischen Gesellschaft zu einem „belieferungsbedürftigen Mängelwesen“ (Gronemeyer) degradiert.

Die gesellschaftlichen Gegebenheiten des Industriekapitalismus kann man weder durch einen gesinnungsethischen Rigorismus noch durch moralische Sanktionen schnell verändern.

Kritik der Ökoplatzform: Mit dem Programmtext ist die Ökologische Plattform grundsätzlich einverstanden. Allerdings sind die Aussagen im Programm verstreut zu finden. Deshalb gibt es einige ergänzende Bemerkungen:

Es wird im Parteiprogramm nicht erläutert, warum zuerst die soziale Frage ge-

löst werden muss, um dann erst die ökologische Frage zu lösen. Soziale Sicherheit ist jedenfalls kein zwingender Grund, die eigene Lebensweise zu ändern. Der Begriff „umweltverträgliche“ alternative Lebensweise reicht in diesem Zusammenhang nicht aus. Hier müsste die dialektische Wechselwirkung zwischen sozialen und ökologischen Fragen dargestellt werden. Soziale und ökologische Fragen können nur gleichzeitig gelöst werden.

Im Parteiprogramm wird nicht ersichtlich, warum eine „radikale Ökologisierung“ und eine „alternative Produktions- und Lebensweise“ die einzig mögliche Rettung der Menschheit sind. Es muss deutlich gemacht werden, dass die Industrieländer ihren Wohlstand der ungezügelter Ausbeutung der Natur und der Völker der 3. Welt, die beendet werden muss, verdanken.

Die globalisierte Konsumgesellschaft ist aus Sicht der Käufer ein äußerst erfolgreiches Gesellschaftssystem und hat bisher im Wettbewerb mit dem realsozialistischen System und im Wettbewerb mit einem nachhaltigen Lebensstil gesiegt. Nur der Staat kann antikapitalistisch gegensteuern, was aber unter den gegenwärtigen Machtkonstellationen eine Illusion ist.

Die „Käufermacht“ bis hin zum Boykott muss organisiert werden, um eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten und die Massenproduktion zurückzudrängen. Organisationen wie Greenpeace und Attac müssen von der Linkspartei bei ihren Aktionen und Kampagnen unterstützt werden. Es muss deutlich gemacht werden, dass ein ökologischer Lebensstil nicht Verzicht bedeutet, sondern ein Zugewinn an Lebensqualität.

Die Linkspartei verhält sich aus ökologischer Sicht richtig, wenn sie in der Nachhaltigkeitsdebatte vor allem Probleme der sozialen Integration der Menschen und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit, national und international, artikuliert. Dabei darf nicht vergessen werden, dass sich nachhaltige Lebensstile nicht durchsetzen können, solange nicht die Rahmenbedingungen der Wirtschaft und damit die Bewertungskriterien des Alltagslebens nachhaltig umgestaltet werden.

Politische Mehrheiten für einen neuen nachhaltigen Lebensstil kommen aber nur durch ein hohes Umweltbewusstsein der Wähler zustande. Darum ist das individuelle Umweltbewusstsein letztlich doch die entscheidende Größe für die Rettung der Gesellschaft. Leider graben gegenwärtig die Mehrzahl der Bürger fleißig am eigenen Grab und dem Grab ihrer Kinder und Enkel. Deshalb müssen die bekannten schwerwiegenden Umweltprobleme breiten Schichten nahegebracht werden, damit sie aufwachen.

Programmorschlag: (Ergänzung zu den vorhandenen Aussagen)

Wir sind gegen ein auf Verschwendung materieller Güter orientiertes Konsumstreben und lehnen deshalb Werbung zur Nachfragesteigerung ab. Sie muss durch staatliche Regulierung weitgehend eingeschränkt werden. Soziale und ökologische Gerechtigkeit sind unvereinbar mit dem Erwerb überflüssiger und selten genutzter Güter mit hohem Ressourcenverbrauch.

Produktivkräfte

Parteiprogramm: In den letzten Jahrzehnten erfolgte eine Revolution der technologischen Produktionsweise. Informations- und Kommunikationstechnologie treten in den Vordergrund und durchdringen als Grundlage moderner Produktion die industrielle Maschinerie. Neue Produktivkräfte wurden freigesetzt und gleichzeitig in die Strukturen der Kapitalverwertung eingebunden (S. 11). Die große Welle der Einführung neuer Technologien löst nicht einen Mehrbedarf an Beschäftigten, sondern massenhafte Arbeitslosigkeit aus. Der Widerspruch zwischen der Entfaltung neuer Produktivkräfte und ihrer Unterwerfung unter die bornierte Dominanz der Kapitalverwertung ist allgegenwärtig (S. 13). Es gibt eine bedrohliche Differenz zwischen weltverändernden Produktivkräften und ihrer eingeschränkten Beherrschbarkeit auf Grund der gegenwärtigen Macht- und Eigentumsverhältnisse (S. 5).

Wir wollen, dass eine dynamische Entfaltung der produktiven Kräfte der Gesellschaft die materielle Grundlage für eine alternative Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik stärkt (S. 5). Wir wollen die Einführung risikoarmer und umweltschonender Technologien, die zur Erleichterung und Humanisierung der Arbeit, zur Steigerung von ökonomischer Effizienz und Wertschöpfung sowie zur Nutzung regionaler Ressourcen beitragen (S. 29).

Wirklichkeit: Der Kapitalismus fördert nur diejenige spezifische Technik, die Profit erwarten lässt und unterdrückt alternative nachhaltige aber weniger profitable Technik. Selbst schon in der Grundlagenforschung werden mögliche Anwendungsmöglichkeiten berücksichtigt. Die Selektion prinzipiell möglicher Lösungen setzt bereits im Wissenschafts- und Forschungsbetrieb ein und nicht danach durch Kosten-Nutzen-Rechnungen und Profitmaximierung. Entwickelte Produktivkräfte müssen heute ökonomisch direkt verwertbar sein. Die Fixierung auf die Weltmarktorientierung sieht nur den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ und lenkt von der Umweltverantwortung ab.

In den letzten 50 Jahren ist eine sprunghafte Erweiterung der produktiven Kräfte des Menschen zu verzeichnen. Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sind ein qualitativer Sprung in der Produktivkraftentwicklung: Man kann in ihnen die ersten Technologien in der Entwicklung der Menschheitsentwicklung sehen, die alles berühren, betreffen und verändern. Die dominierende Komponente der Produktivkraftrevolution ist nicht allein die Automatisierung oder die biologische Revolution, sondern vor allem die Technisierung aller Komponenten geistiger Tätigkeiten, die Informationstechnik (Nick). Die in den letzten 50 Jahren in ungeahnter Weise schnell entwickelte Technik der Industrieländer wurde zu einem menscheitsvernichtenden Faktor, weil die technologischen Innovationen durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmt wurden. Die ökonomische Verwertung der Technik rückte in den Vordergrund. Während noch vor 50 Jahren der Fortschritt in der modernen Technologie für die menschliche Entwicklung als günstig eingestuft werden konnte, führt nun die

Technik nicht nur zur Beherrschung und Ausbeutung der Natur sondern auch zur Unterwerfung des Menschen. Insbesondere die industrielle Großtechnik wird immer mehr zur Bedrohung der Menschheit und kann nicht Grundlage einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft sein.

Die Entwicklung einer alternativen Technik ist schon im Kapitalismus notwendig, obwohl sie in der Marktwirtschaft nicht rentabel sein kann, weil sie die Natur nicht ausbeutet und schädigt und der Profit nicht bestimmend ist. Zukünftig wird es auf der Basis fortgeschrittener Wissenschaft handwerkliche, moderne Kleintechnologien und arbeitsintensivere Produktionsformen geben müssen, die Vollbeschäftigung sichern und alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Menschen nutzen.

Kritik der Ökoplatzform: Im Parteiprogramm wird der Auswahl und der Entwicklung der Produktivkräfte nach Profiterwägungen keine Aufmerksamkeit geschenkt. Die Selektion der entwickelten Produktivkräfte nur nach Kostengesichtspunkten ohne Berücksichtigung des Raubbaus an der Natur und der Wirkungen auf die Natur muss erwähnt werden, wenn ein antikapitalistischer Standpunkt deutlich werden soll. Ebenso muss deutlich werden, dass in der sozialistischen Gesellschaft die im Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte nicht kritiklos übernommen werden können, sondern eine Prüfung auf Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit durchlaufen müssen. Die Produktivkräfte des Sozialismus müssen lokalen, kulturellen und ökonomischen Bedingungen angepasst sein und sollten sich auf örtlich verfügbare Materialien und lokal verfügbare Energieressourcen stützen. Eine an diesen Kriterien sich orientierende angepasste Technologie ist eine moderne Kleintechnologie, die die Vollbeschäftigung aller geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Menschen fordert und arbeitsintensive Produktionsformen bei gleichzeitig geringem Kapitaleinsatz ermöglicht.

Programmorschlag: (zusätzlich zu bisherigen Formulierungen)

Technikentwicklung und Ressourcenverwendung müssen von den Eigenschaften und Bedürfnissen des Menschen ausgehen. Technische Entwicklungen müssen überschaubar sein, demokratisch kontrolliert werden, dem Menschen seine Kreativität und sein autonomes Handeln belassen und ihn nicht als Zubehör zum Automaten betrachten.

Das Instrument der Technikfolgeabschätzung ist konsequent zu nutzen. Wir sind gegen die Entwicklung technischer Systeme, die für den Menschen nur unproduktive, vom Produktionsprozess entfremdete Arbeit, Monotonie, Stress und Sinnentleerung bereit halten.

Alternative Technik im Sozialismus hat folgende Merkmale: Sie gewährleistet die Selbstverwirklichung der Menschen, schafft Befriedigung bei der Arbeit, schont die Natur und ihre Ressourcen, nutzt alle Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik, deckt den Bedarf mit dem geringsten Volumen langlebiger Produkte, fördert autonome kollektive Aktivitäten und schafft Vollbeschäftigung und regionale Wertschöpfung. Nur durch Entwicklung einer neuen Technikausstattung

können sozialistische Gerechtigkeitsideale im Verbund mit der Erhaltung der Natur auf Dauer realisiert werden.

Wissenschaft und Forschung

Parteiprogramm: Wissenschaften sind ein Potential von überlebens- und zukunftsentscheidender Bedeutung und entscheiden über neue Möglichkeiten technischer und sozialer Gestaltung (S. 44). Wissenschaftliche Arbeit zu entscheidenden ungelösten Problemen der Gesellschaft muss verstärkt werden (S. 44). Das verbietet die Unterwerfung der Wissenschaft unter rein betriebswirtschaftliche Kriterien (S. 44). Die Wissenschaft muss vor der Unterwerfung unter Profitinteressen bewahrt werden (S. 44). Wissenschaft und Forschung muss die Gesellschaft vorausschauend vor Gefahren bewahren und kann doch Risiken nicht ausschließen (S. 45). Wir streben nach einer Veränderung des Typs des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Erneuerung und Verbesserung von Verfahren müssen unter gesamtgesellschaftlichen Aspekten betrieben werden und nicht allein nach betriebswirtschaftlichen Vorstellungen. Moderne Gesellschaften brauchen eine möglichst große Vielfalt technologischer und sozialer Optionen der Entwicklung (S. 45). Die grundgesetzlich garantierte Forschungsfreiheit stößt auf gesellschaftliche Grenzen, wenn sie in Widerspruch zu individuellen Grundrechten gerät (Gentechnologie).

Wirklichkeit: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt entwickelt sich nicht automatisch, sondern ökonomisch und politisch gesteuert. Schon der Wissenschaftsbetrieb ist nicht neutral oder autonom, sondern kapitalistisch ausgerichtet. Die Entwicklungen der Technik werden im Wesentlichen von den Bedingungen des Marktes bestimmt, orientieren sich am Absatz und an der betriebswirtschaftlichen Seite der Produktion. Produktionsinnovationen sollen das Bedürfnisspektrum erweitern und entsprechenden Absatz gewährleisten. Güter sollen relativ häufig ersetzt werden, um den Absatz zu erhöhen. Forschungsmittel werden nur gewährt, wenn ein Verwertungsinteresse nachgewiesen werden kann. Die herrschende Wissenschaftsdoktrin ist Naturbeherrschung, Wirtschaftswachstum und Profit. Wissen zur Wohlstandssicherung wird Macht, die geheimgehalten, privatisiert und patentiert wird.

Fast alle modernen Hochtechnologien wie Kerntechnologie, Luftverkehrstechnik, Raketentechnik, Computertechnik, Satellitenfernsehen, Lasertechnik usw. haben ihre Entwicklung militärischen Gründen zu verdanken.

Voll verantwortlich für Zielstellung und Gesamtentwicklung von wissenschaftlichen Vorhaben sind heute die technischen Direktoren, Institutsdirektoren und Chefkonstruktoren, die die Gesamtlösung überschauen und die Einzelzielstellungen für die Ingenieure vorgeben, die oft nicht wissen, wie die Gesamtlösung aussehen soll. Die wissenschaftlichen und technologischen Leitungskader bekommen ihre ökonomischen Vorgaben von den Chefs der Unternehmen, die den

Gesetzen der Konkurrenz entsprechend Lösungen verlangen, die Umweltschädigung, Ressourcenausbeutung und negative soziale Auswirkungen einschließen.

Kritik der Ökoplatzform: Die Programmaussagen machen zum großen Teil das Anliegen linker Politik nicht deutlich. Wissenschaft und Forschung entscheidet **nicht** über neue Möglichkeiten technischer und sozialer Gestaltung. Die Aufgabenstellung erhält die Wissenschaft **nicht** von der Gesellschaft, sondern von den Unternehmern, Konzernen und Monopolen. Wissenschaft **ist** gegenwärtig rein betriebswirtschaftlichen Kriterien unterworfen. **Niemand** kann im gegenwärtigen kapitalistischen System die Wissenschaft vor der Unterwerfung unter Profitinteressen bewahren. Die gesamtgesellschaftlichen Aspekte der Verfahrensentwicklung werden nicht genannt. Es wird im Parteiprogramm nicht klar, was ein neuer „Typ“ des Fortschritts ist. Das muss erklärt werden.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt führt aufgrund der Profitgier der Monopole zum Raubbau an den natürlichen Ressourcen und nicht zur Eindämmung der Umweltzerstörung. Es gibt keine Hinweise im Parteiprogramm, wie die Produktivkräfte einer nachindustriellen sozialistischen Gesellschaft beschaffen sein müssen. Die Kennzeichnung alternativer Produktivkräfte beschränkt sich auf den Energiesektor, wo erneuerbare Energien gefordert werden. Andere Industriezweige werden nur erwähnt mit Forderungen, die Umweltschäden zu minimieren.

Heute setzt Technikkritik oft erst dann ein, wenn die Erfindungen im ökonomischen Prozess bereits verwertet worden sind und sich negative Folgen zeigen, aber auch nur dann, wenn die Auswirkungen und Proteste zu groß werden und der Gesamtprozess der kapitalistischen Reproduktion gefährdet wird. Der Staat darf dann auf Kosten der Steuerzahler als Reparaturbetrieb auftreten.

Programmvorschlagn: *Wissenschaftlicher Fortschritt bedeutet nicht automatisch gesellschaftlichen Fortschritt. Gefahren entstehen dort, wo Wissen zu ökonomischer und militärischer Macht wird. Deshalb ist eine demokratische Kontrolle des Wissenschaftsbetriebes notwendig.*

Wir sind für einen Abbau der militärischen Forschung, in die heute mehr als die Hälfte des Ingenieurpotentials eingebunden ist. Wir sind gegen die weitere Anhäufung von Destruktionswissen für die Kriegstechnik und die Zerstörung und Gefährdung der Natur.

Wir sind für einen „hippokratischen Eid“ der Ingenieure und Naturforscher, der die Verantwortung für den Menschen und die gesellschaftliche Entwicklung fest schreibt. Gesellschaftliche Pflicht der Wissenschaftler und Ingenieure sollte sein, ausschließlich umwelt-, sozial- und demokratieverträgliche Technik als einzige Art von Technik, die eine zukünftige Existenz sichert, zu entwickeln.

Wir sind für die Entwicklung einer alternativen Wissenschaft und für ein Mitbestimmungsmodell, bei dem die Gesellschaft als Ganzes die Hauptrichtungen wissenschaftlicher Entwicklung bestimmt. Dazu ist ein entsprechendes Finanzierungsmodell erforderlich. Grundlagenforschung muss unabhängig von Profitzie-

len möglich sein und staatlich finanziert werden.

Technikfolgenabschätzung muss staatlich institutionalisiert und auf prophylaktische Untersuchungen ausgerichtet werden, um Technikanwendung politisch steuern zu können. Ein Umwelt-TÜV ist zu schaffen, der vor der Einführung von Produkten durchlaufen werden muss, um Umweltschäden zu vermeiden und einen minimalen Stoff- und Energieeinsatz durchzusetzen. Es muss ein Recht geben, geplante Vorhaben nicht zu beginnen, laufende Vorhaben abzubrechen und eingeführte Neuerungen zurückzurufen.

Die Forschung auf den Gebieten des menschlichen Zusammenlebens, den Sozial- und Geisteswissenschaften sowie der ökologischen Wissenschaften und der Friedensforschung muss erheblich ausgeweitet und entsprechend finanziert werden.

Klimaänderung

Parteiprogramm: „Wenn Deutschland seinen Beitrag zur Verhinderung einer Klimakatastrophe leisten will, muss bis Mitte dieses Jahrhunderts der Ausstoß von Treibhausgasen um 90 % reduziert werden. Wir drängen darauf, dass der Kohlendioxid ausstoß in der BRD bis 2010 im Vergleich zu 1990 um 35 % reduziert und Voraussetzungen für den weiteren schnellen Rückgang geschaffen werden“ (S. 33).

Wirklichkeit: Es besteht bereits keine Möglichkeit mehr, den Klimawandel zu verhindern, selbst wenn man auf einen vorindustriellen Energieverbrauch zurückschalten würde. Der Klimawandel wird nach neuesten Forschungsergebnissen schneller kommen und größere Auswirkungen haben als erwartet. Auch in 100 000 Jahren wird der Klimawandel noch nicht rückgängig gemacht werden können, weil die Klimagase sich in der Atmosphäre nicht abbauen.

Vor allem durch die weiter zunehmende Verbrennung fossiler Energieträger wird sich das Weltklima erwärmen. Auch in Deutschland hat in den letzten Jahren der Energieverbrauch zugenommen. Allen internationalen Vereinbarungen zur Senkung der Emissionen zum Trotz erhöhen sich die Werte für den Kohlendioxidgehalt der Luft. Die Temperatur wird sich in den nächsten 30 Jahren um 2 bis 3 °C erhöhen und zum Ende des Jahrhunderts werden plus 6 bis 8 °C vorausgesagt. Wärmere Sommer führen zum vermehrten Einsatz von Kühlaggregaten für die Wohnraumklimatisierung, die in den USA im Sommer bereits 40 % der Elektroenergie verschlingen. Die Tropenwälder werden verschwinden und Savannen Platz machen. Grosse Landstriche werden nicht mehr für die Nahrungsgewinnung zur Verfügung stehen. Viele Menschen werden verhungern, die nichts zur Verursachung des Klimawandels beigetragen haben. Aber auch bei uns wird es schon in den nächsten Jahrzehnten zu Veränderungen kommen: Die mediterrane Klimazone wird 300 km nordwärts wandern, es wird 30 % weniger Regen fallen, das Trinkwasser wird knapp und Brände werden die Wälder vernichten.

Kritik der Ökoplatzform: Das Programm geht davon aus, dass eine katastrophale Klimaerwärmung noch verhindert werden kann. Diese Annahme ist auf Grund neuer Forschungsergebnisse nicht mehr haltbar. Die Klimaänderung kommt schneller als erwartet und ist auf Grund profitorientierter Produktion unabwendbar geworden. Das Kapital treibt die Menschheit in eine existenzbedrohende Katastrophe. Deshalb sind die Forderungen im Parteiprogramm weder zeitgemäß noch ausreichend und ohne konkrete Auflagen für die Wirtschaft. An Forderungen zur Senkung des Klimagasausstoßes hat sich die Industrie bisher nicht gehalten. Statt dessen wird mit Zertifikaten gehandelt und selbst aus der Umweltschädigung anderer noch Profit geschlagen. Das Parteiprogramm stellt diese Zusammenhänge zwischen ungebremstem Profitstreben und der Zerstörung unserer natürlichen Umwelt ungenügend dar. Auch dieser Prozess allein wäre schon ein Grund, die kapitalistische Profitwirtschaft sofort zu unterbinden. Das Parteiprogramm fordert als „Beitrag zur Verhinderung der Klimakatastrophe bis Mitte dieses Jahrhunderts den Treibhausgasausstoß um 90 % zu reduzieren“. Abgesehen davon, dass die Klimaveränderungen bereits irreversibel eingetreten sind und nicht mehr verhindert werden können, wird die Verantwortung der Großindustrie, insbesondere der Energiemonopole und der Autoindustrie, sowie der eingebürgerten Lebensgewohnheiten in den Industrieländern für diesen Zustand nicht erwähnt.

Klar erkannt wird, dass „Klimaschutz und die zu erwartende Energieknappheit erfordern, die solare Energierevolution ins Zentrum der Energiepolitik zu rücken und eine umweltfreundliche Verkehrswende zu erreichen“. Es gibt aber keine Forderungen nach Investitionsstopp für fossile Großkraftwerke und Umleitung der Investitionsmittel der Energieindustrie in die Erneuerbaren Energien.

Programmorschlag: *Um die Klimaerwärmung hinauszuzögern, sind drastische Maßnahmen und Lenkungseingriffe in das Eigentum und in Finanzmittel notwendig. Die Hauptverursacher der Treibhausgasemissionen müssen innerhalb der nächsten 10 Jahre ihre Technikentwicklung und ihre Investitionsprogramme völlig umstellen.*

Elektroenergie und Wärme müssen vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Die Autoindustrie muss nicht nur kurzfristig kraftstoffsparende Autos liefern, sondern auch regenerative Kraftstoffquellen nutzen.

Energiewende

Parteiprogramm: „Klimaschutz und zu erwartende Energieknappheit erfordern, die solare Energierevolution ins Zentrum einer neuen sozial-ökologisch orientierten Technologiepolitik zu rücken und eine umweltfreundliche Verkehrswende zu erreichen“ (S. 30). „Eine Schlüsselrolle im ökologischen Umbau spielt die solare Energiewende. Energieeinsparung, erhöhte Energieeffizienz und die Entwicklung erneuerbarer Energien weisen den Weg aus der Sackgasse atomar-fossiler

Energiewirtschaft. Diese Entwicklung soll durch eine sozial gerechte, die atomare und fossile Energie belastende Primärenergiesteuer gefördert werden. Erneuerbare Energie bietet günstige Bedingungen für die Entwicklung der Kommunen und Regionen. Ein schneller Ausstieg aus der Atomenergie als gegenwärtig geplant ist unumgänglich“ (S. 34).

Wirklichkeit: Vier Monopole beherrschen in Deutschland den Energiemarkt zu 80 %. Das Monopol der Energieerzeugung und der Netzbetriebung ist bei den Monopolen in einer Hand. Die Energieversorgung ist zwar auf Grund von Überkapazitäten sicher, aber die Energiepreise sind bei uns höher als in den anderen europäischen Ländern. Das Energie-Oligopol will sein Marktmonopol weiter aufrechterhalten und behindert deshalb den Zuwachs erneuerbarer Energie vor allem über die Verweigerung und Erschwerung des Netzzuganges. Die vorhandenen etwa 80 Großkraftwerke sollen so lange wie möglich am Netz bleiben, noch über den Abschreibeszeitraum hinweg, um die Profitmasse zu erhöhen.

Erneuerbare Energie stellt trotz Förderung durch den Staat bisher nur 8 % der Stromerzeugung, je zur Hälfte aus Wasser- und Windkraft. Die Warmwassererzeugung aus Sonnenenergie steht noch am Anfang ihrer Entwicklung. Von den 1000 km² nutzbarer Dachfläche sind bisher nur 5 km² mit Kollektoren bestückt. Der Strom- und Wärmebedarf kann ohne weiteres bis zu 80 % aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden. Die technischen Hersteller-Kapazitäten und die zur Verfügung stehenden Finanzmittel reichen aus, um eine schnelle Energiewende herbeizuführen.

Kritik der Ökoplatzform: Die Programmzielstellungen können aus ökologischer Sicht mitgetragen werden. Die Steuereinnahmen müssten allerdings für die Entwicklung der regenerierbaren Energie eingesetzt werden. Die Einführung einer Energiesteuer wird sicherlich ähnlich wie bei den Emissionszertifikaten nur zu einer Erhöhung der Strompreise führen. Die Gewinne bleiben unangetastet. Besser wäre, wenn die staatliche Regulierungsbehörde nicht nur die Netzpreise, sondern auch die Strompreise kontrollieren würde.

Programmorschlag: *Eine schnelle Energiewende bis 2020 ist notwendig, weil 80 % aller Umweltprobleme mit der Verwendung fossiler Energie zu tun haben, die fossilen Energieressourcen immer knapper werden und endlich sind. Eine schnelle Energiewende ist auch deshalb notwendig, weil andere Technologien erst in etwa 30 Jahren und die Kernfusion erst in 70 Jahren praxisreif werden könnten und dann mit den technisch ausgereiften technischen Lösungen der erneuerbaren Energiegewinnung nicht konkurrieren können..*

Eine schnelle Energiewende in den nächsten 10 Jahren ist möglich, weil ausreichende industrielle Fertigungskapazitäten vorhanden sind, Biogasanlagen grund- und spitzenlastfähig sind und eine dezentrale regionale autarke Energieversorgung Netze spart und in Dörfern und Kleinstädten möglich ist.

Es dürfen keine neuen Großkraftwerke mit fossilen Brennstoffen mehr gebaut werden und auch keine mehr erneuert werden. Allein durch die Realisierung heute bekannter Möglichkeiten zur Energieeinsparung und Effizienzerhöhung

könnte diese Forderung erfüllt werden. Insbesondere sind die großen Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu nutzen, die die Wärmedämmung von Neu- und Altbauten bietet.

Wir sind ebenso gegen den Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen, durch die die Klimaziele besonders in Frage gestellt würden.

Die Erneuerbare Energie aus Windkraft, Wasserkraft, Geothermie, Solarthermie und Fotovoltaik müssen in einer Agenda über 10 Jahre so gefördert werden, dass 50 % der Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Die Investitionsmittel der Energiewirtschaft sind dafür einzusetzen. Die industrielle Basis für die Produktion von dafür notwendigen Ausrüstungen ist jetzt schon vorhanden.

In Forschung und Entwicklung ist ein Prioritätenwechsel notwendig, hin zur erneuerbaren Energie und weg von der Atomforschung. Insbesondere sind neue Technologien zur Energiespeicherung zu entwickeln.

Wir fordern einen beschleunigten Ausstieg aus der Atomstromproduktion mit konsequentem umweltverträglichem Rückbau noch vor dem geplanten Zeitpunkt 2020.

Auf außenpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet muss die Regierung eine Strategie verfolgen, die weg von fossilen Energieträgern führt.

Verkehrswende

Parteiprogramm: „In der Verkehrspolitik ist eine ökologische Wende unumgänglich. Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung müssen endlich zusammengeführt werden, damit Wirtschaftsweise und Lebensstil der Menschen sich schrittweise auf kürzere Wege einstellen und vor allem der straßengebundene Güterverkehr deutlich zurückgeht. Dafür ist der Ausbau der regionalen Schienennetze im Gegensatz zur derzeitigen Politik dringend notwendig“ (S. 34).

Wirklichkeit: Durch anhaltend hohe Wachstumsraten trägt der Verkehrssektor mehr denn je zu einer Verschärfung der Klimaproblematik, der Versiegelung, der Lärmbelastung und der Schadstoffbelastung der Luft bei. Mit dem ungehemmten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur für den Straßenverkehr werden die Lebensbedingungen der Menschen den vermeintlichen Erfordernissen des Verkehrs untergeordnet.

Im Güterverkehr hat die BRD in den vergangenen Jahren einen wahren Boom des LKW-Verkehrs erlebt, weil die Transportkosten im Vergleich zum Warenwert ständig gefallen sind. Dadurch wird der Produktionsprozess immer weiter zersplittert. Die Autobahnmaut hat diesen Prozess nicht gestoppt. Die Bundesregierung arbeitet durch Steuererleichterungen für die Speditionen dieser Entwicklung noch zu.

Der umweltfreundlichste und sozialverträglichste Verkehrsträger, die Bahn, wird infolge von Streckenstilllegungen, Schließen von Bahnhöfen, Personalabbau und Ausdünnung der Fahrpläne immer weniger für den örtlichen Verkehr ge-

nutzt. Dieser Prozess wird durch den geplanten Börsengang der Bahn noch forciert.

Der Verkehrsbereich mit den höchsten Zuwachsraten ist der Flugverkehr, der sich in den letzten 10 Jahren international verdoppelt hat. In den nächsten 15 Jahren soll er sich noch einmal verdoppeln.

Auch auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt geht die transportierte Gütermenge zurück, obwohl in die Schifffahrtsstraßen hohe Investitionen getätigt worden sind.

Kritik der Ökoplattform: Die Forderungen sind richtig, bleiben aber zu allgemein. Zu den einzelnen Verkehrsträgern, auch Flugverkehr und Binnenschifffahrt, sind gesonderte Aussagen notwendig.

Es geht um ein System von Maßnahmen und Forderungen, die auf eine Reduzierung des Verkehrs gerichtet sind, wie z. B. Regionalisierung, Verteuerung der Transporte, Entschleunigung des Verkehrs, eine neue Definition von Mobilität, ein attraktives Angebot des ÖPNV und des Schienenverkehrs im Regionalbereich usw.

Programmorschlag: *Die Schaffung eines attraktiven Nahverkehrssystems, das nicht nur für Schüler, Berufspendler, Studenten, Senioren und Menschen mit Behinderungen sondern auch für Autofahrer eine wirkliche Alternative zum individuell motorisierten Straßenverkehr bietet und die Verkehrsströme optimal steuert, ist eine erstrangige ökologische und gesellschaftspolitische Aufgabe. Notwendig ist dafür der flächendeckende Erhalt und Ausbau des bestehenden Schienennetzes und ein integrierter Taktverkehr im Nah-, Regional- und Fernverkehr.*

Die Reduzierung des ökologisch besonders schädlichen Luftverkehrs ist durch eine Kerosinsteuer bzw. Emissionsabgabe zu erreichen. Kurzstreckenflüge unter 500 km sind auf die Bahn zu verlagern.

Neben Maßnahmen vor allem zur Regionalisierung der Ver- und Entsorgung müssen auch Nachtfahrverbote, Tempolimits und Mauterhöhungen auf den Autobahnen sowie die Ausweitung der Maut für LKW auch auf Bundesstraßen zur Reduzierung des Transportes führen. Der Güterverkehr muss schrittweise von der Straße auf die Schiene und nach Möglichkeit auf die Binnen- und Küstenseefahrt verlagert werden.

Bestrebungen, den Verkehr immer noch schneller zu machen, gehen in die falsche Richtung.

Nahrungsgerechtigkeit und Landnutzung

Parteiprogramm: Menschen brauchen das tägliche Brot, um nicht zu verhungern. Profitorientierte Wachstumsinteressen stellen die Naturgrundlagen

menschlichen Lebens in Frage. Die vorhandenen Grundlagen und Ansätze zu ökologischer Erzeugung sollten intensiv ausgebaut, die Wettbewerbsfähigkeit entsprechender Betriebe soll erhalten und verbessert werden. Landwirtschaft soll gesunde Ernährungsgrundlagen sichern und alternative Rohstoffe und Energieträger bereitstellen und Futtermittelimporte ablösen. „Nach Meinung der Linkspartei.PDS muss der ökologische Land- und Waldbau ausgeweitet werden“ (S. 35).

Wirklichkeit: Der Anteil des Ackerlandes an der Erdoberfläche beträgt nur 10 % und die Weltbevölkerung hat sich gegenüber 1960 verdoppelt. Die nutzbaren Acker- und Grünflächen nehmen durch Erosion, Versteppung und Versalzung immer mehr ab. Bereits 1,3 Mrd. Menschen in den Ländern des Südens hungern.

Auch in Deutschland verschwinden täglich 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche durch Versiegelung und Überbauung. Boden- Miet- und Pachtpreise wirken heute nicht ökologisch. Bodenspekulation ist ein lukrativer Geschäftszweig. Bereits auf 12,9 % ist in Deutschland die Landschaft versiegelt, zersiedelt und zerschnitten.

Fest steht, dass sich der gegenwärtige Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungsmitteln in den Industrieländern nicht auf alle Länder der Erde übertragen lässt. Soviel Nahrungsmittel können auf der Erde nicht erzeugt werden. Jeder US-Amerikaner benötigt 7,9 ha, jeder Deutsche 5 ha, aber jeder Inder muss mit 0,59 ha Nahrungsfläche auskommen. Wenn alle Menschen dieser Erde einen Verbrauch wie ein US-Amerikaner verlangen würden, dann wären 3 Erdbälle erforderlich, um dieses Verlangen zu erfüllen. Um nachhaltig leben zu können, müssen die US-Amerikaner mindestens 40 % Abstriche von ihren Verzehrsgewohnheiten machen. Erst in den letzten 50 Jahren hat sich in den Industrieländern der Fleischkonsum verfünffacht. US-Bürger verzehren 112 kg/a und Inder nur 2 kg/a. Heute gehen 40 % der Weltgetreideproduktion, 50 % der Fischfänge, 70 % der pflanzlichen Öle und 30 % der Milch in die Mägen der Rinder, Schweine und des Geflügels. Fleischnahrung hat einen sehr hohen Flächenverbrauch. Die zehnfache Menge an Brot wird gebraucht, um 1 kg Fleisch herzustellen. Die Europäer besetzen 150 000 km² Nutzfläche für die Futterproduktion in den Ländern außerhalb der EU.

Eine Nahrungsmittelkrise wird bereits vor 2020 kommen. Neben dem Bevölkerungswachstum liegt die Ursache in abnehmender landwirtschaftlicher Nutzfläche und in Verteuerung der Mineraldünger auf Grund der gestiegenen Erdölpreise. Etwa 40 % der Nahrungsmittel der Menschheit werden in Trockengebieten angebaut, und diese werden durch die Klimaerwärmung weiter anwachsen bzw. sich in Wüsten verwandeln.

Parallel zu diesem Prozess verläuft die Zunahme der Weltbevölkerung, die vor allem in denjenigen Zonen wächst, die in Zukunft wegen des Klimawandels weniger Nahrungsgüter produzieren können.

Kritik der Ökoplatzform: Das Parteiprogramm blendet die internationale Ernäh-

rungslage und unsere Mitschuld am Hunger in Staaten der 3. Welt aus. Es werden keine Forderungen an die Landwirtschaftspolitik der EU im Rahmen des Welthandels mit Agrarprodukten gestellt.

Programmorschlag: *Es ist ein elementares Menschenrecht, ausreichend gesunde Nahrungsmittel zur Verfügung zu haben und in einer gesunden Umwelt zu leben. Um dies sicherzustellen, bedarf es der Durchsetzung einer umweltverträglichen, ressourcenschonenden Landbewirtschaftung mit demokratischen Eigentumsverhältnissen und Strukturen sowie Verteilungsgerechtigkeit. Eine nachhaltige Landnutzung muss weiterhin auch den Erhalt der Natur- und Kulturlandschaft gewährleisten, einen Beitrag zur Energiewende leisten sowie Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum schaffen. Agrarzölle und Agrarsubventionen sind abzubauen, bzw. so umzubauen, dass diese Ziele befördert werden, und zwar weltweit. Technologien, die diesen Zielstellungen entgegenstehen, wie z. B. die „grüne“ Gentechnik, lehnen wir ab.*

Artenverlust

Parteiprogramm: Zum sozialistischen Wertesystem gehört der Erhalt der Natur. Die Linkspartei.PDS unterstützt die Forderung, ein deutschland- und europaweit kohärentes Schutzgebietssystem zur Erhaltung ökologischer und biologischer Vielfalt (Biodiversität) zu schaffen. Wir setzen uns für einen umfassenden und wirksamen Tierschutz ein, dafür dass der Respekt vor anderen Lebewesen gewahrt wird.

Wirklichkeit: Die Artenvielfalt auf der Erde nimmt dramatisch ab. Die Vielfalt und das Vorkommen wildlebender Tiere und Pflanzen sind ernsthaft bedroht. Die Pflanzen- und Tierarten verschwinden heute eintausendmal schneller von der Erde als zu irgendeinem Zeitpunkt der letzten 65 Mio. Jahre. Innerhalb eines Menschenlebens wird die Hälfte der auf der Erde existierenden Arten voraussichtlich vernichtet sein (Al Gore, 1994). Insbesondere das Abholzen der letzten Urwälder richtet den größten Schaden an.

Kritik der Ökoplatzform: Die gegenwärtig auf Länderebene mögliche Veränderung des Naturschutzrechtes mit Festlegungen zur Aufweichung des Schutzes der Natur muss Anlass sein, die vorhandenen Schutzgebiete zu erhalten und eine Verschlechterung des Schutzstatus nicht zuzulassen.

Programmorschlag: (die vorhandene Formulierung sollte ergänzt werden): *Ökologischer Landbau und ökologische Tierproduktion sind eine unabdingbare Grundlage für Biodiversität und das Überleben der Arten. Sie müssen weltweit gefördert und garantiert werden.*

Nationalparke, Naturparke, Biosphärenreservate und andere Inseln geschützter Lebensräume müssen geschützt und erhalten werden. Sie sind als Rückzugsgebiete für wildlebende Tiere und Pflanzen und für die biologische Vielfalt unverzichtbar.

Füllung der Senken

Parteiprogramm: „Menschen brauchen saubere Luft und sauberes Wasser“ (S. 3). „Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser von hoher Qualität und die ökologische Abfallentsorgung zu sozial verantwortbaren Tarifen sind ein Schwerpunkt von Umwelt- und Sozialpolitik der Linkspartei.PDS. Der Vermeidung von Abfällen geben wir den Vorrang vor der stofflichen und energetischen Verwertung sowie vor der Entsorgung (S. 34).

Wirklichkeit: Die Auffüllung der ökologischen „Senken“ mit Müll und Giftstoffen nimmt progressiv zu. Die durch die Wegwerfgesellschaft und die Erhöhung des Produktionsausstoßes von Konsumgütern immer größer werdenden Abfallberge, und von in der Natur nicht abbaubaren Chemieprodukten und Giftstoffen, die dadurch stattfindende Verseuchung des Wassers, des Bodens und der Luft führen zu einer nicht nur örtlichen Überfüllung der Senken, sondern zur Störung des ökologischen Gleichgewichts in ganzen Regionen und Ländern. Die zunehmende Vergiftung unserer Lebensmittel und des Trinkwassers muss den Menschen bewusst gemacht werden. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der Umweltschäden irreversibel ist.

Kritik der Ökoplatzform: Zu diesem Punkt ist im Programm wenig ausgesagt. Die Probleme der Wasserqualität und -bereitstellung sowie die Probleme auf dem Gebiet der Abfallentsorgung und -vermeidung sind im Parteiprogramm völlig unterbelichtet. Auf diesen Gebieten muss es detailliertere Aussagen geben, denn die Bevölkerung ist davon unmittelbar betroffen. Die Ursache ist die ungebremste, staatlich sanktionierte Profitwirtschaft des Kapitalismus. Das ist im Parteiprogramm ungenügend dargestellt.

Programmvorschlagn: (zusätzlich zu den vorhandenen Aussagen wird empfohlen:)

Notwendig ist eine umfassende Strategie der Abfallvermeidung und Wiederverwendung eingesetzter Rohstoffe.

Die zunehmende Qualitätsminderung und Vergiftung des Grundwassers und der Nahrungsmittel durch Düngemittel, Pestizide und Industriegifte muss durch Gesetze und dichte staatliche Kontrollen unterbunden werden.

Gifte und Abfälle dürfen nicht mehr in der Natur, auch nicht in fremden Ländern entsorgt werden. Der Export von Abfällen muss verboten werden. Die Meere und Binnengewässer müssen sauber gehalten werden.

Internationale Verflechtung

Parteiprogramm: Die Linkspartei.PDS fordert umweltgerechte internationale Arbeitsteilung. Sinnvoller internationaler Austausch von Waren und Dienstleistungen, weltumspannender Informationsaustausch, Regionalisierung von Stoff- und Energiekreisläufen sowie humane Dienstleistungen vor Ort müssen einander durchdacht ergänzen.

Wirklichkeit: Unser Wohlstand gründet sich auf Ausbeutung der Völker der 3. Welt. Industrielle und landwirtschaftliche Rohstoffe und Waren, die wir aus der 3. Welt beziehen, unterliegen einem Preisdiktat der Industrieländer und müssen von den Lieferländern unter Wert verkauft werden. Unser übermäßiger Fleischverzehr wird durch den Import billiger Futtermittel ermöglicht. Obst und Südfrüchte werden im Preis niedrig gehalten durch Ausbeutung der Bevölkerung in den Herstellerländern.

Jeder von uns, der billige Waren aus dem Ausland kauft, ist Teilnehmer an der Ausbeutung der Bevölkerung der 3. Welt und teilweise auch am Hunger in diesen Ländern, die cash-crops anstelle von Lebensmitteln für die eigene Bevölkerung anbauen müssen, um ihren Schuldendienst bedienen zu können.

Die Industrieländer beuten die Entwicklungsländer nicht nur gnadenlos aus, sie verbringen auch noch ihren Müll und Giftstoffe in diese Länder bzw. verlagern giftige chemische Produktionsprozesse dorthin.

Die sogenannte Entwicklungshilfe für diese Völker wird die Situation nicht ändern, sie ist Teil der Ausbeutung dieser Länder. Eine „alternative Lebensweise“, wie sie im Programm der Linkspartei gefordert wird, muss konkret dargestellt werden durch Konsumverzicht, gerechte Preise und Eigenversorgung von Europa.

Kritik der Ökoplatzform: Im Parteiprogramm wird nicht darauf eingegangen, dass nicht nur die Kapitalisten, sondern alle Bürger der Industrieländer an der Ausbeutung der Dritten Welt teilnehmen. Die Forderung nach einer „umweltgerechten Arbeitsteilung“ geht am Problem vorbei. Es geht um eine umweltschonende und sozial gerechte Arbeitsteilung. Der größte Teil der Bevölkerung ist aber offensichtlich noch nicht bereit, die Vorteile der umweltschädigenden und ausbeuterischen Versorgungslage aufzugeben. Unter den herrschenden kapitalistischen Bedingungen würde es eine Verschlechterung ihres Lebensstandards bedeuten. Wir sind verpflichtet im Namen eines „konsequenten Antikapitalismus“ diese Probleme anzusprechen und Lösungsvorschläge zu machen.

Programmvorschlagn: *Die Industrieländer müssen durch schnelle und erhebliche Senkung der Schadstoffemissionen den Löwenanteil zur Sanierung der Umwelt auf der Ganzen Welt tragen.*

Eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung muss den Entwicklungsländern die Möglichkeit geben, selbständig und frei über ihre Ressourcenverwendung und Produktionsweise entsprechend ihrer Lebensweisen zu entscheiden.

Die gegenwärtige sogenannte Entwicklungshilfe ist Teil des Ausbeutungs- und Bevormundungssystems und muss durch ökologisch orientierte „Hilfe zur Selbsthilfe“ ersetzt werden.

Es muss Schluss gemacht werden mit der Verlagerung umweltschädigender Produktion. Den Entwicklungsländern dürfen, vor allem auch in Zusammenhang mit dem Tourismus, keine landesfremden Lebensweisen aufgezwungen werden.

Impressum für die „tarantel“

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de
Die „tarantel“ ist über die Homepage www.pds-online.de verfügbar. Einige ältere Ausgaben sind auch unter: www.oekologische-plattform.de abrufbar.

Ältere Papierausgaben der „tarantel“ können, soweit vorhanden, bestellt werden (Bundesebene).

Spenden für die „tarantel“ und ÖPF: Berliner Bank AG, BLZ 10020000, Konto 4384840000, C.VWZ-831.141 Ökologische Plattform

Kontaktadressen

Bundesebene

Ökologische Plattform
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, oekoplattform@pds-online.de, www.oekologische-plattform.de, Manfred Wolf, Tel. 030/2411127, manfredwolfberlin@web.de

BAG Umwelt, Energie, Verkehr
Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang Methling, Schloßstr. 6-8, 19053 Schwerin, Tel. +49-(0)385-5888000, wolfgang.methling@um.mv-regierung.de

Bayern

PDS, Eva Bulling-Schröter, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/51086092, Fax 089/51086093, info@pds-bayern.de, [info@bulling-schroeter](mailto:info@bulling-schroeter.de)

Berlin

Delia Hinz, MdA, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030/23252594, Fax 23252539, Delia.Hinz@pds.parlament-berlin.de
Roland Schnell, Rudolfstr. 13, 10245 Berlin, Tel. 030/29449803, Fax 030/29449804, biogas-de@aol.com

Brandenburg

AG Umwelt der PDS Brandenburg
Sprecherin: Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35a, 14547 Wittbrietzen, Tel./Fax 033204/34842, annemariekersten@web.de
Karin Lück, Französische Str.5a, 15374 MÜNCHENBERG, Tel. 033432/70036, karinlueck@yahoo.de
Dr. Dagmar Enkelmann (MdL) BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10, 16321 Bernau, Tel. 03338/459543, wkb-d.enkemann@t-online.de
Carolin Steinmetzer, (MdL, umweltpolitische Sprecherin PDS-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, csteinmetzer@aol.com
Interessengemeinschaft Dritter Weg, Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01968 Senftenberg, Tel. 03573/80234, Fax 80230
Peter Ligner, Wensickendorfer Weg 11 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/503660, Fax 503659, P.Ligner@t-online.de (Lokale Agenda 21, Berlin/Brandenburg, Runder Tisch Nachhaltiges Berlin/Brandenburg)
Erika Schulz, Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709, erika-schulz@t-online.de
Marko Ferst, Köpenicker Str. 11, 15537 Gosen, Tel. 03362/882986, marko@ferst.de (Mitglied im Koordinierungsrat der ÖPF), www.umweltdebatte.de

Peter Engert, K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel. 03361/344351

Hamburg

Joachim Täubler, Budapester Str. 31, 20359 Hamburg, sand-hh@web.de (SAND-Systemopponentelle Atomkraft Nein Danke Gruppe Hamburg), www.nadir.org/sand

Hessen

Ökologische Plattform Hessen
Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg Tel. 06421/163873, Hajo.Zeller@web.de
Claudia Fittkow, Im Flatich 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402573, ClaudiaFittkow@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Birgit Schwebs, umwelt-, verkehrs- und energiepolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, PDS-Fraktion, Lennestr.1,19053 Schwerin, Tel. 038203/63519, PDS.Landtag-MV.de
Uwe Kretzschmar, Platanenstr. 38, 17033 Neubrandenburg, Tel. 0395/3680179, u_kretzschmar@nbnet.de

Niedersachsen

Ökologische Plattform Niedersachsen
Eckehard Jänicke, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511/9245911

Sachsen

ADELE - ökologische Plattform Sachsen
Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891/35290, an-sa-kunze@t-online.de
Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341/9424882, Micha.lauter@web.de
Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174/98484127, drnatke@web.de

Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt
Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Hall, Tel. 0345/29418-63, Fax-64

Thüringen

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher PDS-Fraktion), Arnstädter Str. 51, 99096 Erfurt, Tel. 0361/3772317, kummer@pds-fraktion-thueringen.de
Dr. Johanna-Scheringer-Wright (MdL, agrarpolitische Sprecherin PDS-Fraktion), Steingraben 36, 37318 Hohengandern, Tel. 0361/3772604, 0151/11723000, johanna@scheringer.de

E-Mail für kurzfristige Informationen

Umweltverteiler der Linkspartei.PDS, Ökologische Plattform und BAG Umwelt-Energie-Verkehr
Aufnahme über marko@ferst.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland) Alt Stralau 1-2, D-10245 Berlin, Tel. 030-29390-793, Fax 030-29390-600, s.schmidt@nd-online.de
Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030/44339147

(Veränderungen und Ergänzungen bei den Adressen bitte an den Bundeskontakt melden.)